Zuwanderer strömen über den Brenner nach Deutschland Seite 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 28 – 11. Juli 2015

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Freuen sich über das Ende ihrer Zukunft: Jugendliche feiern in Athen den Ausgang des Referendums Bild: action press

Verbrannte Erde

Nur ein institutioneller Neubeginn kann Griechenland jetzt noch helfen

Der Ausgang des Referendums in Griechenland hat das Land vom Verhandlungspartner zum Bittsteller degradiert. Nur ein institutioneller Neubeginn kann ihm noch helfen.

Sein Land habe durch die Ablehnung der Forderungen seiner Gläubiger seinen Stolz und seine Würde bewahrt, triumphiert der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras. Dabei gleicht er einem Jockey, der in Siegerpose vom Pferd steigt, obwohl er es zu Tode geritten hat. Denn das griechische Volk, das ihm auf den Leim gegangen ist, steht jetzt mit leeren Taschen, dafür aber mit offenen Händen da. Offen für „humanitäre Hilfen“, wie sie die EU bereits in Aussicht stellt, damit die Menschen auf der verbrannten Erde, die der zurückgetretene Finanzminister Giannis Varoufakis hinterlassen hat, nicht vor die Hunde gehen. Damit sind die „stolzen“ Hellenen auf das Niveau eines Entwicklungslandes herabgesunken, angewiesen auf die Solidarität derjenigen, die sie hintergangen, brüskiert und beleidigt haben.

Griechenland hat sich mit seinem „Nein“ außerhalb der Gemeinschaft gestellt. Die Aussagen aus Brüssel und den europäischen Hauptstädten darüber, ob das tote Pferd dennoch weiter im Rahmen eines Rettungsprogramms gefüttert werden soll, sind derzeit so widersprüchlich, wie die Lage für alle Beteiligten verfahren ist. Eines jedoch ist sicher: Dürften die Menschen in der Eurozone darüber abstimmen, würde ihr „Nein“ weitaus deutlicher als das der Griechen ausfallen.

> Herabgesunken auf das Niveau eines Entwicklungslandes

Tatsächlich spricht alles dafür, dass auch jede weitere Milliarde verloren wäre. Denn Griechenland befindet sich noch auf einem anderen Gebiet auf dem Niveau eines Entwicklungslandes. Es verfügt über keine staatlichen Strukturen, die in der Lage wären, ein Reformprogramm effizient umzusetzen. Nicht die Forderungen der mehr als geduldigen Geldgeber, sondern der dysfunktionale Staat hat Griechenland in den Ruin getrieben. Schuld daran sind die Hellenen selbst, die ein für europäische Verhältnisse fragwürdiges Staatsverständnis pflegen. Sie verstehen nicht den Zusammenhang zwischen der Qualität staatlicher Institutionen und dem Wohlstand einer Nation, sie verkennen die Bedeutung staatlicher Daseinsvorsorge und dass diese etwas kostet. Demzufolge ist der Staat für sie etwas Böses, das ihnen etwas wegnehmen will. Begriffe wie Gemeinwesen und Gemeinwohl sind den Griechen fremd. Nutzen sehen sie im Staat nur, wenn sie ihn für ihre eigenen Zwecke einsetzen und ausbeuten können. Die Folge: ein überdimensionierter und ineffizienter Apparat, Besitzstandwahrung um jeden Preis und eine blühende Korruption.

Sollten die Geldgeber also an den Verhandlungstisch zurückkehren, wird es nicht genügen, Athen ein paar Reformen abzuringen. Der einzig gangbare Weg ist ein institutioneller Neubeginn, eine Erneuerung des Staates an Haupt und Gliedern. Das ist eine Herkulesaufgabe, aber langfristig Griechenlands einzige Chance, will es nicht irgendwann auf einer Stufe mit Burkina Faso enden.

Jan Heitmann

Jan Heitmann:

Schreckenszeit

Alljährlich bietet der muslimische Fastenmonat Ramadan den Politikern Gelegenheit, sich den Muslimen im Land anzubiedern. Bundespräsident Joachim Gauck freut sich darüber, dass er „immer mehr zu einem selbstverständlichen Teil des Lebens wird“, und Außenminister Frank-Walter Steinmeier gratuliert „herzlich zum Beginn des Ramadan“. Auch die evangelische Pastorentochter Angela Merkel will „ein Zeichen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ setzen und feiert ein fröhliches Fastenbrechen. Ihre Worte bereiten den Gästen mit dem orientalischen Gaumen weit mehr Genuss als das deutsche Essen: „Es ist offenkundig, dass der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört.“ Dass man diesen Abend gemeinsam begehe, sei „ein besonders schöner Ausdruck unseres Miteinanders“. Und Merkel freut sich: „Schön, dass ich dabei sein kann.“

Warum auch nicht, heißt es doch immer, der Ramadan sei die Zeit der Läuterung von Körper und Seele, der Mitmenschlichkeit und Versöhnung. Ein beeindruckendes Beispiel muslimischer Mitmenschlichkeit haben die Opfer der Terroranschläge in Frankreich, Tunesien, Kuwait und Somalia zu spüren bekommen. Denn der Ramadan ist nicht nur der Fasten-, sondern auch der traditionelle islamische Terror-Monat (siehe Seite 6). Aber, wie sagt die Kanzlerin, „erst die Vielfalt bereichert uns“. Jeder Generalverdacht gegen die Muslime in Deutschland verbiete sich jedenfalls. Und allerdings würden die Anschläge ja auch muslimische Opfer fordern. Da mag sie recht haben. Sicherlich ist nicht jeder Muslim ein Terrorist, aber die meisten Terroristen unserer Tage sind nun einmal Muslime. Und der Ramadan ist eben auch eine Zeit des Schreckens.

Abschied vom Petrodollar?

Saudi-Arabien ringt um Marktanteile in China

China ist aktuell der wichtigste Absatzmarkt für Erdölexporteure. Als Exporteur drängt Russland dank der EU-Sanktionspolitik verstärkt auf den chinesischen Markt und ist in diesem Jahr Chinas größter Erdöl-Lieferant. Saudi-Arabiens Ölexporte in das Reich der Mitte sind dagegen mit 43 Prozent Rückgang regelrecht eingebrochen. Die Erkenntnis, dass China mittlerweile der Schlüsselmarkt für die globalen Ölexporte ist, zwingt Regierungen zum Umdenken. Da Russland und China nicht mehr in Dollar, sondern in der chinesischen Währung Yuan (offiziell Renminbi) abrechnen, wird sich Saudi-Arabien vom Petrodollar lösen müssen, um Marktanteile in China zurückzugewinnen. „Wenn Saudi-Arabien wieder Chinas Nummer 1 werden will, muss es auch den Renminbi für Öl-Zahlungen akzeptieren statt nur den Dollar“, sagt Gordon Kwan, Leiter der Nomura Holdings, Honkong.

> Konkurrent Russland hat die Nase vorn

Beim Petrodollar handelt es sich um eine Vereinbarung zwischen der US-Regierung und Saudi-Arabien aus den 70er Jahren. Während die Saudis sich verpflichteten, innerhalb der ölproduzierenden Länder der OPEC dafür zu sorgen, dass Öl weltweit nur noch in US-Dollar gehandelt wurde, garantierte Washington Riad militärischen Schutz vor seinen Nachbarn.

Seit der Jahrtausendwende verliert der US-Dollar als Währungsreserve an Bedeutung. Selbst Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) signalisierte bei einem Besuch in Schanghai, der Yuan werde in den Währungskorb des IWF aufgenommen. Angesichts der rasanten internationalen Entwicklung haben zahlreiche westliche Staaten ihre Beteiligung an der Asiatischen Infrastruktur Investment Bank zugesagt, sehr zum Missfallen ihrer amerikanischen Partner. *MRK*

(siehe auch Seite 7)

Datenschutz in Gefahr

Verhandlungsbeginn über BKA-Gesetz vor Verfassungsgericht

Zu viele Überwachungsmöglichkeiten, zu langfristige Observationen ohne richterliche Ermächtigung, zu unklar formuliert – die Liste der Kritikpunkte der Kläger gegen das seit 2009 geltende Bundeskriminalamt-(BKA)-Gesetz ist lang. Nun muss das Bundesverfassungsgericht entscheiden, ob durch die Anwendung des Gesetzes die Bürgerrechte zu sehr eingeschränkt werden.

Das Papier, das die Grundlage für die Beratung der Richter bildet, ist mit über 700 Seiten sehr umfangreich. Beschwerdeführer sind neben Abgeordneten der Grünen, einem Journalisten und einem Arzt vor allem der frühere Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP) und Ex-Kulturstaatsminister Michael Neumann (SPD).

Das Gesetz gibt dem BKA die Möglichkeit, vorbeugend Wohnungen zu verwanzen, heimliche Filmaufnahmen dort zu machen, Computer von Verdächtigen auszuspionieren und deren Telefongespräche abzuhören.

> Zwölf terroristische Anschläge verhindert

Die Kritik richtet sich gegen die massive Einschränkung des Datenschutzes durch Online-Überwachung. Selbst Gespräche mit Vertrauenspersonen wie Ärzten oder Psychiatern seien nicht mehr geschützt, so die Kläger.

Innenminister Thomas de Maizière und BKA-Chef Holger Münch verteidigen dagegen das Gesetz. Sie sprachen von zwölf konkreten Fällen, in denen islamistische Anschläge verhindert werden konnten. Seit 2009 habe es insgesamt 1500 Hinweise gegeben, aber nur in 15 Fällen seien Maßnahmen nach dem BKA-Gesetz ergriffen worden. Es handelt sich um ein großes und wichtiges Verfahren. Davon zeugt zumindest das starke Medieninteresse beim Verhandlungsbeginn. Mit einer Entscheidung des Verfassungsgerichts ist jedoch so schnell nicht zu rechnen. *M.W.*

MELDUNGEN

Zugverbindung nach Breslau

Dresden – Bis zu zehn Millionen Euro nimmt die sächsische Regierung in die Hand, um in Ostsachsen den Bahnstreckenausbau zu beschleunigen. Konkretes Ziel ist es, mit den Landesmitteln die Vorplanungen für eine Elektrifizierung der 103 Kilometer langen Strecke von Dresden nach Görlitz zu übernehmen. „Mit diesen Planungen geben wir auch ein klares Bekenntnis zum Fernverkehr nach Breslau ab“, so Sachsens Verkehrsminister Martin Dulig (SPD). Bislang verfügt der Bahnhof in Görlitz über kein Oberleitungsnetz, so dass er generell nicht von E-Loks angefahren werden kann. Obendrein ist im März dieses Jahres eine bislang angebotene durchgehende Zugverbindung von Dresden nach Breslau eingestellt worden, da die Woiwodschaft Niederschlesien keine finanziellen Mittel mehr bereitstellen wollte. *N.H.*

Entschuldigung für Srebrenica

Belgrad – Der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vucic hat sich öffentlich für das von Serben begangene Massaker in Srebrenica entschuldigt. Der national-orientierte Politiker erklärte, dass die Ermordung von etwa 8000 Bosniaken durch Einheiten der Republika Srpska sowie serbische Freischärler und Polizeieinheiten im Zuge des bosnischen Bürgerkrieges 1995 ein schweres Verbrechen an Unschuldigen gewesen sei. Die Täter hätten die Ehre des serbischen Volkes beschmutzt und erfüllten ihn mit Abscheu; er werde weiter für eine Bestrafung etwaiger noch unbehelligt gebliebener Helfer der Mörder eintreten. Wenn die Einwohner der Stadt einverstanden seien, würde er gerne zum 20. Jahrestag des Massakers am 11. Juli nach Srebrenica reisen und den Opfern im Namen des serbischen Volkes seine Ehre erweisen. Serbische Politiker hatten sich lange gesträubt, die durch Serben begangenen Gewaltakte als Kriegsverbrechen und gar als Völkermorde anzuerkennen. *T.W.W.*

Kopftuchstreit einmal anders

Berlin – Im Vorfeld des Christopher Street Day (CSD) veranstaltete der Regenbogenfonds der schwulen Wirte e. V. zum 23. Mal Europas angeblich größtes Lesbisch-schwules Stadtfest im traditionellen Homo-Kiez am Nollendorfplatz in Berlin-Schöneberg. Die Veranstalter gaben hierzu ein Werbeplakat in Auftrag. Es sollte erstmals „lesbische Sichtbarkeit“ thematisieren. Auf dem Plakat sind zwei sich küssende Frauen zu sehen – eine davon mit Kopftuch. Die Überschrift auf deutsch und arabisch: „Gleiche Rechte für Ungleiche“. Senami Zodehougan, Netzwerkkoordinatorin von „Diskriminierungsfreie Szenen für alle!“ bei der Beratungsstelle GLADT – Gays und Lesbians aus der Türkei e. V., missfiel das. Sie sieht darin eine „Dominanz weißer Szeneleute“. Andreas Sucka vom Vorstand des Regenbogenfonds reagierte genervt: „Grundsätzlich macht man sowieso alles falsch für GLADT, gerade wenn man weiß, männlich und schwul ist, vor allem beim Thema Rassismus.“ *H.L.*

Schlupfloch Brenner

In Zügen von Italien aus reisen afrikanische Zuwanderer nach Deutschland ein – die meisten illegal

Über den Brenner kommen Armutszuwanderer zu Tausenden nach Deutschland. Trotzdem verhallt der Ruf nach strengeren Grenzkontrollen, solange sich Deutschland strikt an das Schengen-Abkommen hält.

Wer mit dem Eurocity von Italien nach München will, muss viel Geduld aufbringen. Der Brennerzug aus Italien hat regelmäßig Verspätung. Wegen „polizeilicher Ermittlungen“, so die Standard-Durchsage für die Reisenden, bleibt er zwischen Kufstein und Rosenheim im Schnitt 20 Minuten an einem Bahnhof stehen. Grund sind die Afrika-Flüchtlinge, die illegal über die Grenze kommen. Am Brenner, dem Grenzpass zwischen Italien und Österreich, warten sie zu mehreren Dutzenden täglich auf die Möglichkeit, in den Zug nach Deutschland zu springen.

Um dem Massenansturm der Bootsflüchtlinge über das Mittelmeer Herr zu werden, stellt Italien vielen von ihnen Visa und Fremdenpässe aus, mit denen sie sich im Schengen-Raum als Touristen frei bewegen können. Für die Zuwanderer ist die Brennerstrekke allerdings das letzte Schlupfloch Richtung Norden. Denn Frankreich hat bereits wieder Passkontrollen an der Grenze zu Italien eingeführt, und auch die Schweiz, die seit 2008 dem Schengen-Raum angehört, führt an den Passwegen strenge Kontrollen durch.

Dass sich auch die Bundesregierung über das Schengen-Abkommen hinwegsetzen kann, bewies sie beim G7-Gipfel. Um Krawalldemonstranten die Einreise über die Grenze nach Bayern zu verbieten, wurden Anfang Juni Grenzkontrollen teilweise durchgeführt. Damals atmeten die Mitarbeiter der Flüchtlingsunterkünfte in Bayern kurze Zeit auf. Jenseits der Grenze gab es einen Stau der Zuwanderer aus Afrika. Nach dem Ende des G7-Gipfels reisen die Afrikaner wieder in Massen ein. Rund 80 Personen waren an einem Wochentag allein in dem Eurocity aus Verona. Wer als Reisender einen Anschlusszug in München nehmen muss, hat schlechte Karten. Der Zug stoppt längere Zeit wegen „polizeilicher Ermittlungen“.

Tiroler Fremdenpolizei winkt Afrikaner nach Deutschland durch

Von „Grenzkontrollen“ ist nicht die Rede. Man will das Schengen-Abkommen nicht verletzen. Ohnehin sind die „Ermittlungen“ nur als lasch zu bezeichnen. Die Bundespolizei will im Zug auch nur jene Zuwanderer aufgreifen, die ohne Visum und Bargeld, was sie als Touristen ausweisen würde, illegal einwandern. Zurück nach Österreich werden sie nicht geschickt. Ein bilaterales Abkommen zwischen Berlin und Wien verhindert das. Also landen sie in einem der Auffanglager bei München. Laut bayerischer Staatskanzlei muss sich Bayern dieses Jahr auf 60 000 Asylbewerber einstellen, darunter auch Personen aus dem Balkan. Im Vorjahr waren es knapp mehr als die Hälfte.

Auf große Solidarität der österreichischen Nachbarn dürfen die Bayern nicht hoffen. Auf der Strecke zwischen Brenner und Kufstein finden kaum Zollkontrollen statt. Afrikaner ohne gültige Papiere winkt die Tiroler Fremdenpolizei einfach nach Deutschland durch. Österreich ertrinkt selbst unter einer Flut von Asylanträgen: Allein zwischen Januar bis April waren es 14 225 Anträge. Um Asylbewerber abzuschrecken, forderte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner von der ÖVP kürzlich, Asylverfahren von Bewerbern, die über Drittstaaten nach Österreich eingereist sind, bewusst in die Länge zu ziehen. Prompt wurde ihr Amtsmissbrauch vorgeworfen und sie zum Rücktritt aufgefordert.

Das Beispiel zeigt, wie empfindlich viele beim Thema Asylpolitik reagieren. Die EU-Länder wollen sich weltoffen präsentieren und nicht durch Abschottung in den Verdacht geraten, für den Tod auf dem Mittelmeer verantwortlich zu sein. Während aber die Kommunen den Ansturm der Zuwanderer längst nicht mehr bewältigen können, reagiert die Politik in vielen Ländern hilflos. Das „Ja“ zur EU und zu Schengen wirkt wie eine Falle, in der man sich verfangen hat.

Um Auswege aus der verfahrenen Situation zu suchen, kocht jedes Land sein eigenes Süppchen. Während Italien durch Touristenvisa das Dublin-II-Abkommen aushebelt und Frankreich sich über die Schengen-Vereinbarung hinwegsetzt, will sich Ungarn wieder hinter Grenzzäunen verbarrikadieren. Und nun hat auch die neue dänische Regierung angekündigt, schärfere Grenzkontrollen umzusetzen. Dass dort die EU-kritische Volkspartei Wahlsieger wurde, lag auch an der Unzufriedenheit der Bürger an der Asylpolitik der alten Regierung.

Die EU-Asylgesetze funktionieren in diesem Fall längst nicht mehr. Brüssel ist groß darin, wenn es um irrwitzige Staubsauger-Verordnungen oder Feinstaub-Richtlinien geht. Aber wenn es um wichtige Themen wie Flüchtlingspolitik geht, versagt Brüssel ähnlich auf ganzer Linie wie bei der Griechenrettung. Dass die Bürger zunehmend wahlmüde werden oder sich EU-kritischen Parteien zuwenden, darf man ihnen dann nicht vorwerfen. Die Erfolge der Dänischen Volkspartei, Ukip (England), Front National (Frankreich) FPÖ (Österreich) oder AfD (Deutschland) sind auch vor diesem Hintergrund zu verstehen. Denn mit jedem Armutszuwanderer, der über den Brenner kommt, schwindet das Vertrauen der Bürger an die untätigen, einstmals etablierten Parteien. *Harald Tews*



Alltägliches Bild am Brennerpass: Armutszuwanderer warten am Bahnsteig auf den Zug nach Deutschland Bild: tws

»Schritt in die richtige Richtung«

Sprecher der LO begrüßt Wahl von Prof. Halder zum Stiftungsdirektor

Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Stephan Grigat, zugleich Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Mitglied des Stiftungsrats der Bundesstiftung Flucht Vertreibung Versöhnung, begrüßt die Wahl von Professor. Winfrid Halder zum Direktor der Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung.

Überzeugen konnte Halder das Wahlgremium des Stiftungsrates aufgrund seiner Leitungserfahrung in einer Einrichtung, die sich mit der Pflege und Weiterentwicklung des Kulturerbes der Deutschen aus den frühe-ren deutschen Ostprovinzen und den übrigen deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa befasst, nämlich des Gerhart-Hauptmann-Hauses in Düsseldorf.

Die Stiftung braucht eine Führungspersönlichkeit, die in der gegenwärtigen komplexen Situation die Fäden zusammenbinden und Entscheidungen treffen kann.

Grigat wertet die Wahl Halders als Schritt in die richtige Richtung, der es der Stiftung ermöglicht, sich wieder auf die Erfüllung ihrer Aufgaben zu konzentrieren: Es gilt nun, das geltende Stiftungskonzept umzusetzen und dafür zu sorgen, dass 70 Jahre nach Flucht und Vertreibung die historische Aufarbeitung des schweren Schicksals der deutschen Heimatvertriebenen durch die Eröffnung der geplanten Dauerausstellung endlich auch sichtbar wird. Dabei sei zu hoffen, dass weitere politisch intendierte Störmanöver gegen die Stiftung unterbleiben.

»Haltung der Kulturstaatsministerin bedenklich«

Ein bedenkliches Zeichen ist nach Ansicht des Sprechers der Vorstoß der Kulturstaatsministerin Professor Monika Grütters, den gesetzlich garantierten Einfluss der Vertriebenenverbände im Stiftungsrat in Frage zu stellen.

Wenig Verständnis zeigte Grigat für das Verhalten des bisherigen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beraterkreises der Stiftung, Stefan Troebst. Die von diesem maßgeblich befeuerte Kampagne war 2014 Auslöser der Demission des allseits geschätzten Stiftungsdirektors Professor Manfred Kittel gewesen.

Die erneuten öffentlichen Äußerungen von Troebst, jetzt zur Wahl Halders, liegen formell und inhaltlich neben der Sache. Die nach der Wahl öffentlich vorgetragenen unzutreffenden Vorwürfe über die Nichtberücksichtigung anderer Kandidaten hat Troebst in der Sitzung des Stiftungsrates nicht artikuliert. Gesetzliche Aufgabe des Wissenschaftlichen Beraterkreises ist es, Stiftungsdirektor und Stiftungsrat zu beraten, nicht aber eigene Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Nach dem erneuten Verstoß gegen diese Grundsätze ist der Rück-tritt von Troebst nicht nur überfällig, sondern auch folgerichtig. Letztlich nimmt er nur eine Entwicklung vorweg, die im Herbst ohnehin unvermeidlich gewesen wäre: Ein Wiedereinzug Troebsts in den Wissenschaftlichen Beraterkreis bei der anstehenden Neuwahl wäre unwahrscheinlich gewesen. *PAZ*

Noch ein Sturz?

Nordkoreas Staatssicherheitsminister

Wie die Zeitung „The Chosun Ilbo“ in Seoul dieser Tage berichtete, gibt es in der nordkoreanischen Führungsschicht gegenwärtig starke Unruhe und sehr massive Vorwürfe gegen den Minister für Staatssicherheit, Kim Wonhong. Er wird von hohen Partei- und Militärkreisen des Missbrauchs seiner Position, veranlasster „Säuberungsaktionen“ und intrigenhafter Machtkämpfe innerhalb der Staatspartei beschuldigt.

Starke Unruhe in Pjöngjangs Elite

Die Zeitung, der man engere Kontakte zur südkoreanischen Spionage nachsagt, zitiert dabei „Kim Won-hong hat sehr viel Kritik bekommen, weil er sogar die Geheim-Telefone höchster Funktionäre abgehört hat mit dem alleinigen Ziel, das Vertrauen Kim Jong-uns zu erlangen.“ Ebenso soll er starke Meinungsverschiedenheiten mit Hwang Pyong-so, dem Leiter des Allgemeinen Politischen Büros, provoziert haben; das Motiv sei gewesen, ebenfalls das Sicherheitsbüro der Streitkräfte zu überwachen. Über seine politischen Rivalen habe der Minister aufgebauschte Berichte dem Diktator Kim Jong-un zugespielt, um diese letztlich zu eliminieren. Auch die Degradierung Kim Yong-chols, des Leiters der Abteilung für Spionage und Sabotage gegen Südkorea, gehe auf Kim Won-hongs Denunziationen zurück. Nach Erkenntnissen Seouls soll er auch die Entfernung des zweiten Mannes im Ministerium für Staatssicherheit versucht haben, um ihn durch eine seiner Vertrauenspersonen zu ersetzen. „Dadurch macht er das Ministerium zu einer Art Privat-Gruppe“, heißt es wörtlich in einer unter nordkoreanischen Funktionären kursierenden Schrift.

Der Diktator hatte Kim Wonhong bisher oft als seine „rechte Hand“ und „Mitglied meiner Familie“ bezeichnet. Zu den jetzigen Zwistigkeiten innerhalb seines Partei- und Militärapparats hat er bisher völlig geschwiegen, aber auch nicht ein positives Wort über ihn verloren. Dieser ist seit der vorletzten Juni-Woche in Peking weder öffentlich gesehen noch im Fernsehen gezeigt worden. Man sollte das als stärkeres Indiz werten, dass wohl auch seine Tage gezählt sind.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Wie reagiert der Lucke-Flügel?

Nach der klaren Entscheidung auf dem AfD-Parteitag schaut alles gespannt auf die Reaktion der Verlierer

Deutlicher konnte der Bruch auf dem 4. Parteitag der Alternative für Deutschland (AfD) nicht mehr werden. Alexander Gauland, gerade frisch bestätigt als stellvertretender Vorsitzender der Partei, suchte auf den Trümmern der Zusammenarbeit noch einmal den Frieden. „Das halte ich für keine gute Idee. Wollen wir noch einmal reden?“, sprach er den Parteigründer Bernd Lucke in einer Ecke der Essener Gruga-Halle an. „Dafür ist es jetzt zu spät“, sagte Lucke, ehe er umringt von Medienvertretern und Anhängern die Halle verließ.

Gerüchte, er habe die Partei bereits verlassen, dementierte der Europaabgeordnete, bezeichnete einen solchen Schritt aber als ziemlich wahrscheinlich. Bereits am Sonnabend wurde deutlich, wie tief gespalten die Partei ist. Die Kräfteverhältnisse waren dabei von Beginn an eindeutig. Rund 60 Prozent wählten schließlich die bisherige Co-Vorsitzende Frauke Petry gegen Lucke ins Amt. Ab November wird sie die Eurokritiker alleine führen, bis dahin bekleidet der völlig unbekannte Wirtschaftsprofessor Jörg Meuthen das Amt des zweiten Bundessprechers.

Neben Meuthen, der im Herbst laut Satzung zum Vize-Vorsitzenden „absteigt“, und dem brandenburgischen Landeschef Gauland wählten die Parteitagsmitglieder vergangenes Wochenende mit der Europaabgeordneten Beatrix von Storch und dem ehemaligen Frankfurter Stadtkämmerer Albrecht Glasen zwei Vertreter des nationalkonservativen Parteiflügels zu Stellvertretern. Auch bei den anschließenden Wahlen der Beisitzer und zum Bundesschiedsgericht setzten sich die Vertreter des rechten Parteiflügels durch. Von den Vertretern, die Luckes Verein „Weckruf 2015“ nominiert hatte, kandidierte niemand mehr.

Selbst die Mitglieder, die auf einer von Lucke verbreiteten Positivliste standen, aber nicht unbedingt als Anhänger des Parteigründers galten, fielen bei den Wahlen zum Vorstand ausnahmslos durch. So scheiterte der brandenburgische Fraktionsgeschäftsführer Frank-Christian Hansel ebenso wie der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Alexander Tassis. Der Wunsch von Petry, die Partei möge nun zur Geschlossenheit zurückfinden, dürfte unerfüllt bleiben. Ihr Angebot, Vertreter des liberalen Flügels einzubinden, wurde abgeschmettert. Der EU-Abgeordnete Joachim Starbatty, trotz „Weckruf 2015“-Mitgliedschaft aufgrund seines ausgleichenden Wesens ein Wunschkandidat vieler Anwesender, lehnte ab. „Für eine Alibi-Rolle lasse ich mich nicht missbrauchen“, sagte Starbatty gegenüber der *PAZ*. Ob er austreten werde, habe er noch nicht entschieden.

Lucke will Mitglieder von »Weckruf 2015« online befragen

Teilweise nahm der Parteitag tumultartige Züge an. Luckes Rechenschaftsbericht wurde mehrfach von wütenden Protesten und Pfiffen gestört. Als am Sonntag das Gerücht die Runde machte, er habe seinen Austritt erklärt, eskalierte die Situation. Verzweifelte Anhänger versuchten, den Parteigründer zum Bleiben zu bewegen, andere forderten ihn auf, „endlich abzuhauen“. Schließlich musste ein Sicherheitsdienst die Situation beruhigen. Gerüchte, Lucke sei gar geschupst und bespuckt worden, konnten allerdings nicht bestätigt werden.

Noch am Abend kündigte Lucke an, er werde die Mitglieder von „Weckruf 2015“ online zum weiteren Vorgehen befragen. Bis dahin sollten die Mitglieder in der AfD bleiben. Daran hielten sich allerdings nicht alle. Vor allem in den westlichen Landesverbänden soll es zu zahlreichen Austritten gekommen sein. „Ich bedauere jeden einzelnen Austritt, aber es war klar, dass es Reibungsverluste geben wird“, sagte Gauland am Sonntagabend. Der 74-Jährige warb um Geduld und um die Möglichkeit, Vertrauen zu schaffen. Bei Lucke stieß er damit auf taube Ohren. Dieser nannte die Stimmung auf dem Parteitag „bedenklich“ und sprach von einer „Entbürgerlichung der AfD“. Sie sei nicht mehr die Partei, die er mitgegründet habe, das müsse er demokratisch akzeptieren. „Wir wollten eine breite Bürgerbewegung, was wir jetzt haben, ist eine deutsche Ausgabe des Front National.“ Da müsse jeder für sich entscheiden, ob er da mitmachen wolle. Die Gefahr der Neuen Rechten in der Partei habe er unterschätzt. Gefährlich für die Demokratie könne die „neue AfD“ aber nicht werden. „Dafür wird sie schlicht und ergreifend zu unbedeutend sein.“

Der frühere stellvertretende Vorsitzende und Wortführer der Wirtschaftsliberalen in der Partei, Hans-Olaf Henkel, ging noch einen Schritt weiter. „Unter Führung von Frauke Petry wird sich die Partei zu einer NPD im Schafspelz entwickeln, sie wird im Westen der Republik bei Wahlen bedeutungslos bleiben.“ In einem Interview forderte Henkel gar, der Verfassungsschutz müsse sich die Vorgänge in der Partei einmal genauer ansehen.

Weil am Ende von ursprünglich noch 3500 akkreditierten Mitgliedern nur noch wenige Hundert anwesend waren, wird die Rechtmäßigkeit der Beisitzerwahlen bezweifelt. Entsprechende Anfechtungs-Anträge sollen bereits eingegangen sein.

Peter Entinger



Beim Verlassen des 4. AfD-Parteitags: Der Parteigründer und ehemalige Vorsitzende Bernd Lucke Bild: pa

MELDUNGEN

Attacke gegen Seehofer

Hannover/München – Zwischen der niedersächsischen und der bayerischen Landesregierung gibt es Streit. Grund ist eine von dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) geschaltete großformatige Zeitungsanzeige, in der dieser Firmen zur Abwanderung aus Bayern in den Norden auffordert. Darin heißt es: „Auch bayerische Unternehmen brauchen Strom! Ziehen Sie direkt an die Quelle, ins Land mit Energie: nach Niedersachsen.“ Hintergrund ist die Blockade der bayerischen Staatsregierung beim bundesweiten Ausbau der Stromnetze. Lies kritisiert diese Haltung in der Anzeige scharf. Seine bayerische Amtskollegin Ilse Aigner (CSU) reagiert verärgert und wirft ihm „schlechten Stil“ vor. Lies rechtfertigt die Anzeigenkosten von 60 000 Euro als „Wirtschaftswerbung“ für sein Bundesland. *J.H.*

»Nichtgendern« an Unis erlaubt

Berlin – Ein Student der Technischen Universität Berlin hat durchgesetzt, dass er seine Prüfungs- und Seminararbeiten nicht mit Binnen-Is oder Unterstrichen in Personenbezeichnungen im Stil einer „gendergerechten“ Sprache versehen muss. Anlass waren Richtlinien eines Seminars „Einführung in das Verkehrswesen“, in denen eine Tutorin formuliert hatte, eine „gendersensible Sprache“ werde „in einer wissenschaftlichen Arbeit erwartet“. Wie von der Rechtsabteilung der TU Berlin auf Anfrage mitgeteilt wurde, existiert die von der weiblichen Lehrkraft behauptete Vorgabe der Universität zur Verwendung einer „gendergerechten Sprache“ nicht. Lehrkräfte, die bei „Nichtgendern“ mit Punktabzug drohen, gibt es inzwischen nicht nur an der TU Berlin, sondern auch an mehreren anderen Universitäten der Bundesrepublik und Österreichs. *N.H.*

»Vom NS-Ungeist befreien«

Justizminister Maas will Reform des Mordparagrafen

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will den Mordparagrafen im Strafgesetzbuch reformieren. Dort steht bisher: „Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebs, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu verdecken, einen Menschen tötet.“ Neben dem aus Kalkül handelnden Mörder kennt das Gesetz den Totschläger, der einen Menschen vorsätzlich umbringt, ohne Mörder zu sein, also ohne das eines der vorgenannten Tatmerkmale vorliegt. Für den Täter ist diese Unterscheidung von größter Bedeutung, denn für Mord schreibt das Gesetz automatisch eine lebenslange Freiheitsstrafe vor.

Mit seiner Initiative reagiert der Minister auf das Gutachten einer von ihm eingesetzten Expertenkommission, welche die betreffenden Paragrafen für nicht mehr zeitgemäß hält und mangelnde Rechtssicherheit beklagt. So führe die Abgrenzung zwischen Mord und Totschlag vor Gericht regelmäßig zu „problematischen Fallkonstellationen, was wiederum zu Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlungen“ führe. Mord solle in der Regel zwar weiterhin mit lebenslangem Freiheitsentzug bestraft werden, „im Interesse der Einzelfallgerechtigkeit“ soll hiervon jedoch abgewichen werden können. Weiterhin schlagen die Experten vor, die Terminologie des Mordparagrafen an die anderer Strafrechtsnormen anzupassen und ihn beispielsweise mit den Worten „Wer einen anderen Menschen tötet ...“ beginnen zu lassen. Damit werde an die Tathandlung und nicht an den Tätertypus angeknüpft. Auch solle zukünftig nicht mehr von Mord und Totschlag, sondern von einem Tötungsdelikt gesprochen werden. An der Sache solle sich jedoch nichts ändern. Es gehe nicht darum, künftig jemanden, der einen anderen tötet, milder zu bestrafen. Denn an dem Prinzip „Lebenslänglich als Höchststrafe“ werde nicht gerüttelt.

Reformgegner kritisieren ideologischen Eifer

Maas begrüßt die Vorschläge: „Wir sollten der Rechtsprechung Gesetze an die Hand geben, aus denen heraus gerechte Urteile im Einzelfall möglich sind – statt wie bislang gerechte Urteile den Gesetzen auf Umwegen abtrotzen zu müssen.“ Tatsächlich geht es ihm jedoch um etwas ganz anderes als darum, Mängel und systemische Schwächen des Tötungsstrafrechts zu beheben. Ihn stört, dass der Mordparagraf noch aus der NS-Zeit stammt und seiner Meinung nach von deren Ungeist geprägt ist. Für Maas enthält er tätertyporientiertes Gedankengut, das auf gesinnungsstrafrechtlichen Elementen beruhe. Es gebe nämlich keinen geborenen Mörder. Er will „ein modernes Recht, das frei ist von der Sprache der Nazis“.

Gegner einer Reform sehen überhaupt keine Rechtsunsicherheit gegeben und werfen dem Minister „ideologischen Eifer“ vor. Sie verweisen auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das bereits 1977 den Straftatbestand des Mordes rechtssicher konkretisiert habe. Dies werde seither in der Rechtspraxis flexibel und verlässlich, beispielsweise durch eine restriktive Auslegung der Mordmerkmale, angewandt.

Schließlich stellt sich die Frage, ob der Minister jetzt alle Rechtsnormen, deren Kernstruktur aus der NS-Zeit stammt, auf den Prüfstand stellen will. Dazu gehören beispielsweise das Tierschutzgesetz, die Heilpraktikerverordnung oder die Vorschriften zum Ehegattensplitting, zur Kilometerpauschale und zur Sicherungsverwahrung. *J.H.*

Wegbrechendes Engagement

Immer weniger Brandenburger wollen »Sicherheitspartner« sein

In Brandenburg setzen sich Bürger seit 20 Jahren als sogenannte Sicherheitspartner ein. Sie alarmieren die Polizei, wenn sie ein Verbrechen beobachten. Amtsbefugnisse, Waffen und Uniform sind ihnen verwehrt. Diese freiwilligen Helfer der Polizei sind bei der rot-roten Landespolitik gern gesehen. Die gänzlich in Eigenregie organisierten Bürgerstreifen, auch als „Bürgerwehr“ kritisiert, hingegen nicht, doch letztere nehmen zu.

Einen warmen Händedruck, Urkunden und Taschenlampen überreichte Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) Ende Juni der Bürgerstreife Wriezen für ihr 20-jähriges Bestehen. Im Februar kündigte er an, solche sogenannten Sicherheitspartnerschaften mit neuem Leben zu erfüllen. Der Minister gilt in den eigenen Reihen als Querdenker, hielt gegen seine Partei am Gutscheinsystem für Asylbewerber fest und kritisierte die Kreisgebietsreform. Seitdem Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) ihn im November zum Minister berufen hat, muss Schröter gute Miene zum umstrittenen Spiel Polizeireform machen. Polizisten werden in der Mark demnach weiter abgebaut, Grenzkriminalität bleibt vielerorts ein existenzbedrohendes Problem. Der Diplom-Ingenieur für Landtechnik Schröter, der sich in seinem bisherigen Leben auch als Nichtpolizist gute Polizeikenntnisse erworben hat, muss die umstrittene Reform nach außen vertreten. Sie seien ein „sehr bewährtes und rechtsstaatlich einwandfreies Instrument“, so Schröter Anfang des Jahres über die Sicherheitspartnerschaften. Er ordnete die Zusammenarbeit als Werk „von sozial engagierten Bürgern, Gemeinden und Polizei zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls“ ein. Wenige Tage später musste er auf eine parlamentarische Anfrage hin einräumen, dass die Zahl dieser Partnerschaften binnen zehn Jahren deutlich von 112 im Jahr 2004 auf 74 im vergangenen Jahr abgesunken ist. Statt reger Bürgerbeteiligung machten nur noch 446 Freiwillige gegenüber einst 847 mit. Eine politische Analyse bleibt aus. Der rot-rote Kurs setzt auf Bürger als Hilfs-Sheriffs, doch die machen vielerorts die Erfahrung, dass die Polizei zu lange zum Einsatzort braucht, um auf ihre Meldungen angemessen zu reagieren. Im Berliner Speckgürtel nehmen Einbrüche zu. So liegt nahe, dass sich viele „engagierte Bürger“ von der Landespolitik und deren Partnerschaft abwenden und sich bestenfalls von der Zusammenarbeit mit der Bundespolizei noch Hilfe versprechen.



Karl-Heinz Schröter Bild: Archiv

Schröter setzte nun seinen Kandidaten Hans-Jürgen Mörke als Polizeipräsidenten durch (siehe Seite 5). Mörke erklärte umgehend die Grenzkriminalität zur Hauptaufgabe. Zu seinem neuen Stil gehöre es, die Konsequenzen eines Personalabbaus bei der Polizei ehrlich zu benennen. Die lange offiziell verbreitete Aussage, mit der Polizeireform ändere sich für Bürger und Polizei nichts, sei falsch gewesen, so Mörke. „Ich will überall eine gute Grundversorgung und verstärkte Präsenz an Orten mit mehr Kriminalität“, sagte er. Wie das mit weniger Polizisten gehen soll, ließ er offen. *Sverre Gutschmidt*

Keine Zukunftsmusik mehr

In Australien und Kanada fahren bereits Bergwerks-Trucks ohne Fahrer

In Autos und Nutzfahrzeugen geht schon seit Langem ohne die Elektronik fast nichts mehr. Sogenannte Assistenzsysteme entlasten Fahrer beim Navigieren, Abstandhalten oder bei der Orientierung in fremden Städten. Bis zu autonomen Fahrzeugen, die eigenständig unterwegs sind, ist es kein großer Schritt mehr. Zu Testzwecken sind sie bereits in vielen Teilen der Welt unterwegs.

Die größte Medienaufmerksamkeit findet zurzeit Google, das hauptsächlich im US-amerikanischen Bundesstaat Kalifornien um die 50 autonome Fahrzeuge im Einsatz hat. Aber klassische Hersteller von Nutzfahrzeugen wie das US-Unternehmen John Deere oder der japanische Komatsu-Konzern sind da bereits weiter.

John Deere hat bereits vor 15 Jahren Traktoren vorgestellt, die ohne Fahrer auskommen. Nur im Straßenverkehr steuert ein Mensch die Maschine. John Deere bietet modular aufgebaute Systeme an und rüstet auch ältere Fahrzeuge um. Solche Systeme schlagen mit rund 20000 US-Dollar zu Buche. Ideal sind sie dort, wo große Flächen effizient bewirtschaftet und Pflanzen angebaut werden, die sich leicht maschinell ernten lassen.

Auch in den großen Tagebau-Gruben Australiens und Kanadas sind immer mehr gigantische Lastenkipper unterwegs, auf denen nur noch zur Sicherheit ein Fahrer mitfährt. So hat der australische Minenbetreiber Rio Tinto seine Lastkraftwagen zum Teil auf autonome Systeme umgestellt und nutzt auch Robot-Züge zum Erztransport. Komatsu liefert 175 seiner jeweils 400 Tonnen schweren Giganten mit Robotsteuerung an den kanadischen Energiekonzern Suncore Energy, der Ölschiefer und Ölsand in der Provinz Alberta abbaut.

> Eine besondere Herausforderung ist der Straßenverkehr

In Kanada fahren bereits seit 2013 autonome Laster zu Versuchszwecken. Suncore Energy will in den nächsten fünf Jahren seine Erztransporter komplett austauschen. Wegen der weltweit sinkenden Rohöl-Preise will das Unternehmen Personalkosten sparen und plant, um die 800 Jobs zu streichen. Die Verantwortlichen erwarten Ersparnisse von 160 Millionen US-Dollar.

Gewerkschaftsvertreter befürchten nun weitere Entlassungen, aber auch Sicherheitsprobleme, wenn sich Menschen im Bereich der unbemannten Fahrzeuge aufhalten. Die Robot-Trucks fahren programmierte Routen mit programmierten Geschwindigkeiten ab. Aber beim Erkennen und Ausweichen von Hindernissen steht die Technik noch am Anfang.

Daher fahren autonome Fahrzeuge bisher meist in abgegrenzten Bereichen und auf festen Routen. Experimentalfahrzeuge, wie sie auch in Europa im Straßenverkehr unterwegs sind, müssen Fahrer an Bord haben und dürfen nur mit den Behörden abgestimmte Routen befahren.

Es ist gut möglich, dass die autonomen Bergwerks-Trucks in Alberta und Australien die Kommerzialisierung des autonomen Fahrens einläuten. Aber was in kontrollierten Bereichen funktioniert, ist nur bedingt auf den modernen Individualverkehr übertragbar. Denn bisher sind Robot-Autos mit dem Stadtverkehr überfordert. Die kleine Google-Flotte war bisher 13-mal in Unfälle verwickelt.

Noch problematischer sind rechtliche und moralische Aspekte. So müssen einem autonomen Auto auch Ausweichroutinen einprogrammiert werden. Droht eine Kollision, müsste der Computer sogar eine Ermessensentscheidung treffen, ob er lieber den gut geschützten SUV oder den Motorradfahrer rammt. Wer haftet dann für den Schaden? Der Besitzer? Der Programmierer? Und macht sich der Programmierer strafbar, wenn das Fahrzeug den Programmbefehlen folgt, dabei aber einen Menschen tötet?

Friedrich List

Abgeschlagen

Eigentlich könnte Deutschland führend bei der Entwicklung autonomer Fahrzeuge sein. Viele notwendige Systeme werden bereits in Serienautos eingebaut. Aber die einzigen, die selbst fahrende Personenkraftwagen zulassen, sind US-Bundesstaaten wie Kalifornien. Und jüngst gab Cruise Automation, ein neu gegründetes Unternehmen im Silicon Valley, bekannt, einen auf Knopfdruck zuschaltbaren Autopiloten für die Autobahn zu entwickeln. Der soll rund 10000 US-Dollar kosten. In Deutschland will man erst einmal eine Teststrecke bauen. Das Fahrzeug mit Autopilot reicht nicht, es soll auch gleich eine ganze digitale Infrastruktur her. Autos sollen miteinander sprechen können, aber auch mit der Verkehrsüberwachung vernetzt sein. Das erfordert Kameras, Sensoren und Funkmasten. Daher will das Bundesverkehrsministerium einen Teil der A9 in Bayern ausbauen. Aber was genau dort installiert und erprobt werden soll, ist noch offen. Bisher stehen dort nur experimentelle Schnellladesäulen für Elektroautos. *F.L.*



Multitalent mit Autopilot, Büro und Schlafzimmer: Die Studie Xchange der Schweizer Firma Rinspeed auf der Basis der elektrisch angetriebenen Oberklassen-limousine Tesla Model S

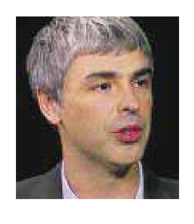
Bild: action press

Zeitzeugen



Ralph Teetor – Der US-amerikanische Erfinder und Unternehmer erblindete mit fünf Jahren bei einem Unfall, entwickelte aber einen exzellenten Tastsinn, der ihm als Ingenieur half, komplexe Probleme zu lösen. Er gründete den Autozulieferer Perfect Circle und erhielt 1945 das Patent für den ersten Tempomaten, ein elektromechanisches Gerät zur Geschwindigkeitskontrolle. Chrysler baute es 1958 erstmals in Pkw ein.

Paul Rojas Gonzalez – Der 1955 in Mexiko-Stadt geborene Wissenschaftler lehrt Informatik an der Freien Universität Berlin. Sein Spezialgebiet sind künstliche neuronale Netze. Unter seiner Ägide entstanden autonome Pkw wie der „Spirit of Berlin“ sowie der seit 2011 aktive „Made in Germany“ und der Elektrowagen „e-Instein“. Rojas hält diese Fahrzeuge für die ideale Antwort auf die heutigen Verkehrsprobleme.



Larry Page – Gemeinsam mit Sergey Brin gründete er 1998 Google. Page ist Ingenieur und Informatiker; bei Google leitet er die Produktentwicklung. Brin und Page sehen Google als Technologiekonzern. Mit den autonomen Fahrzeugen will Google eine technologische Basis für digital vernetzte, unweltfreundliche Mobilität schaffen. Ob das Unternehmen selbst Autos oder nur die nötigen Technologien herstellen will, bleibt offen.

Ernst Dickmanns – Der 1936 geborene Wissenschaftler lehrte von 1975 bis 2001 an der Universität der Bundeswehr München. Dickmanns gilt als Pionier des dynamischen maschinellen Sehens und in der Entwicklung autonomer Fahrzeuge. Mit seiner Technologie können sich Robot-Autos eigenständig im Verkehr orientieren, ohne auf Leitkabel angewiesen zu sein. Später lernten die Fahrzeuge, Schlaglöcher zu meiden und enge Straßen zu bewältigen.



Alexander Dobrindt – Der CSU-Politiker ist seit dem 17. Dezember 2013 Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur. 2014 legte sein Ministerium das „Digitale Testfeld Autobahn“ auf. Auf einem A9-Teilstück in Bayern soll die Industrie in Zukunft Lösungen zur digitalen Kommunikation zwischen Fahrzeugen und mit Verkehrs-Überwachungssystemen testen. Autonomes Fahren selbst soll dort jedoch nicht erprobt werden.

Ein langgehegter Traum

Schon in den 20er Jahren wurde versucht, Autofahrer zu entlasten

Autos und Lastkraftwagen, die selbstständig fahren, sind ein langgehegter Traum. Erste Versuche, Autofahrer zu entlasten, gab es bereits in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Allerdings hielten die Große Depression und der Zweite Weltkrieg die Entwicklung auf. Außer ein paar ferngelenkten Kleinpanzern gab es keine unbemannten Fahrzeuge. 1945 stellte Ralph Teetor die Geschwindigkeitsregelanlage vor, die seit 1958 in Fahrzeuge aller Art eingebaut wird. In den folgenden Jahrzehnten gingen die Experimente weiter. General Motors präsentierte seinen „Firebird II“, der einer Magnetschiene folgte und auch Spuren wechseln konnte. 1977 stellte das japanische Ingenieursbüro Tsukuba das erste autonome und intelligente Fahrzeug vor. Es konnte den weißen Straßenmarkierungen folgen und fuhr immerhin 30 Kilometer pro Stunde schnell. Aber keines dieser Autos fuhr jemals auf einer normalen Straße.

Die nächste Generation der Robot-Autos kam aus Deutschland. 1980 rüstete ein Team um den an der Universität der Bundeswehr in München lehrenden Ernst Dickmanns einen Mercedes-Benz-Kleintransporter mit einem Steuerungsrechner und einer Kameraplattform aus. Dickmanns war Spezialist dafür, wie Maschinen optische Signale verstehen. Der Bordrechner richtete sich nach den optischen Informationen aus den Kameras und steuerte Lenkrad, Bremsen und Drosselklappe. Der Kleinbus machte seine Testfahrten auf einer abgesperrten Autobahn in Bayern. 1986 folgte ein verbessertes Modell, welches das Team dann schon 96 Kilometer pro Stunde schnell fahren ließ.

> Depression und Weltkrieg hielten die Entwicklung auf

Zur Sicherheit blieb immer ein Fahrer an Bord. 1987 rief die damalige europäische Forschungsagentur EUREKA ein eigenes Projekt ins Leben. Hier arbeiteten Entwickler aus Forschung und Industrie auf europäischer Ebene zusammen. Dickmanns und sein Team bauten auf der Basis des Mercedes 500 SEL zwei Robotautos. Die fuhren dann 1994 in einer ungewöhnlichen Testfahrt über 1000 Kilometer von München nach Paris, teilweise auf Landstraßen, teilweise auf normalen Autobahnen. Sie konnten die Spur halten oder wechseln, im Konvoi fahren und andere Fahrzeuge im Auge behalten. Im folgenden Jahr fuhr der Robot-Konvoi dann von München nach Kopenhagen und wieder zurück.

In den 90er Jahren machten sogenannte neuronale Netze, also selbst lernende Systeme, die Computer intelligenter. Nun konnten diese den Straßenverlauf vorhersehen und das mögliche Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer einschätzen. Die Carnegie Mellon Universität in den USA entwickelte die erste Fahrzeugsteuerung auf der Basis neuronaler Netze und schickte ein Testfahrzeug auf eine Tour durch die USA.

Der nächste große Sprung fand unter Schirmherrschaft des US-Militärs statt. 2004, 2005 und 2007 veranstaltete die militärische Forschungsbehörde DARPA Wettbewerbe für autonome Fahrzeuge. In Europa finden seit 2007 jeweils ein ziviler und ein militärischer Wettbewerb statt. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg. IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Am Bedarf vorbei investiert

Senat plant hunderte Millionen Euro Steuergelder für marodes ICC zu »verbrennen«



Mit der Hauptversammlung des Autobauers Daimler schloss das größte Kongresszentrum Europas nach 35 Jahren am 9. April 2014: Das 320 Meter lange Gebäude an der Stadtautobahn ist laut Gutachten mit Asbest belastet, die technische Einrichtung in die Jahre gekommen

Bild: pa

Berlin ist ab 2018 um ein schwer kalkulierbares, teures Bauprojekt reicher. Der Steuerzahler soll hunderte Millionen Euro für die Sanierung des Internationalen Congress Centrum zahlen.

Das Internationale Congress Centrum Berlin (ICC Berlin) musste vergangenen April nach 35 Jahren Nutzungsdauer schließen. Die verantwortliche Landespolitik hatte bis zur letzten Minute kein verwertbares Konzept. Ab 2018 will sie nach neuestem Beschluss hunderte Millionen Euro in den Bau investieren – der Sanierungsfall ICC wird zum Investitionsfall und zur Investitionsfalle für den Steuerzahler.

Öffentliche Großinvestitionen sind in Berlin auf dem Hintergrund des stetig teurer werdenden Flughafenprojekts BER ein heißes Eisen. Erst jetzt konnte sich Bürgermeister Michael Müller durchringen, dort den Aufsichtsrat zu leiten – zu negativ ist die Entwicklung. Das ist gefährlich für das Ansehen beim Wähler. Umso mehr überrascht, dass der Senat eine neue öffentliche Großbaustelle plant. Für rund eine Milliarde Euro will er das ICC ab 2018 sanieren. Rund 300 Millionen hofft die Landesregierung über private Investoren einzuholen, bleiben mindestens 700 Millionen Euro für den Steuerzahler. Abriss und anschließender Neubau wären günstiger. Die geplante Sanierung droht den Baupreis der 70er Jahre von einst nahezu einer Milliarde Deutsche Mark weit zu übertreffen. Seit vielen Jahren konnte das ICC nicht mehr kostendeckend betrieben werden. Asbestverseucht und technisch überholt steht es als eine der größten Kongressanlagen der Welt in Berlins Westen und ist geschlossen.

Die Betreibergesellschaft Messe-Berlin GmbH, zu über 99 Prozent in Landesbesitz, kann sich eine Zwischennutzung des 1979 eröffneten Baus nur auf einem Bruchteil der Fläche vorstellen. Von den 42000 Quadratmetern sind derzeit rund 5000 benutzt. Alle wichtigen Gebäudeteile bleiben ungenutzt. Das will Bausenator Andreas Geisel (SPD) nun ändern: „Die Messe ist ein landeseigenes Unternehmen. Wir sind die Messe“, so der Politiker. „Das ist ein klarer Arbeitsauftrag, der nicht ignoriert oder konterkariert werden kann.“ Auch die Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer (CDU) will die Sanierung, notfalls sogar gegen den Willen des fachkundigen Betreibers: „Die Messe wird sich einzubringen haben.“

> Ab 2018 sollen rund eine Milliarde Euro investiert werden

Dieses „Einbringen“ verläuft seit Jahren auch seitens der Politik im Sand. Im Mai 2008 versuchte der damals rotrote Senat, die Zahl überholungsbedürftiger Kongressbauten zu reduzieren. Das ICC sollte saniert und modernisiert werden, die nahe denkmalgeschützte Deutschlandhalle gab die Politik zum Abriss frei. Mit der Entscheidung gegen den geschichtsträchtigen Bau sollten sich alle Kräfte auf das ICC konzentrieren, doch das geschah nicht. Inzwischen entstand an Stelle der 2011 gesprengten Deutschlandhalle eine neue kongresstaugliche Messehalle, der City-Cube mit drei Ebenen und bis zu 11000 Plätzen in nur 22 Monaten Bauzeit für 83 Millionen Euro. Die Auslastung ist hoch. Der Messe-Berlin geht es auch ohne ICC gut – letztes Jahr setzte das Unternehmen 265 Millionen Euro um. Messen sind lukrativ für Berlin, die Messe-Berlin gehört weiter zu den umsatzstärksten Messeveranstaltern weltweit. Der Ruf nach einem großen Zentrum, den die Politik jetzt als Echo verstärkt, ist vor allem dem Prestige geschuldet, weniger einem messbaren Bedarf. Auch der inzwischen über 80-jährige Architekt des ICC, Ralf Schüler, rührte lange die Werbetrommel für den Erhalt seines Hauptwerks.

Zusätzliche Kosten für die ICC-Sanierung drohen ausgerechnet vom Denkmalschutz, den Berlin im Fall der Deutschlandhalle so galant ausmanövrierte. Noch dieses Jahr prüft dieser die Schutzwürdigkeit des ICC, was auch das Innere betrifft. Bei der Sanierung müssten die Tagungssäle dann technisch abgekoppelt vom Rest errichtet werden. Das Hauptproblem des ICC könnte der Denkmalschutz so zementieren: Die Bauweise macht nur rund ein Fünftel der 213000 Quadratmeter großen Bruttogeschossfläche nutzbar. Der Komplex ist schlicht unwirtschaftlich. Die Energiekosten sind hoch. Der Senat bleibt optimistisch: „Die Kongressflächen könnten zunächst separat betrieben werden“, so Geisel, „das verschafft uns Zeit.“ Die Kosten der Asbestsanierung hielten bisher private Investoren ab. Die Politik setzt nun darauf, diese Kosten dem Steuerzahler aufzubürden, damit die Wirtschaft sich überhaupt an der vorgesehenen Mischnutzung mit Handel und Gewerbe beteiligt. Laut Yzer seien Hotelketten interessiert. „Das ICC bleibt eine Landmarke für die Modernität von Berlin. Deshalb kann man es auch nicht aufgeben, abschließen und den Schlüssel wegwerfen“, sagte jüngst Berlins SPD-Landesvorsitzender Jan Stöß. Der Senat tröstet sich damit, dass auch ein Abriss hohe Kosten aus einer Beseitigung der Schadstoffe erzeuge. Die Politik handelt somit erst, wenn sie sich selbst vor dem vorhersehbar unrentablen Bau ausgesperrt hat, statt Kosten und Nutzen langfristig abzuwägen.

Sverre Gutschmidt

Von wegen Sommerpause

Von Vera Lengsfeld

In der größten Hitze ging es in der Hauptstadt politisch noch heißer her. Anlass war die Enthaltung Berlins bei der Bundesratsinitiative mehrerer rot und grün regierter Bundesländer, die eine Ehe-Öffnung, inklusive des Rechts auf Kindesadoption für homosexuelle Paare, fordern. Das rot-schwarze Berlin hatte sich bei der Abstimmung enthalten, da die CDU zunächst ihre Mitglieder im Zeitraum 3. bis 15. Juli zu dem Thema befragen will. Man darf gespannt sein.

Die Berliner CDU selbst ist bei dem Thema gespalten: Neben einem offenen Brief für den Erhalt der Ehe von 17 Abgeordneten läuft seit einigen Tagen auch eine CDU-Kampagne für die Öffnung der Ehe, mit prominenter Unterstützung von Ursula von der Leyen. Der Brief der Abgeordneten, der von nur einem Bundestagsabgeordneten und einem Europaparlamentarier unterstützt wird, war es, der Politiker und Medien mächtig in Wallung brachte. Sätze wie „Eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften und die damit verbundene Aufgabe des traditionellen Eheverständnisses stellt die Werteordnung unserer Gesellschaft in einem für uns grundlegenden Punkt in Frage. Die Ehe soll ohne Not neu definiert werden und damit als gesellschaftliche Institution in ihrer jetzigen Form nicht erhalten bleiben“ gelten dem Mainstream als äußerst verdächtig, ja reaktionär.

Es geht ja auch nur vordergründig um die Ehe für Homosexuelle. Es geht um einen Generalangriff auf die Familie.

Schon die Bolschewiki wussten genau, warum sie entschlossene Gegner der Familie waren und mit allen Mitteln versucht haben, sie zu zerstören.

Familien sind der Schutzraum vor den Zumutungen einer totalitären Diktatur. Damit sind sie gleichzeitig ein Unsicherheitsfaktor bei der Aufrechterhaltung absoluter Macht.

Ob den heutigen Gegnern der Familie dies nicht bewusst ist?

Homosexuelle Paare sind bei uns längst rechtlich gleichgestellt.

Deshalb argumentieren die Schreiber des offenen Briefes:

„In Deutschland ist seit 2001 die ‚Eingetragene Lebenspartnerschaft‘ die gesetzlich geregelte und durch Eintragung bei einer staatlichen Stelle begründete Form des eheähnlichen Zusammenlebens gleichgeschlechtlicher Paare. Sie ermöglicht ihnen eine rechtliche Absicherung ihrer Beziehung. Derartiges gibt es weder in Irland noch in den USA. Deshalb führen alle Behauptungen in die Irre, die Entscheidungen in diesen Ländern könnten uns als Vorbild dienen.“

Es ist also eine rein ideologische Frage, dass es jetzt die „Ehe für alle“ sein muss. Wie alle Ideologie öffnet diese Formel dem Missbrauch Tür und Tor.

Suggestivfrage zur »Homo-Ehe«

Mehr innerparteiliche Demagogie als innerparteiliche Demokratie bei Mitgliederbefragung der Berliner CDU

Die Mitgliederbefragung der Berliner CDU zur „Homo-Ehe“ beginnt mit einer Suggestivfrage. Diese lautet: „Die CDU Berlin setzt sich seit Langem gegen jegliche Form der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen ein. Sind Sie dafür, dass auch gleichgeschlechtliche Paare die Ehe eingehen können?“ Diese Formulierung insinuiert, dass es diskriminierend sei, wenn künftig Homosexuelle nicht auch eine Ehe eingehen könnten. Der ehemalige Regierende Bürgermeister und Ehrenvorsitzende der Berliner CDU, Eberhard Diepgen, hat daher zu Recht in einem Brief an die Parteimitglieder die Fragestellung kritisiert. Sie erscheine ihm „gewollt oder ungewollt“ als versuchte Beeinflussung. Diepgen lehnt die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ab.

Betrachtet man das gesamte Prozedere der Befragung, auch vorangegangene Äußerungen des Berliner CDU-Generalsekretärs Kai Wegner und anderer CDU-Befürworter der Ehe für Homosexuelle, so erscheint eine solche Suggestivfrage nicht mehr als „Versehen“. Bereits die Befragung als solche ist ein Vorstoß gegen die

> Eberhard Diepgen kritisiert die Frageformulierung

Beschlusslage der Bundes-CDU und stößt daher bei dieser auf Missfallen – etwa beim Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder. Allerdings mischt sich auch schon neben anderen der Generalsekretär der Bundes-CDU, Peter Tauber, pro „Homo-Ehe“ in die Berliner Abstimmung mit ein, indem er sich mit Konterfei und entsprechendem Zitat auf einem Flugblatt der Berliner CDU-Befürworter der „Ehe für alle“ mit ablichten lässt, desgleichen Ursula von der Leyen oder Rita Süßmuth.

Laut „Berliner Morgenpost“ soll die Befragung die Idee des Vorsitzenden der Berliner CDU, Frank Henkel, gewesen sein. Henkel verbirgt dabei seine eigene Meinung und bezieht inhaltlich nicht Stellung. So oder so fällt die Suggestivfrage auch auf ihn zurück, er hat sie ja gebilligt. Sein Mäntelchen wird er später nach dem Wind hängen.

Henkels Stellvertreter Thomas Heilmann argumentiert in einem Beitrag im Berliner „Tagesspiegel“ für die „Ehe für alle“. CDU-Generalsekretär Wegner, ebenfalls Befürworter der „Homo-Ehe“, hat erklärt, man werde das Ergebnis der Befragung später „bewerten“ und für „verbindlich“ erachten – wobei er hinreichend deutlich machte, was für ein Ergebnis er will. Nämlich eines, das „zu unserer Stadt passt“. Berlin ist bekanntlich die deutsche Hauptstadt der Schwulen und Lesben.

Verbindlich im Rechtssinne ist die Befragung dabei nicht – weder für CDU-Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus, noch betrifft die Materie Landesrecht. Es handelt sich auch nicht um einen

> Offener Brief von CDU-Abgeordneten gegen »Ehe für alle«

Mitgliederentscheid. Am 24. Juli sollen die eingesandten Stimmkarten ausgezählt werden. 17 der 39 CDU-Parlamentarier im Berliner Abgeordnetenhaus haben in einem Offenen Brief ihr Nein zur „Ehe für alle“ erklärt.

Für die Bewertung der Ergebnisse hat sich die CDU-Führung schon – „gewollt oder ungewollt“ – Interpretationsspielraum und damit potenziell weitere Manipulationsmöglichkeiten geschaffen. Denn auf der Stimmkarte sind auf die genannte Suggestivfrage gleich sieben Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Sie lauten: „Stimme voll und ganz zu“, „Stimme eher zu“, „Teils/Teils“, „Stimme eher nicht zu“, „Stimme überhaupt nicht zu“, „Ich enthalte mich“, „Ich finde das Thema nicht wichtig“.

Bei „sozialwissenschaftlichen Untersuchungen“ seien solche Fragen üblich, wurden Kritiker beschieden; so erhalte man ein „differenziertes Meinungsbild“. Eindeutiger wäre ein Ergebnis, wenn sich die Berliner Christdemokraten am Evangelisten Matthäus orientiert hätten.

Bei diesem heißt es in Kapitel 5, Vers 37 nicht: „Eure Rede sei ‚eher ja, eher nein‘.“ Oder gar: „Eure Rede sei ‚teils, teils‘.“ Vielmehr heißt es bei Matthäus: „Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“

Michael Leh

»Schmoren im eigenen Saft«

Hans-Jürgen Mörke heißt der neue brandenburgische Polizeipräsident. Sein Vorgänger, Arne Feuring, war zuvor als Staatssekretär ins Innenministerium gegangen. Nachdem bekannt geworden war, dass die Kriminalstatistiken während seiner Amtszeit manipuliert wurden, war Feuring als Abteilungsleiter in das Umweltministerium gewechselt.

Mörke gilt als Vertrauter Feurings und dürfte eine Mitverantwortung für die „Fehlerkultur“ bei der brandenburgischen Polizei haben. Er ist bei der Volkspolizei in der DDR groß geworden und hat dort Karriere gemacht. Der Ex-Vopo kennt das Spannungsverhältnis zwischen politischem Wollen und polizeilichen Notwendigkeiten. Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) glaubt an seine Fähigkeiten, verweist auf „Neonazi-Aufmärsche“ und aufgeklärte Raub-Serien: „Er hat das exzellent gemacht.“ Der Grünen-Fraktionschef Axel Vogel kritisierte die Ernennung Mörkes als „Schmoren im eigenen Saft“.

Hans Lody

MELDUNGEN

Flugzeugwrack gefunden

Memel – Ein möglicherweise versehentlich von Nato-Streitkräften abgeschossenes litauisches Flugzeug (siehe *PAZ* 23/2015) wurde etwa 100 Kilometer vor der Küste des Memellandes auf dem Grund der Ostsee gefunden. Offiziellen Meldungen zufolge wurde nur die Leiche eines der beiden Piloten gefunden und geborgen. Wie der litauische Verkehrsminister mitteilte, sei eine Bergung des Wracks zu teuer und würde zu keinen neuen Erkenntnissen über die Unglücksursache führen, da beide Tragflächen im Zuge der Leichenbergung weitestgehend zerstört worden seien. Da derartige Schäden bei einer solchen Tauchaktion in der Regel nicht entstehen und daher wenig glaubhaft erscheinen, besteht der Verdacht, die Regierung wolle etwas verschleiern. *T.W.W.*

EU-Referendum gescheitert

Wien – Das Volksbegehren zum Austritt Österreichs aus der EU hat gerade einmal 4,12 Prozent Zustimmung bekommen. Von den gut 6,5 Millionen Wahlberechtigten haben rund 260 000 dafür gestimmt, dass „der Nationalrat den Austritt der Republik Österreich aus der Europäischen Union mit Bundesverfassungsgesetz, welches einer Volksabstimmung zu unterziehen ist, beschließen möge“. Da aber das Quorum erreicht wurde, muss sich das Parlament mit dem Ergebnis befassen. In die Wege geleitet wurde das Referendum von einer privaten Initiative. Hauptgrund für das schlechte Ergebnis dürfte sein, dass die Abstimmung von den Medien totgeschwiegen wurde. Bemerkenswert ist, dass die EU-Gegner in Zeiten der Wirtschafts- und Währungskrise deutlich mehr Zuspruch erhielten als beim Volksbegehren zum EU-Austritt im Jahr 2000. Damals stimmten nur 3,35 Prozent dafür. *J.H.*

Vier Forderungen an Deutschland

Polens designierter Präsidentenberater Szczerski stellte in der »Rzeczpospolita« seine Erwartungen vor

Die Zeichen mehren sich, dass im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland eine neue politische Eiszeit bevorsteht. Sehr offen hat Krzysztof Szczerski, der designierte außenpolitische Chefberater des polnischen Präsidenten ab dem 6. August, Andrzej Duda, weitreichend Forderungen an Berlin formuliert. Diese sollen laut Warschau erfüllt werden, damit das Verhältnis zwischen beiden Ländern weiterhin gut bleibt.

Ganz konkret hat Krzysztof Szczerski in einem Beitrag für die Zeitung „Rzeczpospolita“ gefordert, dass die deutsche Regierung ihren Widerstand gegen die Einrichtung ständiger Nato-Stützpunkte in Osteuropa aufgibt. Mit dabei sein will Warschau ferner beim sogenannten Normandieformat, in dessen Rahmen bisher Russland, die Ukraine, Frankreich und Deutschland über eine Friedensregelung für den Konfliktherd Ukraine verhandeln. Einem Tabubruch in der bisher von der Bundesregierung verfolgten Klimapolitik kommt die Forderung gleich, Berlin solle von seiner bisherigen Haltung so weit abrücken, dass Polen erst einmal an seiner Kohleverstromung festhalten könne. Sprengstoff für die deutsche Innenpolitik stellt die vierte Forderung dar: Die in Deutschland lebenden Polen sollen rechtlich den Status einer nationalen Minderheit erhalten.

Sollte die Bundesregierung darauf eingehen, ist eine der Folgewirkungen bereits zu erahnen. Dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, der schon seit Jahren Minderheitenrechte für die Deutschtürken fordert, würde eine Steilvorlage geliefert, um Gleichbehandlung zu verlangen. Berlin ist gut beraten, die Gedanken Szczerskis sehr ernst zu nehmen, denn gemäß der polnischen Verfassung hat der Präsident die Kompetenz, die Außenpolitik mitzugestalten.

Endgültig durchsetzen könnte sich der konfrontative Politikstil gegenüber Deutschland, wenn es der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) gelänge, bei den Parlamentswahlen im Herbst auch noch in die Regierungsverantwortung gewählt zu werden. Die Chancen dafür stehen günstig, denn der polarisierende PiS-Vorsitzende Jaroslaw Kaczynski hat unlängst darauf verzichtet, selbst als Spitzenkandidat anzutreten. Ins Rennen gehen soll dafür die moderater wirkende Beata Szydlo.

> Berlin ist gut beraten, Szczerskis Gedanken sehr ernst zu nehmen

Auf eine Belastungsprobe könnten die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau indessen schon lange vor den Parlamentswahlen und einem möglichen Regierungswechsel gestellt werden. So hat der österreichische Nationalratsabgeordnete Peter Pilz (Grüne) bei einem Besuch in Warschau vor Kurzem darauf aufmerksam gemacht, dass nach seinen Erkenntnissen ein Großteil der Auslandstelefonate der Polen vom Bundesnachrichtendienst (BND) abgehört worden sei. Als Beleg präsentierte Pilz eine vom US-Geheimdienst NSA erstellte „Prioritätenliste“ aus dem Jahr 2005, die Rückschluss auf die Kooperation der US-Amerikaner mit dem bundesdeutschen Auslandsgeheimdienst geben soll. Demnach ist Polen „das Land, das nach den Niederlanden und Frankreich am drittstärksten betroffen war“, so Pilz nach einer Pressekonferenz im Parlament in Warschau. Der Liste zufolge hat der BND im Auftrag der NSA 28 Transitleitungen, die vom wichtigen europäischen Telekommunikationsknoten Frankfurt am Main nach Polen führten, abgehört. Warum gerade Polen so massiv von der Überwachung durch den bundesdeutschen Geheimdienst betroffen war, konnte Pilz nicht sagen: „Das werden die Deutschen beantworten müssen“, so der Sicherheitssprecher der österreichischen Grünen. Die unabhängige Sejm-Abgeordnete Anna Grodzka hat inzwischen angekündigt, Strafanzeige wegen der Spionageaktivitäten zu erstatten, wenn die polnische Regierung in der Angelegenheit nicht aktiv werde.

Abzuwarten bleibt, wie sich die Enthüllungen auf das Verhältnis Polens zu den USA auswirken werden. Die politische Klasse Polens, die sich lagerübergreifend gern als bester Verbündeter der USA auf dem europäischen Kontinent sieht, scheint zumindest irritiert. Die Parlamentarier in Warschau seien ziemlich „überrascht gewesen, dass ihre amerikanischen Freunde mit ihrer deutschen Filiale Polen dermaßen massiv überwacht“ hätten, so Pilz. *Norman Hanert*



Verkehrt in den höchsten Kreisen der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS): Krzysztof Szczerski (M.), hier mit seinem Parteivorsitzenden Jaroslaw Kaczynski (l.) und seinem zukünftigen Präsidenten Andrzej Duda (r.)

Bild: imago

Blutiger Ramadan

Für Islamisten bedeutet dies, Terror und Schrecken zu säen

Vom 18. Juni bis 16. Juli fasten die Muslime und feiern Ramadan. Einst wohl eine Zeit der Besinnung und Einkehr, steht heute eher die Selbstdarstellung des Islam im Fokus des Ramadan. Für Islamisten bedeutet dies auch, Terror und Schrecken zu säen.

Fasten gehört zu den geistigen Übungen und Verpflichtungen in allen großen Religionen. Im Islam gehört das Fasten im Fastenmonat Ramadan zu den fünf Säulen dieser Religion, vergleichbar den katholischen Sakramenten. Das Fastengebot gilt von Sonnenaufgang bis -untergang, bis man einen weißen von einem schwarzen Faden nicht mehr unterscheiden kann.

Allerdings gibt es auch von dieser Richtschnur, wie bei allen islamischen Gesetzen Ausnahmen, beispielsweise in Skandinavien, sonst könnten dort, wenn der Ramadan auf den Sommer fällt und die Sonne drei Wochen nicht untergeht, Muslime massenhaft verhungern. Fällt der Ramadan in den heißen Sommer, mit seinen langen Tagen, ist die Belastung für die Fastenden besonders hoch. In Pakistan, das zu Ramadanbeginn von einer Hitzewelle heimgesucht wurde, sind bereits über 1000 Fastende, vor allem Arme und Unterernährte, bereits wegen Wassermangel gestorben.

Das Fasten hat im Islam, entgegen einem weitläufigen Missverständnis, keinen asketischen Charakter wie im Christentum, sondern eher einen rituellen. Vom Propheten des Islam ist der Spruch überliefert „Askese ist nicht für uns“. Der Fastenmonat Ramadan wird nicht als Buße eingehalten, auch nicht zur Versöhnung mit Gott, sondern einfach, weil es Gottes Befehl ist, also eine Pflicht.

In den letzten Jahrzehnten wird auch der Ramadan ähnlich wie die Durchführung öffentlicher Gebete und die Wallfahrt nach Mekka zur intensivierten islamis(tis)chen Selbstdarstellung benutzt. Dadurch haben sich in der Zeit des Ramadan in den letzten Jahren auch die Konflikte in der ohnehin nicht konfliktarmen islamischen Welt potenziert, so als ob gerade der Ramadan solche Konflikte anheizt. Dabei war der Ramadan ursprünglich auch ein Monat des Waffenstillstands und der Versöhnung zwischen Kriegsparteien. Heute ist das Gegenteil der Fall. In Syrien hat der Islamische Staat (IS) den Ramadan benutzt, um gleich an zwei Fronten Offensiven zu starten, einige jugendliche Fastenbrecher wurden dabei kurzerhand aufgehängt.

> Selbstdarstellung statt Besinnung und Einkehr

Aus diesem Grunde appellierte Kardinal Jean-Louis Tauran, der diesmal die traditionelle Ramadanbotschaft des Vatikan an die Muslime übermittelte, an die Muslime Gewalt im Namen der Religion zu verurteilen und sich dem Terrorismus entgegenzustellen. „Wer im Namen Gottes tötet, versündigt sich gegen ihn und gegen die Menschen. Kinder und Jugendliche müssen in diesem Geist erzogen werden.“ Auf taube Ohren fiel diese Botschaft in diesem Jahr bei Islamisten in Frankreich, Tunesien, Somalia und Kuwait, wo islamistische Terrorattacken sogar den Freitag, den „heiligen“ Tag des „heiligen“ Ramadan nutzten, um Dutzende Menschen in den Tod zu reißen. In Frankreich wurde sogar erstmals ein Opfer in der westlichen Welt von einem Islamisten enthauptet.

Der heute praktizierte Ramadan, der eigentlich so etwas wie die Adventszeit des Islams sein sollte, in der an die Niederschrift des Koran erinnert wird, hat das einst allen Religionen wichtige Instrument des Fastens zur Absurdität verkommen lassen. *Bodo Bost*

Rückschlag der NASA

»Dragon«-Rakete mit Versorgungsgütern für die ISS explodiert

Beim dritten Versuch in Folge und innerhalb von nur neun Monaten explodierte in Cape Canaveral wieder eine „Dragon“-Rakete, die mit Versorgungsgütern für die Weltraum-Station ISS gestartet war. Wenige Minuten nach dem Abheben wurde das Raumfahrzeug samt seinen 1,8 Tonnen Fracht in einem Feuerball vernichtet. Der Grund für den Unfall war zunächst unklar, er könnte aber mit einer neuen Technik zusammenhängen.

Eine Transport-Rakete wie die „Dragon“ kostet so viel wie ein großes Passagierflugzeug, aber es fliegt nicht wie dieses 30 Jahre lang, sondern nur ein einziges Mal. Um die Kosten für die Raumfahrt zu senken, arbeitet die NASA an einer Rakete, die weich landen und so wiederholt eingesetzt werden kann. Doch gab es bei verschiedenen Versuchen bislang nur Misserfolge.

Technische Schwierigkeiten bei der Raumfahrt sind auch der Grund, warum die USA gezwungen sind, Raketentriebwerke in Russland einzukaufen. Es handelt sich dabei um die sogenannte RD-180, welche die erste Stufe der amerikanischen Atlas-Rakete antreibt. Sie werden von der russischen Firma Energomash hergestellt. Die Geschäftsbeziehung zwischen Russland und der NASA hat, wie manche andere auch, die Sanktionen heil überstanden, zu denen die USA ihre europäischen Verbündeten drängen.

Doch geht es nach den Falken in Washington, soll es damit bald ein Ende haben. Der einflussreichste und rücksichtsloseste aller US-Kriegstreiber, Senator John McCain, hatte von der amerikanischen Raketen-Industrie verlangt, auf die russischen Triebwerke zu verzichten. Tatsächlich verbot der Kongress im Dezember den Ankauf der russischen Triebwerke ab 2019. Dies geschah in der schieren, aber bislang unbegründeten Hoffnung, dass bis dahin die US-Raketen-Industrie einen Ersatz entwickelt hat. So riefen denn auch im Mai US-Verteidigungsminister Ashton Baldwin Carter und der Director of National Intelligence, James R. Clapper, dazu auf, das Verbot wieder aufzuheben.

> Heftige Kontroverse in den USA über Einkäufe in Russland

Auch General John E. Hyten, Kommandeur des Weltraumkommandos der US-Air Force, hat sich gegen ein Importverbot gewandt, denn ohne die russischen Raketen-Motoren hätten die USA keinen gesicherten Zugang zum Weltraum mehr. Vor dem Rüstungsausschuß sagte der General: „Mit einem Verzicht auf die RD-180 würden wir unseren Zugang zum Weltraum wesentlich begrenzen und unserer Konkurrenzfähigkeit schaden.“

Wie auch immer dieser Streit enden mag, derzeit gilt ein Vertrag zwischen der russischen Korporation für den Bau von Weltraumraketen „Energija“ und dem US-Unternehmen „Orbital Scienses Corp.“ über den Ankauf von 60 der weiterentwickelten Triebwerke RD-181 im Gesamtwert von rund einer Milliarde US-Dollar.

Mit seinem Hinweis auf die bedrohte Konkurrenzfähigkeit der USA hat indes General Hyten einen schweren propagandistischen Fehler begangen. Denn es ist durchgehend Taktik der USA, sich selbst als unerreichbar und alle anderen als hoffnungslos zurückliegend darzustellen. Die USA sind Weltmacht, die anderen regionale Größen, so das offizielle Bild nach außen. Daher widerspricht der Raketen-Kauf nicht nur der US-Sanktions-Politik, die ohnehin im Wesentlichen von den Europäern getragen wird, sondern auch dem Selbstverständnis eines Riesen, der dabei ist, in die Knie zu gehen, es aber noch nicht eingestehen will. *Florian Stumfall*

Windenergie unter Feuer

Hässlich, unrentabel, eine Gefahr für Tier und Mensch – Der Widerstand gegen Windkraftanlagen wächst

Hunderte Bürgerinitiativen wenden sich in Deutschland gegen den Ausbau der alternativen Energieform und weisen auf deren massive Nachteile hin. Im Nachbarland Dänemark sowie in Bayern wurden bereits inoffizielle Baustopps verhängt.

Die Bayern haben es mal wieder vorgemacht. Mit einer einfachen und schlichten Zahl haben sie der wildwuchernden Ausbreitung der bizarren Gebilde in ihrer Landschaft Einhalt geboten. Die Zahl lautet Zehn. Seit dem 17. November 2014 gilt laut bayerischer Landesbauordnung die 10H-Regelung. Nach ihr muss der Abstand einer Windkraftanlage zur nächsten Wohnsiedlung mindestens zehn Mal so groß sein wie die Höhe der Windräder. Bei einer üblichen Höhe von 200 Metern sind das zwei Kilometer. So viel Freiraum aber hat auch der Freistaat kaum zu bieten. Fachleute gehen davon aus, dass der Ausbau der Windenergie damit in Bayern quasi gestoppt ist. Der Funke des Widerstands wehte bis ins Nachbarland Sachsen herüber. Die dortige CDU-SPD-Regierung unter Stanislaw Tillich erwägt sich der 10H-Regelung bis Ende des Jahres anzuschließen.

Wohl keine alternative Energieform ist derzeit so umstritten wie die Stromgewinnung mittels Windkraft. Dabei gilt sie neben der Photovoltaik als wichtigster Baustein der Energiewende. Wind und Sonne sollen irgendwann in den nächsten Jahrzehnten 80 bis 90 Prozent des Stromverbrauches der Deutschen decken. Entsprechend kräftig werden die Windkraftanlagen subventioniert. Entsprechend stürmisch breiteten sie sich bislang aus. 1766 der modernen Windmühlen wurden im vergangenen Jahr errichtet – mehr als jemals zuvor. Die meisten entstehen in Norddeutschland, Spitzenreiter ist Schleswig-Holstein mit 455 neuen Windkraftanlagen. Niedersachsen folgt mit 227. Stark ausgebaut werden sie auch in den Binnenländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Insgesamt ragen auf deutschem Grund 24 867 von ihnen in die Höhe.

Ihre unübersehbare Präsenz sorgt gleichzeitig aber auch flächendeckend für zunehmenden Widerstand. Bei www.windwahn.de, einer internationalen Internetplattform für Windkraftgegner, sind deutschlandweit bereits 609 Bürgerinitiativen gelistet. Hoch im Norden setzt sich der Verein „Gegenwind“ auf Sylt für eine „industriefreie Nordsee“ ein. Tief im Süden wehrt sich die Initiative „Umwelt und Zukunft in Gailingen“, einem Ort bei Koblenz, gegen eine geplante Anlage auf dem Rauhenberg und damit gegen die „Zerstörung des Landschaftsbildes und des Heimatraumes“. Auch der Geräuschpegel, gemessen in Dezibel (dBA), weisen die windskeptischen Süddeutschen vom Hochrhein hin: „Er ist an der Turbine bei Last größer als 103 dBA. Das ist die Größenordnung einer Motocross-Maschine, wenngleich mit einem anderen, tieferen Frequenzgang“, warnen die Windkraftskeptiker aus Gailingen.

Kopfschmerz, Tinitus: Wie gefährlich ist der Infraschall?

In Frage gestellt wird in Gailingen und anderswo aber auch der grundsätzliche Nutzen vom Windkraftanlagen. Bei Flaute oder zu starkem Wind fließt kein Strom. Im Hintergrund müssen daher stets klassische Stromerzeuger bereitstehen, um Versorgungslücken zu füllen. Die Kosten dafür lassen die Strompreise in die Höhe schnellen. Sorgt andererseits eine kräftige Brise für Windstrom in Hülle und Fülle, wird oft viel mehr produziert als benötigt wird. Speichern lässt sich dieser Strom kaum.

Die turmhohen Dreiflügler erweisen sich zudem als tödliche Gefahr für die Tierwelt. Milane, Seeadler, Störche und andere Vögel haut es bei der Kollision mit den Rotoren vom Himmel. Fledermäusen wird der Unterdruck, den die Anlagen erzeugen, zum Verhängnis. Er lässt sie innerlich verbluten. Der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) geht von bis zu 100 000 getöteten Tieren pro Jahr aus.

Ob Windkraftanlagen auch bei Menschen gesundheitliche Schäden auslösen, ist unklar. Die Turbinen erzeugen Schwingungen unterhalb der Hörbarkeitsgrenze, den sogenannten Infraschall. Er steht im Verdacht, unter anderem Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Tinnitus oder Schwindel auszulösen. Während die mögliche Gefahr in Deutschland von offizieller Seite heruntergespielt wird, nimmt man sie in Dänemark sehr ernst. Das kleine Nachbarland war mit einem Anteil von 40 Prozent Windkraft am Stromverbrauch weltweit führend. Die Nachfahren der Wikinger seien „Bändiger des Windes“, jubelte der Spiegel. Die Sturmbö, die nun droht, lässt sich möglicherweise nicht mehr zähmen. Nachdem sich die Verdachtsfälle mehrten, gab die Regierung eine Studie über mögliche Gesundheitsrisiken in Auftrag. Sie soll 2017 vorliegen, bis dahin stoppten fast alle Kommunen im Nachbarland ihre Windenergieprojekte. Ein faktisches Ausbaumoratorium, das sich die dänischen Windkraftgegner als großen Erfolg anrechnen. Auch die dortige Presse macht deutlich, dass der Wind in Dänemark mittlerweile aus einer anderen Richtung weht. Das Boulevardblatt „Ekstra Bladet“ zeigt seitenfüllend die Karikatur eines Landwirts, der dem Leser den Mittelfinger in Form einer Windkraftanlage entgegenstreckt. Schlagzeile: „Vindmoller hat altid ret“: Der Windmüller hat immer recht.

Frank Horns



Totalschaden in einem Windpark bei Buxtehude: Brände gehören zu den häufigsten Unfallursachen Bild: pa

MELDUNGEN

Weniger duale Berufsbildung

Bonn – Das duale Bildungssystem in Deutschland wird laut Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) international so hoch bewertet wie niemals zuvor. Das hänge auch mit der guten Wirtschaftslage in Deutschland und der im Vergleich zu anderen Ländern niedrigen Jugendarbeitslosigkeit zusammen. Allerdings würden heute rund 100 000 Ausbildungsverträge weniger vermittelt als noch vor zehn Jahren. Gerade bei kleinen Betrieben sei die Ausbildungsquote rückläufig und liege bei gut 20 Prozent, so das BIBB. Vor fünf Jahren hätten immerhin noch rund 24 Prozent der Betriebe ausgebildet. *U.M.*

EU-Gericht: Natur hat Vorrang

Luxemburg – Der Europäische Gerichtshof hat hinsichtlich der Vertiefung der Weser geurteilt, dass Eingriffe in Gewässer nicht zu einer Verschlechterung der Wasserqualität führen dürfen. Sollte dies absehbar sein, dürfe ein Projekt nicht genehmigt werden. Allerdings ist eine Ausnahme möglich, wenn der Eingriff von übergeordnetem öffentlichen Interesse und das Ziel aus technischen Gründen oder wegen unverhältnismäßiger Kosten nicht anders zu erreichen sei. Das Urteil macht auch die Elbvertiefung erst einmal unmöglich. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.061.926.068.142 €
Vorwoche: 2.061.829.113.891 €

Verschuldung pro Kopf:
25.431 €
Vorwoche: 25.430 €

(Dienstag, 7. Juni 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wo Griechenland spitze ist

Hellas hat die größte und leistungsfähigste Handelsflotte der Welt

Olivenöl und Tourismus werden üblicherweise genannt, wenn es um die Frage geht, womit Griechenland überhaupt Einnahmen erzielen kann. Tatsächlich ist das Land aber auf einem Gebiet sogar Weltmarktführer. Griechenland hat seit den 1970er Jahren die größte und leistungsfähigste Handelsflotte der Welt. Mit deutlichem Abstand zum zweitplatzierten Japan kam die griechische Handelsmarine im Jahr 2013 auf rund 3500 Schiffe mit einer Gesamttragfähigkeit von etwa 250 Millionen. Damit stellt Griechenland allein etwa 48 Prozent der Schiffskapazität der Europäischen Union.

Wesentlich schwieriger als die Bestandszahlen und Kapazitäten ist die wirtschaftliche Bedeutung der griechischen Handelsflotte zu ermitteln. Verlässt man sich auf die die offizielle Statistik, dann trägt die Schifffahrt zwischen sechs und sieben Prozent zur griechischen Wirtschaftsleistung bei. Gerade die international agierende Schifffahrtsbranche weist allerdings Besonderheiten auf, die eine statistische Erfassung nicht gerade einfach machen. So werden 93 Prozent der Einnahmen der griechischen Flotte im Ausland erzielt, ein Großteil der Dollareinnahmen griechischer Reeder verbleibt auch auf Konten im Ausland. Als Folge fließt in die Berechnung des griechischen Bruttoinlandsprodukts bislang nur ein Teil der im Ausland erbrachten und bezahlten Dienstleistungen ein.

Statistische Probleme im Zusammenhang mit der Schifffahrt, welche die Zahlungsbilanz verfälschen können, sind unter dem Begriff „Fehlende Flotte“ (the missing fleet) schon länger bekannt und betreffen nicht nur Griechenland. Zwar hat sich mit dem Beitritt Griechenlands zum Euro die statistische Erfassung durch die Zentralbank etwas verbessert, geschätzt wird aber, dass die wirtschaftliche Dunkelziffer immer noch enorm ist. So äußerte der Experte Michael Bernegger unlängst sogar die Vermutung, dass ein Großteil der Exportleistung der Handelsschifffahrt – je nach Berechnungsweise ungefähr drei Viertel bis vier Fünftel – statistisch immer noch nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Griechenlands einfließt. Als Ursachen führt Bernegger Besonderheiten bei der Regulierung und Besteuerung des Sektors in Griechenland sowie das bis in die 90er Jahre herrschende geldpolitische Regime mit Kapitalkontrollen von 1932 bis 1994 an. Sollte der Befund tatsächlich zutreffen, dann hat Griechenland im Verhältnis zur Bevölkerungszahl eine extrem leistungsfähige Exportindustrie, die den Vergleich mit Deutschland nicht scheuen muss. Nicht nur das. Gut aufgestellt ist das Land ausgerechnet auf einem der wachsende Sektoren der Weltwirtschaft.

Dem griechischen Staatshaushalt nützt das wenig

Der Haken an dieser Erfolgsgeschichte: Trotz ihrer wirtschaftlichen Bedeutung tragen die Reedereien bislang kaum etwas zu den griechischen Staatsfinanzen bei. So werden die Schiffe nach einem pauschalen Tonnage-Gewinnermittlungssystem versteuert. Als Folge fallen für einen durchschnittlichen Frachter nur etwa 20 000 Euro an Steuern im Jahr an. Die Gewinne der Reedereien und deren Dividendenzahlungen sind sogar komplett steuerfrei. Wegen der Wichtigkeit der Branche fasst die Politik die griechischen Reeder bislang nur mit Samthandschuhen an. Ohne viele Probleme können die Reeder nämlich die Flagge wechseln und schnell den Firmensitz außer Landes verlegen.

NormanHanert

Neustart in St. Petersburg

Saudi-Arabien und Russland beschließen engere Zusammenarbeit

Saudi-Arabien und Russland wollen enger zusammenarbeiten. Diesen Entschluss fassten beide Länder, deren Beziehungen seit den 80er Jahren als unterkühlt gelten, am Rande des St. Petersburger Wirtschaftsforums, das am 18. Juni stattfand. Zur saudischen Delegation gehörten neben dem Verteidigungsminister und Königssohn Mohammed bin Salman Außenminister Adel al-Schubeir, der Vorsitzende der Handelskammer, Abdulrahman al-Zamil, Erdölminister Ali al-Naimi und weitere hochrangige Politiker.

Moskau und Riad sehen sich in einer geopolitischen Lage, in der die bestehende Ordnung massiv verändert wird. Russland steht im Konflikt mit dem Westen, die Saudis fühlen sich von den Amerikanern im Stich gelassen, seit das Weiße Haus ihrer Führung keine schriftliche Garantie zu deren Sicherheitsschutz ob der wachsenden iranischen Bedrohung ausstellen will. Dass sich die USA wieder an Teheran annähern, wird im Königreich Saudi-Arabien mit Argwohn betrachtet.

In St. Petersburg verhandelten nun Russen und Saudis erstmals über ein Atomabkommen. Mohammed bin Salman stellte Russlands Präsident Wladimir Putin auch den Erwerb russischer Waffen und Verteidigungssysteme in Aussicht. Das Königreich plant den Bau von 16 Kernkraftwerken auf seinem Territorium.

Insgesamt wurden sechs Vereinbarungen und Memoranden über die Zusammenarbeit unterzeichnet: An oberster Stelle steht die Vereinbarung über die friedliche Nutzung der Atomenergie. Ferner soll es gemeinsame Bemühungen in der Raumfahrt geben; die militärische Zusammenarbeit, ein Programm zur Kooperation im Energiesektor, gegenseitige Investitionen, die Gründung gemeinsamer Unternehmen für den Bau von Wohnungen und Infrastruktur wurden ebenso beschlossen.

Umsetzung der Pläne hängt von geopolitscher Lage ab

Riad will Milliarden in die russische Wirtschaft investieren. In den Dokumenten ist außerdem eine russische Beteiligung am Bau der Kernkraftwerke in Saudi-Arabien vereinbart worden.

Für Differenzen zwischen Saudi-Arabien und Russland sorgte in der Vergangenheit stets der Ölpreis und Riads Unterstüzung des radikalen Islam im Kaukasus. Der Verfall des Ölpreises in den 80er Jahren hat schließlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion geführt, die Verbreitung radikalislamischer Ideen in Tschetschenien und Dagestan hat in den 70er und seit den 90er Jahren Moskau immer wieder in Atem gehalten.

Der Versuch, die Saudis als einen der größten Energielieferanten durch amerikanisches Fracking-Öl und -Gas zu verdrängen, führte zum weiteren Ölpreisverfall. Während für den Kreml zur Abfederung seiner Wirtschaftskrise ein höherer Ölpreis dringend notwendig wäre, setzten die Saudis einen niedrigeren durch, um so das amerikanische Fracking-Öl, dessen Förderung aufwendig und teuer ist, unrentabel werden zu lassen.

Vor diesem Hintergrund, aber auch, weil Russland zum größten Erdöllieferanten Chinas aufgestiegen ist und die Saudis in ihrer Funktion als Exporteur bedroht, ist die neue Annäherung zu verstehen. Ob und wie viel von den Absichtserklärungen umgesetzt wird, hängt maßgeblich von der geopolitischen Großwetterlage ab. Ähnliche Vereinbarungen hatte das Königreich auch schon mit anderen Staaten wie den USA, Frankreich, Nordkorea und Argentinien getroffen.

Manuela Rosenthal-Kappi

Ein Eimer Europa

Von Frank Horns

Das ZDF, ansonsten nicht gerade für investigativen Journalismus bekannt, vermeldete am Sonntag Sensationelles. Der Korrespondent in Athen erklärte, dass die Griechen in ihrer Volksabstimmung nicht nur über die Reformvorgaben der EU entscheiden würden, sondern auch darüber, ob sie weiterhin zu Europa gehören möchten oder nicht.

Leider blieb der Mann uns die Erklärung schuldig, wie denn ein Nein zum hiesigen Kontinent in der Praxis aussehen könnte. Nimmt sich jeder Grieche einen Eimer voll heimischer Erde und zieht damit nach jenseits des Bosporus? Die Türken würden sich freuen ...

In den Medien und in der Politik sind solche Gleichsetzungen kein Einzelfall. Die Europäische Union wird – mal absichtsvoll, mal achtlos – mit Europa gleichgesetzt. Den EU-Bürokraten wird es gefallen. Bekommen sie doch eine Bedeutung, die ihnen beim besten Willen nicht zuteilt. Die EU hat 28 Mitgliedsländer, zu Europa zählen 50 Staaten. Auch ohne unter der blaugoldenen Sternenflagge der EU zu leben, kann man ein waschechter Europäer sein – ein guter noch dazu. Die Schweizer machen es vor.

Muslime im Bad

Von Michael Leh

Im Ramadan geschehen Zeichen und Wunder. Das jüngste Beispiel ist das „Ramadan-Schwimmen“ im Berliner Volksbad Humboldthain in Gesundbrunnen. Jahrelang ärgerte man sich als deutscher Nicht-Muslim über die viel zu kurzen Öffnungszeiten des Bades. Es öffnet spät im Jahr und schließt früher als andere. Pünktlich um 17.30 Uhr wird man von Bademeistern mit Megafon in Befehlston aus dem Wasser gejagt, mag die Sonne noch so warm und lange scheinen. Nichts schien bislang heiliger als der frühe Dienstschluss. Doch gefehlt: Heiliger ist der Ramadan.

Wie der Chef der Berliner Bäderbetriebe mitteilte, findet diesen Sommer in ausgewählten Schwimmbädern nachts ein Grillen am Beckenrand statt, um muslimische Badegäste trotz des Fastenmonats anzulocken. Muslime könnten so ihr Fasten im Schwimmbad brechen und an einem Mitternachtsschwimmen teilnehmen. Das Konzept sei neu in Deutschland und versuche, der kulturellen und religiösen Vielfalt in Berlin gerecht zu werden. Ausgewählt wurden das Bad Olympiastadion und das Volksbad Humboldthain. Auf dessen Internetseite hieß es: „Die Becken werden von Flutlicht erhellt, zusätzlich sorgen Feuerschalen für Atmosphäre und pünktlich zum Sonnenuntergang wird der Grill angeworfen.“ Es werde arabische und vegetarische Spezialitäten geben und bis nachts um ein Uhr geöffnet sein.

Beruhigend für den gemeinen Deutschen, der sich vielleicht an Michel Houellebecqs Roman „Unterwerfung“ erinnert fühlen könnte: Auch nichtmuslimische Gäste seien ausdrücklich ins Schwimmbad eingeladen, hieß es.

Oberflächliche Parallelen

Von Manuel Ruoff

In den USA hat mit Dylann Roof ein Weißer unter Schwarzen ein Massaker angerichtet. Und es kursieren Bilder im Internet, die selbigen Dylann Roof mit der Kriegsflagge der Konföderierten Staaten von Amerika (CSA) zeigen. Seitdem wird gegen dieses wohl berühmteste Symbol der Südstaaten gewettert.

Das weckt Assoziationen an die Bekämpfung der kaiserlichen Reichskriegsflagge in der Bundesrepublik. Tatsächlich gibt es (oberflächliche) Parallelen. In beiden Fällen handelt es sich um eine im 19. Jahrhundert kreierte und heute nicht mehr gültige historische Kriegsflagge mit einem Kreuz als Hauptmotiv.

Es gibt allerdings auch zwei wesentliche Unterschiede. Die kaiserliche Reichskriegsflagge wird in der Bundesrepublik bekämpft, seitdem Neonationalsozialisten sie als Alternative zur verbotenen Hakenkreuzfahne gebrauchen beziehungsweise missbrauchen. Hätten also die Neonationalsozialisten in ihrer Not auf „grün und gelb und Tanzvergnügen, oder auch die Fahne von Mecklenburg-Strelitz“ zurückgegriffen (um mit Bismarck zu sprechen), dann würde sicherlich in der Bundesrepublik auch „grün und gelb und Tanzvergnügen, oder auch die Fahne von Mecklenburg-Strelitz“ bekämpft werden. Dass die Reichskriegsflagge ein Symbol des Kaiserreiches war, ist dabei sekundär, da die Monarchisten heute für niemanden mehr eine Herausforderung darstellen.

> Streit um Kriegsflagge in den USA wie in der Bundesrepublik

Das ist bei der Kriegsflagge der Konföderierten etwas anders. Dass Dylann Roof mit ihr im Internet zu sehen ist, ist nicht der Grund dafür, dass sie nun bekämpft wird, sondern nur ein willkommener Anlass. Denn bei ihr ist es ihre ursprüngliche Bedeutung, wegen der sie bekämpft wird. Mit den Konföderierten Staaten von Amerika stand sie nämlich von Anfang an für die Sklaverei, aber auch für die Unabhängigkeit von Washington, und das erregt nicht nur bei Schwarzen Anstoß, sondern auch bei Zentralisten aus den Nordstaaten, dem ehemaligen Kriegsgegner.

Und einen weiteren wesentlichen Unterschied gibt es. In der Bundesrepublik geht der Streit um die Frage, ob der Staat sich gegenüber der Reichskriegsflagge neutral verhalten oder ob er dieses Symbol bekämpfen soll, indem er es wegen „Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung“ konfisziert, wie dieses zumindest in Brandenburg der Fall ist. In den ungleich toleranteren USA geht es hingegen um die Frage, ob der Staat sich gegenüber der Kriegsflagge der Konföderierten neutral verhält, oder ob er sie in Ehren hält und ihr damit gar die Weihen eines Staatssymbols zukommen lässt, indem er sie selber hisst, wie dieses zumindest bisher im Süden durchaus der Fall war. Hingegen ein Verbot der Südstaatenflagge scheinen in den USA noch nicht einmal ihre Gegner zu fordern.



Ein gefundenes Fressen für die Gegner der Konföderierten Staaten von Amerika: Dylann Roof mit der Kriegsflagge der Südstaaten

Bild: Mauritius

Nostalgie für Reh und Fuchs

Einst Propaganda für, heute Mahnung gegen Kernkraft – Das Riesenbild des DDR-Malers Werner Petzold

Irgendwo in der Einöde Thüringens bei Löbichau steht ein riesiges Gemälde, das die Kernenergie verherrlicht. Wie kam dieses monumental gewordene Hässlichkeit bloß dorthin?

„Resurrektion Aurora“ – wer der ehemaligen Bergbaulandschaft südlich von Leipzig diesen Namen gegeben hat, wollte offenbar verhindern, dass Besucher kommen. Das für deutsche Zungen schwer auszusprechende und für die meisten Deutschen noch schwerer zu verstehende „Resurrektion Aurora“ klingt so gar nicht nach einer „Wiederauferstehung der Morgenröte“.

Es verwundert also nicht, dass sich kaum Besucher in die parkähnliche Landschaft bei Löbichau verirren, dass kaum jemand hier das vermutlich größte deutsche Wandbild entdeckt, das inmitten der neu geformten und begrünten Landschaft steht: „Die friedliche Nutzung der Kernenergie“ von Werner Petzold. Wer es entdeckt, ist maßlos überrascht – diese Konfrontation mit großformatiger Kunst (oder Propaganda) erwartet niemand in einer heute so heile erscheinenden Hügellandschaft.

Im Gebiet bei Löbichau unweit der Autobahn 4 wurde bis zur „Wende“ Uranbergbau von der „Wismut“ betrieben. Nach 1990 erfolgte die Umwandlung der verseuchten Abraumhalden in einen Park mit dem so umständlichen Namen. Zu den Hinterlassenschaften der „Wismut“ gehörte auch das zwölf mal 16 Meter große Wandbild, zusammengesetzt aus Emaille-Tafeln, das seit 1974 an einem Verwaltungsgebäude des Uranförderers bei Crimmitschau angebracht war. Nach dem Abriss des Gebäudes wurde das Bild immerhin eingelagert – ein Stück DDR-Kunst, politisch nun nicht mehr korrekt.

Das Monumentalwerk, geschaffen vom Leipziger Künstler Werner Petzold, verherrlicht die Atomenergie gerade dort, wo viele der im Bergbau beschäftigten Arbeiter unter dem strahlenden Uran litten und oft früh an Krebserkrankungen starben. Es handelt von „friedlicher Nutzung“, wo doch ein Teil des Urans in die Sowjetunion geliefert wurde und dort in Atomsprengköpfen Verwendung fand.

Als 2009 die Umwandlung der Landschaft ihrem Abschluss entgegenging und die grüne leicht hügelige Landschaft mit historischen Eckmarken ausgestattet wurde – ein alter Förderturm wurde belassen, eine Untertage-Bohrmaschine an den Rand eines Feldes gestellt –, suchten die Landschaftsgestalter weitere Objekte und wurden unter den Asservaten der Wismut fündig. Petzolds Monumentalbild wurde 2009 an einem riesigen Stahlgerüst aufgestellt – weitab von jedem Haus. Nun können es Rehe, Füchse, Bauern und ein paar Besucher betrachten, die immerhin eine Bank vorfinden, von der es sich bequemer betrachten lässt.

Das Bild gliedert sich in drei Teile. Im oberen Drittel zeigt es die ideologischen Kerne des „Arbeiter- und Bauernstaats“: den Kosmonauten als Symbol des Fortschritts und die Frau mit der roten Fahne als ewige Vertreterin der sozialistischen Revolution. Im mittleren Drittel sehen wir die sozialistische Gesellschaft: einen Ingenieur, der den Staat der Zukunft entwirft, eine Frau, die ein Baby hält. Im unteren Drittel bilden muskulöse Arbeiterfiguren die so verstandene Basis von Gesellschaft und Ideologie.

Im Zentrum dieses Lehrbildes der sozialistischen Weltanschauung prangt statt einer Sonne ein riesiges Atom. Alle Elemente dieses Kachel-Bildes sind auf das Atom bezogen.

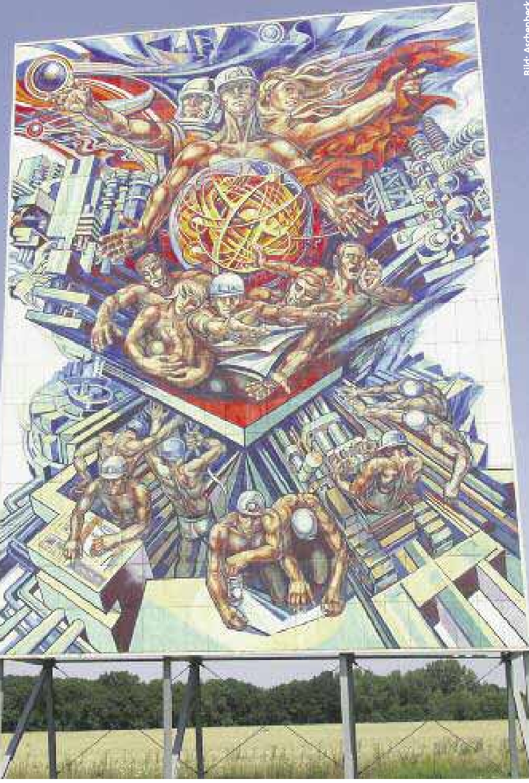
Die gewünschte Lesart des Bildes ist eindeutig: eine Idealisierung der Kernenergie. Doch gleichzeitig bekam es in seiner fast grotesken Übertreibung und Beschönigung (das Atom als gesellschaftlicher Kern und Motor) fast eine ironische Note. Konnte 1974 jemand das Bild „Die friedliche Nutzung der Kernenergie“ noch ernst nehmen? Zeigte das Bild nicht gar zu deutlich den Widerspruch zwischen kopfgeborener Idee und ernüchternder Realität (gerade in den Uran-Abbaugebieten), zwischen schönem sozialistischen Wunschtraum und harter, manchmal tödlicher Wirklichkeit in Löbichau und in den anderen Orten der „Wismut“? Spätestens nach Tschernobyl war die Grundaussage des Monumentalbildes desavouiert; nach Tschernobyl wurde es vermutlich neu gelesen: als ironischer Kommentar zum Uranabbau, als eindrucksvollen Beleg für die Hybris der DDR.

Dennoch wurde das Wandbild damals an seinem Platz belassen – und es behielt eigenartigerweise auch seinen künstlerischen Wert, es wirkte nie falsch, nie unangebracht. Petzolds monumentales Werk besitzt offensichtlich eine künstlerische Qualität, die es über ein bloßes Propagandabild hinaushebt, eine Qualität, die vielschichtige Lesarten zulässt. Es ist mehr als ein Plakat, das nur zu etwas aufruft, es ist vielmehr ein vielschichtiges Zeitdokument. Man kann es wörtlich lesen, als Idealisierung der Atomenergie, oder man kann es ironisch auffassen, als eine übertriebene und bewusst falsche Idealisierung eines (vergangenen) gesellschaftlichen Ideals.

Man mag fast vermuten, dass der Künstler die Übertreibung, die zur Ironie und damit zur kritischen Pose gerät, mit Absicht in das Bild hineingeschrieben hat. Petzold war keineswegs ein überzeugter Sozialist – er flüchtete 1983 in den Westen und beschäftigte sich fortan überwiegend mit religiöser Kunst. Auch diese Werke, vordergründig christlich konnotiert, lassen sich immer auch als eine scharfe Kritik an der christlich geprägten Gesellschaft verstehen. Der 1940 geborene Petzold verstand es, in seinen Bildern offensichtliche Bedeutungen auf den Kopf zu stellen.

Die doppelte Lesbarkeit der „Friedlichen Nutzung der Kernenergie“ ließ die Wiederaufstellung im Jahr 2009 sinnvoll und nachvollziehbar erscheinen. Kaum ein anderes Kunstwerk erzählt uns noch heute so viel über den sozialistischen Staat; es erzählt naiv von den Wünschen einer Zeit und berichtet insgeheim von dem Scheitern dieser Hoffnungen.

Doch weshalb wurde das Bild, das sicher zu den bedeutendsten Wandbildern Deutschlands gehört, in einer Landschaft versteckt, die kaum Besucher findet? Warum fehlt jede Ausschilderung zu dem Objekt? Angst, dass das Bild heute falsch gedeutet wird, dass es Teil einer die Schrecken übersehenden DDR-Nostalgie wird, muss nach Tschernobyl und Fukushima eigentlich niemand mehr haben. *Nils Aschenbeck*


Monumentale Hässlichkeit: „Die friedliche Nutzung der Kernenergie“ Bild: Aschenbeck

Paulus-Brief in Paderborn

Es ist der Klassiker auf jeder Hochzeit. Der berühmte Bibelsatz, den der Apostel Paulus im Jahr 54/55 nach Christus an die frühchristliche Gemeinde der reichen griechischen Stadt Ephesus schrieb: „Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen“ (1. Korinther 13,13). Eine der frühesten Abschriften des Dokuments in griechischer Sprache, die zwischen 175 und 225 nach Christus entstand, wird vom 23. Juli an in der großen kunst- und kulturhistorischen Ausstellung „Caritas – Nächstenliebe von den frühen Christen bis zur Gegenwart“ im Diözesanmuseum Paderborn zu sehen sein.

Das Museum macht nun erstmals den wertvollen Papyrus, der in der Ausstellung als Leihgabe der Chester Beatty Library in Dublin im Original gezeigt wird, auch multimedial erlebbar: Auf einem 55 Zoll großen Bildschirm können die Besucher die digitale Version der Abschrift berühren, mit dem Finger über die einzelnen Zeilen fahren und erhalten die deutsche Übersetzung der jeweiligen Passagen.

„Der Paulus-Brief ist ein bedeutendes Dokument der Christenheit und umfasst nicht nur die in der christlichen Welt rezipierten Worte zum allumfassenden Gebot der Liebe. Dank moderner Technik können wir den Besuchern nun einen unmittelbaren Zugang zum Originaltext und zur Auseinandersetzung mit dem Papyrus ermöglichen“, sagt Christoph Stiegemann, der Direktor des Diözesanmuseums.


Kostabares Original: Fragment des Paulus-Briefes Bild: Museum

Die Symbiose von alt und neu, von historischen Ausstellungsstücken und moderner Technik hat sich in Paderborn bewährt. Bereits für die frühere, viel beachtete „Credo“-Ausstellung entwickelte man dort einen interaktiven Taufbrunnen, der den Besuchern direkt zu Beginn der Ausstellung erwartete. Beim Einsatz von moderner Technik im musealen Bereich würde man darauf achten, dies behutsam und mit einer den Kunstobjekten angemessenen Sensibilität zu tun, versprach man seitens der Verantwortlichen.

„Caritas – Nächstenliebe von den frühen Christen bis zur Gegenwart“ zeigt vom 23. Juli bis 13. Dezember, wie sich die Kunst durch die Jahrhunderte dem herausfordernden Thema der Nächstenliebe immer wieder auf unterschiedlichste Art und Weise gestellt hat. Dabei spannt sich der Bogen von Kostbarkeiten aus der Antike, mittelalterlicher Buchmalerei und Schatzkunst, über Gemälde bedeutender Künstler wie Raffael, Lucas Cranach d. Ä., Peter Paul Rubens, Eugène Delacroix und Ernst Ludwig Kirchner bis zu Foto- und Videoarbeiten zeitgenössischer Künstler. *PAZ*

Diözesanmuseum Paderborn, Markt 17, 33098 Paderborn, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Telefon (05251) 1251400. Eintritt: 3,50 Euro

Sächsische Stiefkinder

Bedeutende Bodendenkmäler des Freistaats werden als Kulturgüter zweitrangig behandelt

Barockstadt Dresden – Schlösserland Sachsen. Diese beiden touristischen Werbeslogans stehen für einen hervorstechenden Wesenszug der sächsischen Kulturpolitik seit der deutschen Einheit, welcher darin liegt, die wichtigsten und erhaltenswertesten materiellen Zeugnisse der Geschichte des Freistaates im 17. und 18. Jahrhundert zu verorten. Dabei hat Sachsen sehr viel mehr zu bieten als Frauenkirche und Zwinger sowie die über 300 mehr oder weniger gut erhaltenen Schlösser und Schlösschen der diversen Adelsgeschlechter im ehemaligen Königreich der Wettiner.

So gibt es in Sachsen unter anderem auch 13 000 archäologische Bodendenkmäler aus den sechs Jahrtausenden zwischen der Jungsteinzeit und dem Mittelalter, von denen sich etwa 1600 noch gut sichtbar präsentieren – als Burgruinen, Wallanlagen und Grabhügel. Darunter sind nicht wenige sensationelle Lokalitäten wie die Befestigungsanlage auf der Goldkuppe bei Löbsal nahe Meißen. Hier befindet sich ein ehemals geschlossener Ringwall von rund drei Kilometern Umfang, dessen Höhe an einigen Stellen 18 Meter betragen haben muss. Prähistoriker nehmen an, dass der 20 Hektar große Innenraum während der Bronzezeit regelmäßig von Tausenden von Menschen aufgesucht wurde, wenn kriegerische Auseinandersetzungen drohten.


Ringwall bei Löbsal: Die Goldkuppe von oben Bild: Wikipedia/Jagiella

Ein weiteres Zeugnis früher kultureller Höchstleistungen ist die Heidenschanze bei Dresden-Coschütz: Auf dem markanten Bergsporn über der Weißeritz, durch den jetzt die Tunnelröhren der Autobahn nach Prag führen, haben begabte Metallhandwerker gelebt und gearbeitet, welche von dort aus die ganze Region mit Werkzeugen und Schmuck aus Bronze belieferten.

Dazu kommen die zahlreichen Grabanlagen aus der Zeit der Schnurkeramiker und der Blüte der Lausitzer Kultur. Manchmal handelt es sich dabei um imposante einzelne Hügel wie im Wald bei Sachsendorf, manchmal um regelrechte Nekropolen. So wurden auf dem Schafberg von Niederkaina am Rande von Bautzen bereits 2000 Urnengräber mit bemerkenswert reichen Beigaben gefunden und nahe des kleinen Ortes Liebersee südlich von Torgau weitere 3500 Bestattungsplätze aus der Bronze-, Eisen- und Völkerwanderungszeit.

Aber wie gesagt: All diese Bauwerke und archäologischen Stätten sind Stiefkinder der sächsischen Kulturpolitiker und Tourismusverantwortlichen. Deshalb kann es dann auch nicht verwundern, dass sich ein Staatsbetrieb wie der Sachsenforst wenig sensibel gibt, wenn es um Arbeiten im Bereich von Bodendenkmälern geht. Das zeigen nicht zuletzt die aktuellen Enthüllungen des Reichenbacher Heimatforschers Lutz Eckner.

Wie der ehrenamtliche Regionalhistoriker herausfand, wurde die noch weitgehend unerkundete bronzezeitliche Wallanlage auf dem Pöhler Eisenberg, welche die größte des ganzen Vogtlandes ist und eine archäologische Schatzgrube sondergleichen sein dürfte, kürzlich durch Planierarbeiten beschädigt – der Sachsenforst musste hier unbedingt eine Rückegasse zur Erleichterung seiner Holztransporte anlegen, wofür das Landesamt für Archäologie dann auch noch vollstes Verständnis äußerte. *Wolfgang Kaufmann*

Kino-Tipp

Die halb verfallenen Beelitz-Heilstätten südlich von Potsdam dienten wegen ihres morbiden Charmes schon häufig als Filmkulisse. Hier drehte Roman Polanski seinen Film „Der Pianist“, und hier ließ sich Hollywoodstar Tom Cruise als Hitler-Attentäter Graf von Stauffenberg in „Operation Walküre“ verarzten. Doch nie zuvor wurde das baufällige Sanatoriums-Ensemble so kurios und komisch in Szene gesetzt wie in der dänischen Produktion **„Men & Chicken“** (Männer & Hühner), die jetzt in den deutschen Kinos zu sehen ist.

James-Bond-Bösewicht Mads Mikkelsen spielt dabei einen äußerst debilen wie zugleich liebenswerten Menschen mit Hasenscharte, der mit seinem Halbbruder auf einer kleinen Insel seine Familiengeschichte ergründen will. In einem baufälligen Horrorhaus trifft er auf drei recht aggressive Typen, die ihm alle irgendwie ähnlich sehen: Auch sie haben eine Hasenscharte.

Dass am Ende einige Leichen im Keller liegen, mindert nicht den Spaß an dieser pechschwarzen Komödie des dänischen Drehbuchautors, Regisseurs und Oscar-Gewinners von 1999, Anders Thomas Jensen. Wer „Arsen und Spitzenhäubchen“ kennt, der weiß, wie gut sich Horror mit Komik verträgt. *H. Tews*

Als Papenburg polnisch wurde

Ethnische Säuberungen gab es vor 70 Jahren auch im Westen – Im Emsland mussten Deutsche ganze Dörfer und Städte räumen

Kaum bekannt ist, was von 1945 bis 1947 im Emsland geschah. Zehntausende Polen setzten sich dort fest, um quasi ein eigenes Staatswesen zu errichten. Sie benannten ganz Städte um und richteten sich dauerhaft ein. Erst als sich die Weltlage entscheidend änderte, bereitete die zuständige britische Militärverwaltung dem Spuk ein Ende.

Sie waren eindeutig gekommen, um zu bleiben. Im Frühjahr 1945 teilte die britische Militärverwaltung der 1. Panzerdivision der Polnischen Streitkräfte im Westen (PSZ) ein eigenes Besatzungsgebiet zu. In einer 6500 Quadratkilometer großen Region des Landkreises Emsland – Bereiche um Oldenburg und Leer zählten ebenfalls dazu – durfte die 16 000 Mann starke Truppe weitgehend selbstständig schalten und walten.

Die Männer, die mit ihrer Division und 381 Panzern seit dem 18. April 1944 auf Seiten der Westalliierten gegen die Deutschen gefochten hatten, nutzten dies weidlich aus. Sie wurden, gelinde gesagt, zu ziemlich unbequemen Besatzern.

Dies lag sicherlich auch an den nicht erst ab 1939 von Hass und Gewalt geprägten bilateralen Beziehungen zwischen Polens Zweiter Republik und dem Deutschen Reich. Der wichtigste Grund aber war Landhunger. Die Polnische Exilregierung mit Sitz in London stand hinter dem drastischen Vorgehen ihrer Landsleute. Während die angelsächsischen Staatsführungen und auch die sowjetische bemüht waren, ihre Landsleute in Deutschland – Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, KZ-Insassen oder andere Displaced Persons – möglichst ohne Verzug in die Heimat zurückzuführen, war das beim polnischen Führungspersonal anders. Sie wollten den verhassten Kommunisten im sowjetischen Polen möglichst wenig Landsleute überlassen und waren vielmehr bemüht, möglichst viele Polen im Einflussgebiet ihrer Besatzungstruppen in Deutschland zu sammeln. So wurden nicht nur Polen aus Deutschland, sondern sogar Polen aus Polen vom polnisch besetzten Emsland angezogen.

Naheliegenderweise warf das die Frage der Unterbringung auf. Vorhandene Lager wurden umfunktioniert, neue Lager wurden errichtet. Vor allem aber wurde auch im tiefsten Westdeutschland die ostdeutsche Methode angewandt: Deutsche wurden rigoros aus ihrem Wohnraum vertrieben, um Polen Platz zu machen.

Am 19. Mai 1945 wurden die Bewohner der Dörfer Tunxdorf und Bokel deportiert. In Tunxdorf wurden 589 Polen und in Bokel 533 Polen untergebracht. Den beiden Dörfern folgte mit Haren eine ganze Stadt. Am 20. Mai begann die Deportation der Bürger des Ortes. Mitgenommen werden durften nur Kleidung, Bettbezüge, Lebensmittel, Haustiere und Wertsachen. Die Deportierten wurden auf 30 emsländische Gemeinden zwischen Lingen und Papenburg verteilt. 3500 Menschen aus 514 Häusern waren von dieser Vertreibung betroffen. Am 28. Mai war die Ersetzung der Bewohner Harens durch Polen abgeschlossen.

Analog zu Ostdeutschland nahmen die Polen von ihrem neuen Ort vollends Besitz. Einen Monat nach dem Bevölkerungsaustausch stattete der Oberbefehlshaber der Polnischen Streitkräfte mit einer hochrangigen Delegation der 1. Panzerdivision und deren Besatzungsgebiet einen Besuch ab. Anlässlich dieses Besuches wurde Haren zu Ehren des vormaligen Kommandeurs der 1. Panzerdivision, General Stanislaw Maczek, in „Maczków“ umbenannt. Auch die Straßen von Haren wurden nun fleißig umbenannt. Nach Haren wurde ebenso in den Dörfern Spahn, Neuvrees, Westrhauderfehn und Ostrhauderfehn die Bevölkerung ausgetauscht. In Spahn wurden 870, in Neuvrees 1470, in Westrhauderfehn 1860 und in Ostrhauderfehn 1070 Polen einquartiert.

Teilweise vertrieben die Besatzer auch nur Teile der Bewohnerschaft. In dieser Weise wurde beispielsweise in Papenburg vorgegangen. Ein für die Besatzer interessantes „Experiment“ wurde im Straßendorf Völlen durchgeführt. Dort wurden die Bewohner der einen Straßenseite vertrieben und in den Häusern auf der gegenüberliegenden Straßenseite einquartiert. Das hatte für die neuen polnischen Machthaber den Vorteil, dass die Arbeitsleistung der Vertriebenen kaum eingeschränkt wurde, da sie genauso gut wie vorher ihre Arbeitsplätze erreichen konnten.



Wie in einer polnischen Stadt: Polnische Pfadfinder in Haren — Bild: pa

Die britische Militärverwaltung ließ den ihnen unterstellten polnischen Truppen dabei nicht nur freie Hand, sondern unterstützte sie sogar. Es war anfänglich das Ziel der 21. Armeegruppe, die geschätzten 400 000 polnischen Displaced Persons in der britischen Besatzungszone im Besatzungsgebiet der 1. Panzerdivision zusammenzuführen. Allerdings wurden bereits am 18. Juni die Nachteile bei einer Konferenz zusammengetragen: Das große Ausmaß der Evakuierungen von deutschen Orten und Dörfern werde das Wirtschftsleben der Region beeinträchtigen. Wenn sich erst einmal die Polen in einer Gegend niedergelassen hätten, werde es schwer sein, diese – falls später notwendig – wieder umzusiedeln. Es könnte möglicherweise notwendig sein, dass Weisungen der Militärregierung über deutsche Stellen an einen polnischen Bürgermeister weitergegeben werden müssen. Die Disziplin der polnischen Truppen könnte durch die große Anzahl an Displaced Persons beeinträchtigt werden. 400 000 Polen auf diese Weise anzusiedeln, würde einen großen und inakzeptablen Schaden an der deutschen Wirtschaft anrichten. Darüber hinaus würde dies viele Polen dazu verleiten, aus der US-Zone und anderen Gebieten in die britische Zone umzusiedeln, was das Problem nur erschweren würde.

Zu derartigen Bedenken kam schließlich eine Änderung der politischen Rahmenbedingungen. Der Stern der Exilregierung in London, ihrer Polnischen Streitkräfte und ihres sogenannten Miniaturstaates auf deutschem Boden sank in dem Maße, wie die Bereitschaft der britischen Regierung zunahm, die Kommunisten in Warschau statt der bürgerlichen Exilregierung in London als legitime Regierung Polens anzuerkennen. Naheliegenderweise war hierzu auch in Großbritannien die Linke eher bereit als die Rechte. Von daher stellte der Sieg von Labour über Winston Churchill bei den Unterhauswahlen vom 3. Juli 1945 einen Meilenstein in der Entwicklung dar.

Die Auflösung der polnischen Enklave war ursächlich mit dem Verlust ihres militärischen Rückhalts verbunden, dem von den Briten erzwungenen Rückzug der 1. Panzerdivision aus dem Emsland. Nachdem in London die Grundsatzentscheidung gefallen war, nicht mehr die Polnischen Streitkräfte im Westen als Hilfstruppen – nun für den sich abzeichnenden Kalten Krieg – unterhalten zu wollen, wurde deren sozial abgefederte Demobilisierung organisiert. Wer nicht die Rückkehr nach Polen vorzog, konnte sich in einem zu diesem Zwecke neu errichteten Polnischen Schulungs- und Dislozierungskorps in Großbritannien zwei Jahre lang fit machen lassen für ein Leben als Zivilist im Empire. Die Vermittlung von Englischkenntnissen gehörte ebenso dazu wie eine Berufsausbildung.

Am 22. Mai 1946 kündigte der britische Außenminister im Unterhaus die Errichtung des Polnischen Schulungs- und Dislozierungskorps an. Einen Monat später begannen die Vorbereitungen zum Abzug der Polnischen Streitkräfte im Westen aus Deutschland. Am 1. August begann die Entwaffnung der 1. Panzerdivision. Bis zum 15. Oktober hatte sie 288 „Sherman“-Panzer, 41 selbstfahrende Kanonen, 20 weitere Raupenfahrzeuge, 119 Transporter, sogenannte carriers, und Panzerspähwagen, sogenannte scoutcars, 133 Geschütze sowie 800 Tonnen Panzer-, Artillerie- und Mörsermunition abgegeben. Am 17. März 1947 begann der Abzug. Am 1. Mai beendete die 1. Panzerdivision offiziell den Besatzungsdienst in Deutschland. Am 29. Mai verließen mit dem 16. und letzten Transport die letzten Soldaten der 1. Panzerdivision das Emsland Richtung Großbritannien.

Zurück blieb vorerst das sogenannte Polnische Abwicklungskommando „Deutschland“. Dieses Abwicklungskommando verließ dann wohl mit den letzten Soldaten der Polnischen Streitkräfte im Westen im Oktober 1947 das Emsland Richtung Großbritannien.

Ähnlich wie bei der 1. Panzerdivision hatten es die Briten auch bei den polnischen Displaced Persons mit Polen zu tun, die wenig Anstalten zeigten, Deutschland freiwillig zu räumen. Die Briten sprachen von einem harten Kern (hard core), dem außer 80 000 Balten, 16 000 Jugoslawen, 14 000 Juden und 8000 Ukrainern als mit Abstand stärkste Gruppe 100 000 bis 125 000 Polen angehörten.

Im April 1946 konnten die deutschen Bauern wenigstens wieder in ihre Dörfer Tunxdorf und Spahn zurückkehren. Im September räumten die Polen die Mehrzahl der Gebäude des Dorfes Bokel, 1947 folgte der Rest. Die Räumung des Dorfes Neuvrees fand im Dezember 1946 statt. In Papenburg verließen die Polen im April 1946 die Siedlung Splitting II und im Juli 1947 die Siedlung Splitting I, so dass der Ort nun wieder ohne polnische Bevölkerung war.

1947 begann auch der Anfang vom Ende Maczkóws. Am 10. März 1947 wurden die Polen informiert, dass sie 65 Häuser ihren deutschen Eigentümern zurückzugeben hätten. Anschließend wurden nach und nach auch den deutschen Handwerkern und Unternehmern ihre Werk- und Produktionsstätten zurückgegeben. Die britische Besatzungsmacht hatte halt kein Interesse daran, dass die Wirtschaft der Zone kollabierte. Wie und wo die Deutschen wohnten, war dagegen nachrangig. Am 10. September 1948 verließen die letzten 32 polnischen Familien Haren. Die heimgekehrten deutschen Bürger reagierten mit einem Dankgottesdienst.

Mit Montgomery kamen die polnischen Besatzer

Wer blieb von den einst rund 14 000 Mann der 1. Division und den zeitweise rund 30 000 anderen Polen in dem Besatzungsgebiet? Ihre Zahl wird auf höchstens 500 geschätzt. In der Regel waren sie durch einen Lebenspartner oder einen früheren Dienst in der Wehrmacht mit Deutschland verbunden. Angesichts der Erfahrungen, welche die Emsländer mit den Polen gemacht hatten, waren sie gut beraten, sich dezent in die Gesellschaft zu integrieren. Von daher verwundert es nicht, dass sie in der weiteren Entwicklung des Emslandes nicht weiter auffällig geworden sind.

Manuel Ruoff/Frank Horns

Auch Skandinavier kamen als Besatzer ins Reich

Im Gegensatz zu den Exilpolen versuchten die Dänen und Norweger nicht, einen Miniaturstaat auf deutschem Boden aufzubauen

Die Anwesenheit norwegischer und dänischer Besatzungstruppen in Deutschland gehört zu den weitgehend unbekannten Kapiteln der frühen Nachkriegsgeschichte. Im Sommer 1946 machte die norwegische Regierung London das Angebot, eine Brigade in die britische Zone zu entsenden, um sich damit für die britische Unterstützung während des Krieges zu revanchieren. So zogen Anfang 1947 rund 4500 norwegische „Okkupationssoldaten“ in verschiedene Standorte im Harzvorland ein und wurden als administrativ und disziplinarisch selbstständiger Verband britischem Kommando unterstellt. Sie hatten die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung in ihrem Stationierungsraum zu sorgen und „beim Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschland zu helfen“. Dazu, so hieß es in einer Direktive, sei es notwendig, Deutschland vollständig zu entnazifizieren und zu entmilitarisieren. Allerdings wurde ausdrücklich betont, dass die Deutschland-Brigade nicht entsandt worden sei, um Rache an den Deutschen zu nehmen und sie auf Dauer niederzuhalten. Eine Fraternisierung mit den Deutschen war den Norwegern allerdings verboten.

Eine entscheidende Wende ergab sich 1948, als eine militärische Konfrontation zwischen Ost und West in greifbare Nähe rückte. Um ihre Truppe aus der Schusslinie zu nehmen, erwog die norwegische Regierung zunächst, sie nach Hause zu holen. Dann gab sie sich mit Rücksicht auf die Briten aber mit einer Verlegung ins südliche Schleswig-Holstein zufrieden, von wo aus ihre Soldaten im Konfliktfall leichter nach Norwegen hätten zurückgeführt werden können. Doch erst im Jahre 1951 hatten alle norwegischen Einheiten ihre holsteinischen Garnisonen bezogen. Damit änderte sich auch ihr Auftrag grundlegend. Zwar standen die Besatzungsaufgaben offiziell immer noch an erster Stelle, doch mit der Gründung der Nato war der norwegischen Deutschland-Brigade der Bereich zwischen Elbe und Nord-Ostsee-Kanal als Verteidigungsraum im Kriegsfall zugewiesen worden. Aus der Besatzungstruppe war ein alliiertes Kontingent geworden. 1953 wurde es feierlich aus Deutschland verabschiedet, um die Nato-Kräfte in Nordnorwegen zu verstärken.

Auch die dänischen Streitkräfte waren mit einem Kontingent in der britischen Besatzungszone vertreten. Die sich aus operativen, logistischen und administrativen Gründen anbietende Stationierung im Norden Schleswig-Holsteins wurde allerdings verworfen, um die damals existierenden Spannungen zwischen der dänischen Minderheit und der deutschen Mehrheitsbevölkerung nicht anzuheizen. Da der Stationierungsraum leicht per Schiff erreichbar sein sollte, wurde die 4000 Mann starke dänische Truppe 1947 in verschiedene Garnisonen in Ostfriesland verlegt und der britischen Rheinarmee unterstellt. Der Auftrag der Brigade lautete unter anderem, „an den Bestrebungen zur Demokratisierung Deutschlands mitzuwirken“ und allein durch ihre Anwesenheit für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Mit praktischen Besatzungsaufgaben war sie kaum befasst. Auch für die dänischen Soldaten galt ein Fraternisierungsverbot, das allerdings kaum befolgt wurde.

Mit der Verschärfung des Kalten Krieges wurden in Dänemark Stimmen laut, die eine Verlegung der dänischen Truppe in Richtung Norden forderten, um die militärisch entblößte dänische Südgrenze zu schützen. Da eine Stationierung im Landesteil Schleswig aus dem bereits genannten Grund ausgeschlossen war, bekam der nunmehr als „Dänisches Kommando in Deutschland“ firmierende Verband 1949 das holsteinische Itzehoe als Garnison zugewiesen. Damit einher ging eine erhebliche Reduzierung der Truppe auf 1200 Mann, die allerdings bis 1952 schrittweise wieder auf 2000 Köpfe aufgestockt wurde. Unterstellt war das Deutschland-Kommando dem Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte in Schleswig-Holstein. Durch den Beitritt der Bundesrepublik zur Nato und die Aufstellung der Bundeswehr wurde die Präsenz der dänischen Truppe in Deutschland bald überflüssig. Mit klingendem Spiel verabschiedete sie sich 1958 aus ihrer deutschen Garnisonstadt und wurde in ihre Heimat zurückverlegt.

Jan Heitmann

Beim Wembley-Tor stand er im Kasten

Hans Tilkowski: Am Sonntag wird der Vizeweltmeister von 1966 und Fußballnationaltorwart von 1957 bis 1967 80 Jahre alt

Vielleicht war Hans Tilkowski der bestaussehende deutsche Nationaltorhüter – schließlich wurde er immer wieder mit dem US-Schauspieler Paul Newman verwechselt. Für viele war er aber auch in seinem Fach der Beste. Nicht umsonst wurde er zum Fußballer des Jahres 1965 gewählt, jenes Jahres, in dem er mit dem BVB seiner Geburtsstadt Dortmund den DFB-Pokal gewann. Ein Jahr später kam mit dem Europapokal der Pokalsieger das Sahnehäubchen.

Im Direktvergleich würde sich Hans Tilkowski vor keinem der nach ihm regelmäßig zu Torwart-„Titanen“ erkorenen Amtsnachfolger verstecken müssen. Im Gegenteil: Der „König des Stellungsspiels“ stand meist schon dort, wo diese gerne spektakulär hinfliegen – nicht selten um die Galerie zum Applaus zu animieren. „Bei aller Reaktionsschnelligkeit blieb er kühl bis ans Herz, bei jeder Parade sachlich wie ein aufgeräumter Schreibtisch“, beobachtete Sportautor Jo Viellvoye. Doch wenn es denn einmal um pantherartige Sprünge ging, dann zeigte sich der 1,82 Meter große „schwarze Hans“ mit seiner enormen Sprungkraft ebenfalls als Torhüter der Weltklasse.



Hans Tilkowski Bild: Archiv

Bei der unvergesslichen Weltmeisterschaft 1966 in England lieferte der Dortmunder Nationaltorwart reihenweise Glanzparaden ab. Bis zum Finale musste er nur zwei Gegentore hinnehmen. Doch wer an Tilkowski denkt, dem fällt zunächst ein Tor ein, das nicht fiel: das ominöse dritte von Wembley.

Die Briten gelten gemeinhin als faire Sportsleute. Dazu passt, dass ausgerechnet deren ruhmreiche Universität Oxford in den 90er Jahren unzweifelhaft nachwies, dass das „3. Tor“ eben gar keines war – der Ball schlicht nicht hinter der Linie war. Schütze Geoff Hurst später: „Nachdem ich jahrzehntelang die Wiederholungen gesehen hatte, muss ich einräumen, dass es so aussieht, als habe der Ball nicht die Linie überschritten.“ Die Pariser „L'Équipe“ war schon 1966 deutlicher: „Das dritte Tor – das niemals geschossen wurde ...“

Hans Tilkowski hieß der Bedauernswerte, der den „Tor-Bock“ kassierte, den der sowjetische Linienrichter Tofik Bachramow geschossen hatte. Viele erfahrene Fußballer würden eher sagen: Tilkowski hat das Tor verhindert. Denn hätte er nicht dort gestanden, wo er lauerte, dann hätte sich der Schütze Geoff Hurst kaum genötigt gesehen, den Ball so hoch über ihn hinweg zu zielen, dass er nur die Querlatte traf.

In Wembley hatte Tilkowski den Fußballregeln nach ohnehin nur zwei reguläre Gegentore zulassen müssen. Denn auch das vierte hätte beileibe nicht anerkannt werden dürfen, da sich zu diesem Zeitpunkt bereits scharenweise siegestrunkene Zuschauer auf dem Platz tummelten. „Bild“ hatte recht: „Wir haben 2:2 verloren.“

Es war denn auch ein maßlos enttäuschter, weinender Hans Tilkowski, dem Königin Elisabeth II. die Hand reichte. Die deutsche Mannschaft freilich gewann mit ihrer besonnenen Manier, mit der sie das Unrecht hinnahm, weltweite Sympathien.

Der Lorbeerkränze für den Vizeweltmeister Tilkowski sind viele geflochten: Er hielt den ersten Elfmeter der neugegründeten Bundesliga; unter den Schützen, die an ihm scheitern sollten, waren Franz Beckenbauer und Wolfgang Overath. 1964 wurde er mit der russischen Torwartlegende Lew Jaschin in die Europa-Auswahl berufen. Als erster Torhüter wurde er 1965 Deutschlands „Fußballer des Jahres“ – wozu jener Elfmeter, den er vor 143 000 Zuschauern in Rio de Janeiro gegen Brasilien hielt, beigetragen haben mag. Das „Sportmagazin“ titelte seinerzeit: „Nicht Pelé, sondern Til war der Größte“; der „Sportbeobachter“ ernannte ihn gar zum „Stern von Rio“.

Meister in der Bundesliga wurde er nie. Mit Borussia Dortmund (BVB) errang er jedoch 1965 den DFB-Pokal. Ein Jahr danach gewann sein Team mit ihm als Rückhalt im Glasgower Hampden Park gegen den FC Liverpool als erste deutsche Mannschaft den Europapokal (der Pokalsieger) – welch ein Triumph! Kurz danach folgte die WM in England.

Der 1935 in Dortmund geborene Tilkowski, in einer Husener Zechenkolonie aufgewachsen, war nach guter westfälischer Art eher schweigsam und gelassen. Zu Späßen war er indes gerne aufgelegt, wie Auftritte in Fernsehshows bewiesen; doch Clownerien à la Sepp Maier und Petar Radenkovic waren ihm fremd. Ausflüge in gegnerische Strafräume waren den Schlussleuten damals ohnehin untersagt. Brutalitäten wie Kung-Fu-Tritte und Boxeinlagen seiner Nationalelf-Nachfolger Uli Stein, Harald Schumacher, Oliver Kahn, Tim Wiese & Co. mag er, immerhin der anerkannte Meister des Faustens, mit Grausen betrachtet haben.

Nicht immer hatte er es leicht und mit manchen Trainern so seine Probleme, zumal er als dünnhäutig und durchaus auch als schwierig galt. Auf Unrecht reagierte er sensibel. Sepp Herberger zog ihm bei der WM 1962 in Chile in letzter Minute den jungen Wolfgang Fahrian vor. Woraufhin „Til“ sofort nach Hause fliegen wollte, was durch die Einbehaltung seines Reisepasses verhindert wurde. Für den sonst so Beherrschten untypisch – aber so wollen es die Gerüchte – zerlegte er sodann Teile seines Zimmers, betrank sich, schrie lauthals, er sei betrogen worden und soll Herberger auf dem Rückflug gar an den Kragen gewollt haben. Mit „dem Chef“ sprach er denn auch jahrelang kein Wort mehr. Dennoch: Zwischen 1957 und 1967 absolvierte er unter Herberger und Helmut Schön 39 Länderspiele – teils als Kapitän der Nationalelf –, womit er zeitweilig sogar deutscher Rekordnationaltorwart war.



Das umstrittene 3:2: Hans Tilkowski muss hinter sich blicken Bild: pa

Ihm, dem Torwart der Extraklasse, wurden gleichwohl auch beim BVB mit Bernhard Wessel und der Frankfurter Eintracht mit Peter Kunter zeitweilig andere ausgezeichnete Torwächter vor die Nase gesetzt. Bei Eintracht Frankfurt beendete er seine Karriere schon mit 34 Jahren in der fast erfolglosen Ära Erich Ribbeck. Er wechselte sogleich auf den Trainerstuhl und rettete Werder Bremen vor dem Abstieg. Seine Karriere als Übungsleiter – das Diplom erwarb er als Jahrgangsbester mit der Note eins – führte den Bodenständigen bis nach Athen und war letztlich eher wechselvoll.

Sein wohl bestes Spiel absolvierte er 1963 mit dem BVB in Portugal. Nachdem seine Mannschaft gegen Benfica Lissabon mit 1:2 verloren hatte, gewann sie das Rückspiel mit 5:0. Seinen letzten Auftritt im Torwartdress absolvierte er mit 61 Jahren: ein Benefizspiel.

Seine „Torpfosten“ seien Glaubwürdigkeit, Menschlichkeit, Respekt, Gerechtigkeit, unterstrich er kürzlich noch. In Herne trägt die „Hans-Tilkowski-Schule“ seinen Namen. Der stets tadellose Sportsmann, um den es nie private Skandale gab, engagiert sich seit Jahrzehnten in vielfältiger Weise ebenso beharrlich wie erfolgreich für soziale Projekte, unter anderem für leukämie- und tumorerkrankte Kinder. Er selbst – zu seiner aktiven Zeit kaum anfällig – war in den letzten Jahren an Krebs erkrankt und unterzog sich einer Bypass-Operation. Am 12. Juli 2015 wird er 80 Jahre alt.

Helmut Rahn lehnte es in seinen letzten Lebensjahren ab, zum dritten Tor von Bern interviewt zu werden; er hatte schlicht genug davon. Hans Tilkowski bleibt geduldig, redet ebenso nachdenklich wie humorvoll darüber – und spricht sich gegen Torkameras aus –, auch wenn es mit diesen damals wohl kaum ein Wembley-Tor gegeben hätte. Ohne dieses epochale Nicht-Tor, das auch ihn um den Weltmeistertitel brachte, wäre die Erinnerung an den feinen Sportsmann und Jubilar in unserer schnelllebigen Zeit nach fast einem halben Jahrhundert wohl kaum mehr so wach.

Norbert Breuer-Pyroth

Regierungsmitglied des Kaisers wie der Republik

Als Mann aus der Wirtschaft übernahm Bernhard Dernburg gleich in zwei Krisensituationen Regierungsverantwortung

Vor 110 Jahren gab es in Deutschland einen Sanierungsfall: die Kolonialpolitik. Bereits im Januar 1904 war im Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika der Herero-Aufstand losgebrochen. Ein Dreivierteljahr später schloss sich diesem eine Erhebung der Nama, damals „Hottentotten“ genannt, an. Und dann wurde ab dem Juli 1905 auch noch Deutsch-Ostafrika durch den Maji-Maji-Krieg erschüttert. Daraus zog die Reichsleitung in Berlin den Schluss, dass es Zeit für eine grundsätzliche Wende in der Kolonialpolitik sei. Herbeiführen sollte diese der Bankier und preußische Bevollmächtigte beim Bundesrat, Bernhard Dernburg, dem der Ruf vorauseilte, marode Unternehmen sanieren zu können wie kein Zweiter.

Dernburg, der am 17. Juli 1865 in Darmstadt geboren worden war, avancierte bereits im Alter von 24 Jahren zum Direktor der Deutschen Treuhand-Gesellschaft, einem renommierten Wirtschaftsprüfungsunternehmen. Dem folgte 1901 der Wechsel an die Spitze der Darmstädter Bank für Handel und Industrie, die unter seiner Leitung einen bemerkenswerten Aufschwung erfuhr. Kurz darauf schmiedete Dernburg im Verein mit Hugo Stinnes aus mehreren finanziell am Boden liegenden Gruben und Stahlwerken im preußischen Ruhrgebiet und luxemburgischen Differdingen die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten AG, die ebenfalls eine Erfolgsgeschichte ohnegleichen erlebte und sich letztlich zum größten Montankonzern der damaligen Zeit mauserte.



Bernhard Dernburg Bild: Archiv

Dieser Mann wurde also im September 1906 zunächst zum Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt berufen und übernahm dann am 17. Mai 1907 durch eine Entscheidung von Kaiser Wilhelm II. die Leitung des neugebildeten und nunmehr autonom agierenden Reichskolonialamtes. Damit einher ging die Ernennung zum Staatssekretär. Hinter der Berufung Dernburgs stand zum einen die Hoffnung auf eine nachhaltige Befriedung der afrikanischen Kolonien beziehungsweise Schutzgebiete, in denen teilweise immer noch Kämpfe tobten. Zum anderen sollten die deutschen Überseegebiete nicht mehr von finanziellen Zuschüssen abhängig sein. Und genau darauf wollte Dernburg auch hinarbeiten, wie aus einer seiner Reden vor der Budgetkommission des Reichstages hervorgeht: „Größere Vorsicht und Weisheit muss von der Kolonialverwaltung verlangt werden, damit wir die laufende und andauernd steigende Rente nicht gegen außerordentlich hohe Verluste und Kosten aufzurechnen haben, die, wie unser Krieg in Südwestafrika zeigt, leicht Proportionen finanzieller Art annehmen können, welche das Reich auf Jahre hinaus mit Lasten beschweren.“ Aus diesem Grund sprach er sich dezidiert für „eine vorsichtige, langsame, ‚negerfreundliche‘ sowie ... ‚Neger erhaltende Politik‘“ aus. Außerdem hielt es der Kolonialstaatssekretär für dringend notwendig, „eine kräftige, gerechte und vertrauenswürdige Verwaltung einzuführen“.

Um die Lage in den größeren Schutzgebieten besser einschätzen zu können, reiste Dernburg 1907/08 als erster führender deutscher Kolonialpolitiker nach Deutsch-Ost- und Deutsch-Südwestafrika. Darüber hinaus zeigte er auch sonst ein schier grenzenloses Engagement. So hatten zum Beispiel jegliche Schreiben an das Reichskolonialamt über den Tisch des Staatssekretärs zu gehen, der diese samt und sonders las – und das waren im Jahr um die 60 000 Stück!

Allerdings gelang es Dernburg trotzdem nur zu einem sehr geringen Teil, die anvisierten Reformen umzusetzen – zu groß war der Widerstand auf Seiten der Siedler in Afrika, welche die Unterstützung der nationalliberalen und konservativen Abgeordneten des Reichstages besaßen. Darüber hinaus trübte sich auch das höchst optimistische Bild, das Dernburg anfangs vom Potenzial der schwarzen Arbeitskräfte gehabt hatte. Nach einer siebenwöchigen Reise durch die USA, in deren Verlauf er die dortige Baumwollproduktion studierte, kam der Kolonialstaatssekretär im Herbst 1909 zu der Erkenntnis, dass die „Abhängigkeit vom Negerelement“ die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fortentwicklung in den Kolonien wohl doch auf ewig bremsen werde.

Sein Amt musste Dernburg dann aber aus anderen Gründen aufgeben. Nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Bernhard von Bülow im Juli 1909 besetzte dessen Nachfolger Theobald von Bethmann-Hollweg alle wesentlichen Ämter neu. Dabei blieb Dernburg zunächst noch ungeschoren. Jedoch wurde die Kritik an dessen einseitiger Begünstigung von Großbanken und Konzessionsgesellschaften immer lauter. So hatten diese sich beispielsweise mit Hilfe des Kolonialstaatssekretärs ein Monopol am Diamantengeschäft in Deutsch-Südwestafrika sichern können, wohingegen die Bevölkerung des Schutzgebietes leer ausging. Das bewog insbesondere den Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger zu wütenden Angriffen auf Dernburgs „großkapitalistische Privilegienwirtschaft“, bei denen die Sozialdemokraten voller Begeisterung applaudierten, während die eher rechtsorientierten Parteien nun ihrem aufgestauten Ärger über die vermeintlich viel zu liberale Eingeborenenpolitik Luft machten. Infolgedessen war Dernburg nicht mehr länger zu halten. Am 15. Mai 1910 demissionierte er. Als Begründung nannte er, dass er die Reorganisation der Kolonialpolitik abgeschlossen und somit seine Pflicht erfüllt habe. Und tatsächlich kippte die Meinung der Öffentlichkeit und der Abgeordneten des Reichstages nun um und man bescheinigte Dernburg plötzlich allgemein, im Großen und Ganzen recht gute Arbeit geleistet zu haben.

Kritik an Dernburgs Eingeborenenpolitik und »großkapitalistischer Privilegienwirtschaft«

Damit stand einer weiteren politischen Karriere des Ex-Staatssekretärs eigentlich nichts mehr im Wege, doch Dernburg konzentrierte sich stattdessen lieber wieder auf seine wirtschaftlichen Aktivitäten und übernahm erst im Frühjahr 1919 erneut ein Regierungsamt. Diesmal fungierte er als Reichsschatzminister und Stellvertretender Reichsministerpräsident. Allerdings bekleidete er diese beiden Posten letztlich nur für zwei Monate, weil sich das Kabinett Philipp Scheidemann dann aus Protest gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages auflöste. Danach saß Dernburg noch bis 1930 für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei im Reichstag. Er starb am 14. Oktober 1937 in Berlin.

Wolfgang Kaufmann

US-Kriegsrezept

Zu: Fahrt ins Abseits (Nr. 26)

Die Bevölkerung der Regionen Donezk und Lugansk hat sich für eine politische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von Kiew entschieden. Daraus entstand für die USA die Gefahr, dass ihre Pläne zur Einbindung des insolventen Landes in die westlichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Strukturen zu scheitern drohten. Insbesondere George Soros und anderen westlichen Oligarchen drohte der Verlust ihres investierten Kapitals, mit dem sie aus der Welt der Buchwerte zu Ramschpreisen in die Sachwerte umgestiegen waren.

Anstatt diese innenpolitische Entwicklung politisch weiterzuentwickeln und dann zu entscheiden, wurde seitens Kiews sofort eine militärische Lösung gesucht. Nach Clausewitz ist der Krieg zwar die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, aber damit noch lange nicht als einziges Mittel für jede innen- wie außenpolitische Lage geeignet.

Die ukrainische Armee besitzt weder Moral noch Kampfkraft, um die abtrünnigen Gebiete zurückzuerobern. Daher mussten tausende russische Panzer und zigtausende russische Soldaten erfunden werden, um dieses Dilemma ehrenhaft zu erklären. Alle Beweise dafür entpuppten sich als Täuschung und lächerliche Einzelfälle. Das schließt aber nicht aus, dass die politischen Entscheidungsträger und gleichgeschaltete Medien sie nach der Regel des steten Tropfens gebetsmühlenartig wiederholen – und Kritik wirkungsvoll ignorieren.

Ukraine-Theater mit zu vielen Regisseuren

Zudem ist es falsch, nur von der Ukraine und den Separatisten zu sprechen, da es zahlreiche regionale Oligarchen gibt, die mit eigenen Mitteln und Kräften ihr Süppchen kochen.

Unter dem Deckmantel des Einsatzes für Freiheit, Recht und Demokratie haben die USA – selbst kein Vorbild, aber ein insolventes Land – die europäischen Mitglieder der handlungsunfähigen EU und Nato zur Beteiligung an der Verfolgung ihrer eurasischen Ziele offensichtlich erpresst. Bei den Führern der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten ist die Zustimmung dazu eher zu verstehen, da das kommunistische System trotz des Endes vor 25 Jahren in den Erinnerungen noch präsent ist. Das Verhalten der älteren und gestandenen Mitglieder der ehemaligen EG und Nato aber erinnert eher an einen dementen Contergan-Patienten, dem der Doktor in Übersee die Rezepte ausstellt und eine „Rehabilitation“ verordnet.

Damit sind die Europäer nichts anderes als Marionetten des großen Bruders in Übersee. Gehirn und Rückgrat sind hinderlich, wenn Anpassung und vorauseilender Gehorsam einerseits gefordert wie anderseits geduldet werden. Die Anwendung politischer Macht hat bisher nirgends den Erfolg erzielt, mit dessen Erreichung sie gerechtfertigt wurde.

Also steigen wir aus diesem Theater ohne Drehbuch und mit zu vielen Regisseuren aus, stellen unser Haus von der Wolke wieder auf ein solides Fundament und ordnen unser eigenes Grundstück, bevor wir den Nachbarn Gestaltungsvorschriften machen. Da gibt es genug zu tun. **Manfred Voss, Oldendorf**

Leserbriefe an: ***PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de**



Seltene heile Familienwelt: Was in früheren Zeiten die Regel war, ist heutzutage zur Ausnahme geworden. Für die Erziehung des Nachwuchses waren die Eltern zuständig. Heutzutage überlassen sie diese Aufgabe eher den staatlichen Kitas Bild: action press

Fatale Familienpolitik führt ins Verderben

Zu: Frei gedacht – Warum Deutschland wirklich ausstirbt (Nr. 23)

Die Autorin Eva Herman, die ich wegen des von ihr bewiesenen Mutes und ihrer Arbeit wirklich sehr schätze, sieht den Hauptgrund für unsere Kinderarmut in der falschen Familienpolitik, der Missachtung der Mütter und der propagierten möglichst frühen Trennung der Kinder von ihren Müttern. Sie berichtet als Ergebnis ihrer Forschungsarbeit, dass die theoretischen Grundlagen bereits lange vor dem Dritten Reich gelegt und dann in dieser Zeit praktisch vollzogen worden seien.

Meine persönlichen Erfahrungen als in 1933 Drittgeborener in einer Familie mit vier Brüdern sind andere. Keiner von uns war in einer Kinderkrippe, in einem Kindergarten oder einer ähnlichen Einrichtung, obwohl unsere Mutter einen Obst- und Gemüseladen hatte, für den sie die Ware mit einem Handwagen selbst aus dem mehrere Kilometer entfernten Großmarkt holen musste, eine Entlastung also dringend gebraucht hätte. Wahrscheinlich lag das aber auch am Mangel an solchen Einrichtungen, die ja von den Behörden erst in den Jahren von 1933 an hätten aufgebaut werden müssen. Wir waren lediglich freiwillig in der Hitlerjugend beziehungsweise dem altersmäßig vorgeschalteten „Jungvolk“ dabei, dort aber nur stunden- oder gelegentlich tageweise von der Familie getrennt.

Grundlagen verfehlter Politik entstanden in den 1960er Jahren

Meiner Beobachtung nach hat die Minderachtung der Mütter und der Geburtenrückgang ab den 1950er und 1960er Jahren noch andere Gründe, als da sind: der aufkommende Feminismus mit der Propagierung der Selbstverwirklichung der Frau durch Erwerbstätigkeit, der Unabhängigkeit von einem Ehemann. Demgegenüber wurden Hausarbeit und Kindererziehung zunehmend minder geachtet, gerade auch die emanzipierten und selbstständigen Frauen haben seitdem selbst auf die „Nur-Hausfrauen“ herabgesehen.

Dann gab es das Problem mit knappem und teurem Wohnraum. Die mit dem „Wirtschaftswunder“ und durch Erwerbsarbeit ermöglichte Konsumlust und Anspruchshaltung (unter anderem Urlaubsreisen, Freizeit, Auto) waren mit einer Familie mit mehreren Kindern kaum zu verwirklichen, so dass man auf Kinder lieber verzichtete, zumindest auf das zweite und eventuell folgende. Zudem war die Frau als Arbeitskraft willkommen. Die Versorgung im Alter konnten andere übernehmen, man selbst zahlte ja schließlich seine Beiträge in die Rentenversicherung.

Der ganz große Einbruch kam dann mit der Pille in den 1960er Jahren und die dadurch mögliche Trennung von Sex/Lusterfüllung und Empfängnisrisiko. Man nannte es „Familienplanung“. In Wirklichkeit war es eine Planung gegen die Familie.

Das wird heutzutage noch weiter geführt und übertroffen durch das „social-freezing“, mit dem man glaubt, das Kinderkriegen an das Ende der normalen Fruchtbarkeitsspanne der Frau oder sogar darüber hinaus verschieben zu können. In Teilen der Wirtschaft wird das unterstützt, sogar noch finanziell – welche Hybris! Möglicherweise lässt sich auch das noch übertreffen, indem man in Zukunft einmal ein „übrig gebliebenes“ eingefrorenes Ei einer Frau nach Jahrzehnten einer Tochter einpflanzt, „in vitro fertilisiert“ mit dem ersteigerten Samen eines besonders erfolgreichen Schauspielers oder Wissenschaftlers – welch „schöne neue Welt“!

Na ja, bis es soweit ist, holen wir uns die Menschen durch die von der Politik kräftigst propagierte „Willkommenskultur“ über den Flüchtlingszustrom ins Land, lautstark unterstützt von den Medien und den Kirchen, bezahlt mit den vom Steuerzahler ermöglichten weltweit einmaligen „Willkommensleistungen“. Dieses Deutschland ist damit ja in seiner Anziehungskraft auf Flüchtlinge, allen Arten von Migranten und so weiter unschlagbar. Sie kommen über das Mittelmeer, auf der Balkanroute oder woher auch immer, aber sie stellen dort, wo sie ankommen, keine Asylanträge. Sie reisen durch Italien, durch Österreich, auch durch Frankreich und auch über Dänemark, um hier ihre Asylanträge zu stellen, diese sind weitgehend nur noch eine Farce.

Sollten uns vielleicht einmal über einen EU-weiten Verteilungsschlüssel zu wenig Flüchtlinge zugewiesen werden, können wir ja immer noch diejenigen aufnehmen, die von anderen Ländern von vornherein abgelehnt werden, in völliger Verkennung der ihnen damit entgehenden kulturellen und sonstigen Bereicherung.

Damit könnte die von unseren ehemaligen westalliierten Kriegsgegnern durch Bombenterror beabsichtigte, aber noch nicht erreichte endgültige Überwindung der Tüchtigkeit des deutschen Volkes doch noch erreicht werden, indem diese Bevölkerung dann am besten und leichter in einer Mischpoke in einem zentralen Übereuropa aufgeht.

Sie sehen, liebe Frau Herman, ich komme mit meiner etwas anderen Sicht auf die Dinge zu einem nicht minder pessimistischen Ausblick. **Walter Köhler, Feldkirchen-Westerham**

Keine Kollektivtat

Zu: Frei gedacht – Vom Werden und Vergehen (Nr. 25)

Deutschland kann sich durchaus von dem Boden erheben, an dem es sich befindet. Dafür ist es aber notwendig, dass die Parteien zu den in der europäischen Aufklärung gewonnenen Werten zurückkehren und sich von der Kollektivschuldthese verabschieden. Es gibt keine Kollektivschuld! Schuldig an einer Tat kann nur der Täter sein. Kein zivilisiertes Gericht wird eine Kollektivschuld anerkennen.

Die Nationalsozialisten stellten das Kollektiv über die Individualität. In der Kollektivschuld hat ihre Ideologie nach der Niederlage des Zweiten Weltkrieges doch noch den Sieg über das deutsche Volk errungen. Es wäre gut, wenn dieses erkannt würde. **Uwe Todt, Westensee**

Was Dante ahnte

Zu: Himmel und Hölle (Nr. 21)

Einen so schönen Artikel über Dante habe ich lang nicht mehr gelesen. Ja, Dante war und ist der größte italienische Dichter.

Nur eine Ergänzung: Im neunten Graben der Hölle begegnet Dante den Glaubensspaltern und Zwietrachtstiftern, zu denen er auch den Stifter des Islam, Mohammed, und seinen Schwiegersohn Ali zählt. Ein Teufel schlägt ihnen unablässig Gliedmaßen ab und fügt ihnen tiefe Wunden zu: „Die waren Stifter von Gezänk und Zwietracht / Im Leben, darum sind sie so zerspalten.“

Woher hat Dante das? Im islamischen Recht gibt es einzelne Straftatbestände, die im Rahmen der Hadd-Strafen mit Amputation bestraft werden. So soll zum Beispiel männlichen und weiblichen Dieben nach dem Koran (Sure 5:38) „als Ausgleich für das, was sie begangen haben, und als Warnung vor Gott“ die Hand abgeschnitten werden.

Das kreuzweise Abschneiden von Hand und Fuß wird im Koran (Sure 5:33) als mögliche Strafe für die Bekämpfung Gottes und seines Gesandten vorgesehen. Die Muslime selbst behaupten, dass solche Strafen selten vollzogen werden. Können wir uns darauf verlassen?

Erinnern wir uns, Juni 2002: Beginn des Prozesses gegen 50 mutmaßliche islamische Extremisten in Bologna. Al-Kaida-Anhänger von Terror-Chef Osama bin Laden planten damals einen Anschlag auf die Basilika San Petronio in Bologna. In der Kirche befindet sich ein berühmtes Fresko von Giovanni da Modena aus dem Jahr 1415, das zeigt, wie Religionsstifter Mohammed in der Hölle von Dämonen gequält wird. Dieses in Moslem-Augen blasphemische Fresko sollte bei dem geplanten Terroranschlag zerstört werden. **Francesco Salatino, Frankfurt am Main**



Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 28 – 11. Juli 2015

MELDUNGEN

Erste Äpfel aus Gumbinnen

Gumbinnen – Im Raum Gumbinnen entsteht eine Apfelplantage, die in ihrer Endausbaustufe bis zu 500 Hektar Fläche sowie Lagerhallen und eine Obstverarbeitungsanlage umfassen soll. Damit wäre sie die bei weitem größte derartige Anlage im Königsberger Gebiet. Wie ihr Besitzer Azamat Tabuchow mitteilte, wurden bis jetzt freilich erst 40 Hektar bepflanzt, 50 weitere sollen hinzukommen. Die Sämlinge werden aus Weißrussland bezogen und sollen als ausgewachsene Bäume einen Ertrag von bis zu 50 Tonnen pro Hektar liefern. Ziel der Anlage ist eine künftige Selbstversorgung des Gebietes mit Äpfeln. Der Königsberger Landwirtschaftsminister denkt weiter und plant, Äpfel aus Ostpreußen nach Russland zu exportieren. *T.W.W.*

Chance auf Kurzentrum

Neuendorf – Der Ort Neuendorf hat die Chance, ein Kurzentrum in der Gemeinde Landsberg zu werden. Laut der Landsberger Bürgermeisterin Bozena Olszewska-Switaj sind alle Voraussetzungen dafür vorhanden: das günstige Mikroklima, Heilwasser und Moor-Lagerstätten Der historische Name dieses Ortes laute „Königsberger Perle“. Es gibt Belege dafür, dass sich hier in der Zwischenkriegszeit ein Lungen-Sanatorium befand, das den Einwohnern von Königsberg diente. Jetzt bemüht sich die Gemeinde Landsberg, der Ort für Heilbehandlungen im Rahmen einer Kur anerkannt wird. In Neuendorf könnten Personen mit neurologischen, Gelenk- und Atembeschwerden behandelt werden. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Berghof [Tatary] – Candien [Kanigowo], Baustelle; Palicken [Pawliki] – Powiersen [Powierz], Baustelle; Powiersen – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 16: Groß Herzogswalde [Laseczno] Fußgängerzonenbau; Lyck [Ełk] – Rutki, Baustelle; Kulessen [Kulesze] – Skomentnen [Skometno], Baustelle. Straße Nr. 16d: Lyck, Umgehungsstraße, Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Heilsberg [Lidzbark Warminski], Olsztynskastraße, Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Groß Schiemanen [Szymany], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek] – Gedwangen [Jedwabno], Baustelle. Straße Nr. 59: Altkelbunken [Stare Kiełbonki] – Fiedrichshof [Rozogi], Rasenmähen. Straße Nr. 65: Staatsgrenze – Goldap [Goldap] – Treuburg [Olecko] – Lyck [Ełk], Baustelle; Lyck – Grajewo, Baustelle; Bogusze – Staatsgrenze, Baustelle. *E.G.*

Dabeisein ist alles

3. Sommerolympiade in Sensburg: Die Spiele boten ein gelungenes Miteinander von Sport und Spaß

Zum dritten Mal fand Ende Juni in Sensburg die Sommerolympiade der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, der Landsmannschaft Ostpreußen und der Gesellschaft der deutschen Minderheit „Bärentatze“ statt, an der fast 100 Sportler teilnahmen.



Voller Tatendrang: Teilnehmer der sportlichen Veranstaltung für Jugendliche in Sensburg Bild: E. Gladkowska

Die deutsche U21-Fußballnationalmannschaft hat sich soeben für die Olympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro qualifiziert. Derweil traf sich am 27. und 28. Juni im Erholungszentrum Polonez in Sensburg die Ü15 der Jugend der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen zu ihrer 3. Sommerolympiade. Organisiert wurde die Veranstaltung für Jugendliche im Alter von über 15 Jahren (Ü15) vom Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), der Landsmannschaft Ostpreußen und der Gesellschaft der deutschen Minderheit „Bärentatze“ in Sensburg.

Bevor auf den Sportanlagen des Erholungszentrums die Teilnehmer ihr sportliches Können bewiesen, wurden in einer feierlichen Zeremonie die olympische Fahne gehisst und das olympische Feuer entzündet. Die Veranstaltung eröffnete der diesjährige Ehrengast Paweł Papke. Der Abgeordnete zum Sejm und Vorsitzende des polnischen Volleyballverbandes aus Allenstein wünschte den Teilnehmern sportliche Konkurrenz in einer Atmosphäre des fairen Spiels und auch neben dem Sport viele positive Eindrücke. Als Anreiz spendete der langjährige Nationalspieler für die Sieger des Beachvolleyball-Turniers einen Volleyball und ein Album mit den Unterschriften der polnischen Weltmeistermannschaft. Dass es um mehr als nur den Sport geht, betonte auch die Leiterin des Büros des VdGEM Joanna Black: „Wir als Organisatoren wünschen euch, dass ihr einander kennenlernt und aus diesen Kontakten in Zukunft weitere positive Ideen entstehen.“ Dann legten die jungen Teilnehmer und die sportlichen Leiter der Veranstaltung den olympischen Eid für Sportler und Schiedsrichter ab.

Selbst bei den am 27. Juni herrschenden heißen Temperaturen waren Aufwärmübungen nötig, und zwar für alle Teilnehmer, wie Waldemar Cybul, der Leiter der Wettkämpfe, betonte: „Der Leichtathletik-Dreikampf ist obligatorisch, um ihn kommt niemand herum.“ Also hieß es am Vormittag Antreten zum 60-Meter-Lauf, zum Weitsprung und zum Kugelstoßen sowie zur ersten freiwilligen Übung noch vor dem Mittagessen, dem 1000-Meter-Lauf. Dafür hatte sich die dreimalige Teilnehmerin der Sommerolympiade Joanna Tarnowska nicht angemeldet. Die letztjährige Siegerin

»Schnitzeljagd« führte durch Sensburg

des Wettbewerbs des deutschen Liedes in Osterode ist zwar sehr sportlich, aber: „Mir liegen eher die kurzen Laufdistanzen. Mit meinen Ergebnissen im Dreikampf bin ich sehr zufrieden – und nachher starte ich auf jeden Fall beim Fußball und Beachvolleyball.“ Weitere Angebote für die Jugendlichen waren Sportschießen, Pfeilwerfen und Tennis. Noch vor der abendlichen Diskothek wurden die Siegerinnen und Sieger geehrt.

Der nächste Tag stand dann ganz im Zeichen der historischen Erkundung der Stadt Sensburg mit Hilfe des sogenannten Geocaching. „Dabei geht es darum, unter Nutzung des geographischen Koordinatensystems (daher geo) einen Ort zu erreichen und dort in einem Versteck (englisch cache) einen Schatz zu finden“, beschreibt Ralf Meindl, der Kulturmanager des Instituts für Auslandsbeziehungen beim VdGEM, das Vorgehen. Ein Gerät ähnlich dem GPS beziehungsweise eine Applikation auf dem Handy sollte es den Jugendlichen ermöglichen, an acht bestimmten Plätzen in Sensburg Informationen zu den dortigen historischen Gebäuden und die Koordinaten des nächsten Ziels zu bekommen. Nach dem Start am Magistratssee im Zentrum der Stadt machten sich acht Gruppen eifrig auf die moderne Schnitzeljagd. Es zählte aber nicht das Tempo, in dem sie die Ziele ausfindig machten, sondern der Erwerb von Wissen, das zum Abschluss in einem Quiz abgefragt wurde. „Wir wollten ja schließlich, dass die Teilnehmer neben Spaß und neuen Kontakten auch Kenntnisse zu ihrer Region erhalten“, erläutert Edyta Gładkowska vom Büro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein die Idee der Organisatoren. Der Plan, Sport, Wissen und Integration zu verknüpfen, ist aufgegangen, wie man der guten Laune der Jugendlichen am Ende der Sommerolympiade und ihrem Bedauern über dessen Ende entnehmen konnte. Die Qualifikation für 2016 ist also erreicht.

Der Dank der Organisatoren und Teilnehmer geht an die Sponsoren: neben dem Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung in Warschau und dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig unterstützten das die Stadt Sensburg sowie die Landsmannschaft Ostpreußen und der Bund Junges Ostpreußen die 3. Sommerolympiade der Jugend der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen. *Uwe Hahnkamp*

Radsport etabliert sich nur langsam

Rennen anlässlich des fünften »Tags des Rades« in Königsberg – Teilnehmerzahl nur wenig gestiegen

Zum fünften Mal hat es in Königsberg eine Feier „Tag des Rades“ gegeben. Im Stadtzentrum wurden Hufenallee und Hammerweg für den Autoverkehr gesperrt, weil dort ein Radrennen stattfinden sollte. In der ersten Reihe der Zuschauer standen Gebietsgouverneur Nikolaj Zukanow, Bürgermeister Alexander Jaroschuk sowie weitere offizielle Vertreter der Stadt.

Das zentrale Ereignis war das Radrennen, an dem Radprofis aus Lettland, Polen und Russland teilnahmen. Anschließend hatten Familien mit Kindern Gelegenheit, die Strecke mit ihren Rädern abzufahren. Davon machten sie zahlreich Gebrauch: Mit gewöhnlichen Kinder- und Erwachsenenfahrrädern, Sporträdern und Rollern fuhren sie die Strecke bis zum Stadion „Baltika“, wo die anschließende Feier stattfand. Erstmals hatten in diesem Jahr auch Behinderte am Rennen teilgenommen. Wie zum Beispiel Marina Kulikowa, Mitglied der Königsberger Behindertenorganisation „Kowtschek“ (Arche), die auf einem handangetriebenen Fahrrad fuhr.

Auf dem Stadiongelände „Baltika“ erwarteten Festzelte Teilnehmer und Besucher. Neben den üblichen Vorführungen war ein Kinderspielplatz eingerichtet worden und für die Kleinen gab es die

Politiker fördern Radfahren als gesunden Sport

Möglichkeit, auf Dreirädern ihre Fahrfähigkeiten zu testen. Daneben zeigten Skater ihr Können.

An Buden konnte man einen Imbiss und kühle Getränke kaufen. Zu den Radfahrern stießen nachher Rollerfahrer und Skater ins Stadion dazu. Doch trotz großer Bemühungen der Veranstalter war es nicht gelungen, die Teilnehmerzahl wesentlich zu erhöhen. Seit dem ersten Radfest 2011 ist sie fast konstant geblieben. Die Zahl der Zuschauer konnte ebenfalls nicht gesteigert werden. Trotz des guten Wetters waren nicht viele Menschen am Streckenverlauf des Radrennens zu sehen.



Treten kräftig in die Pedale: Teilnehmer des Wettbewerbs Bild: J.T.

Politiker bewerten den Radsport als bedeutenden Sport und als probates Mittel, die Figur und die Gesundheit zu verbessern. Dennoch ist der sportliche Erfolg der Königsberger bislang spärlich. Das Profi-Radrennen gewannen diesmal Gäste aus Lettland.

Das Bestreben, die Gesundheit zu festigen, treibt manchmal seltsame Blüten: In Königsberg gibt es einen Fahrradklub, dessen Mitglieder gemeinsame Radtouren unternehmen. Sie treffen sich abends am Stadttheater und nach einem kurzen Ausflug lassen sie sich auf Bänken nieder, öffnen Flaschen mit Hochprozentigem, den sie bis spät in die Nacht zu sich nehmen Anschließend fahren sie auf ihren Fahrrädern leicht beschwingt nach Hause. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

die Verbindung kam durch einen aufmerksamen Leser zustande, der berichtete, dass er an der Costa del Sol in Spanien einen Leseabend mit einer deutschen Autorin erlebt habe, der ihn sehr bewegt habe. Und dass ihr Buch, aus dem sie las, unbedingt in unserer Ostpreußischen Familie vorgestellt werden müsse, denn in ihm werde eine so leidvolle Kindheit geschildert, wie sie im wirklichen Leben kaum vorstellbar sei. Und doch ist alles so geschehen, wie ich dann in einem Gespräch mit der Autorin feststellen konnte, so dass ich unserem Informanten, Herrn **Artur Kinzel**, zustimmen musste: Auf dieses Buch muss unbedingt in unserer Kolumne eingegangen werden, weil es das unfassbare Schicksal eines Kindes aus Königsberg dokumentiert, das vier Jahre in einem russischen Kinderlager vegetieren musste, denn „leben" konnte man es kaum nennen. Obgleich die Verfasserin selber, **Monika Dahlhoff**, ihre Autobiografie mit „Eine Handvoll Leben" betitelt hat, aber mit dem Untertitel „Meine Kindheit im Gulag". Dies lässt schon erahnen, was sich in der Baracke mit den verschleppten Kindern irgendwo in Russland zugetragen hat, von denen die meisten die vierjährige Gefangenschaft nicht überlebten. Hunger, Tod, Gewalt und Missbrauch bestimmten das Lagerleben auch der kleinen Monika, die als Vierjährige von dem großelterlichen Gut, in dem die Familie nach der Bombardierung Königsbergs Schutz gesucht hatte, verschleppt wurde. Zusammen mit ihrem kleinen Brüderchen, das in ihren Armen auf dem nur mit einer Plane bedeckten Lkw im eisigen Fluchtwinter 1945 verstarb.

Monika Dahlhoff berichtet schonungslos, was in der vor Dreck und Kot starrenden Baracke mit den völlig orientierungslos gewordenen Kindern geschah, die ohne jegliche Betreuung oder Zuwendung aufwuchsen. Wie jeder Tag nur ein Kampf um das nackte Überleben war, weil jedes dieser ihrem Elternhaus entrissenen kleinen Geschöpfe sich alleine behaupten musste. Sie verloren ihre Kindheit, verwahrlosten bis zur Verelendung. Wenn sie starben, wurden die nackten Körper in eine Grube geworfen – in die Monika von einem brutalen Soldaten gestoßen wurde, aus der sie als einzige Überlebende wieder heraus kriechen konnte. Sie hatte sich aber beim Fall eine böse Fußverletzung zugezogen, die nicht verheilte. Erst nach der Heimkehr nach Deutschland konnte der Fuß in einem mitteldeutschen Krankenhaus behandelt und somit vor der Amputation bewahrt werden.

Es kann hier nur angedeutet werden, was mit Monika geschah – auch nach dem Lagerleben zuerst in Mitteldeutschland als geprügeltes Ziehkind einer Pflegefamilie und auch, als sie ihre eigene Mutter im Westen wieder fand, die ihre verlorenen Kinder nie gesucht hatte! Erst deren Bruder brachte Mutter und Tochter zusammen, aber auch da gab es Schwierigkeiten vor allem durch den Stiefvater bis zu Monikas Flucht als 18-Jährige in ein selbstständiges Leben. Sie konnte einfach keine Zwänge ertragen, mochte auch dauernde Erniedrigungen nicht mehr hinnehmen.



Bild: privat

Wer erkennt das Brautpaar auf dem Hochzeitsbild, das Gerhard Glowienka im Nachlass seines Vaters fand?

Aber sie erkennt ehrlich, welche Schwierigkeiten sie anderen Menschen mit ihrem unberechenbaren Verhalten bereitet hat, das ein Zusammenleben nach ethischen Begriffen wie Vertrauen, Ehrlichkeit, Mitgefühl, Hilfsbereitschaft jahrelang kaum möglich machte, wie sie in ihrem an mich gerichteten Brief schreibt: „Als ich vom Gulag von Dr. Konrad Adenauer befreit wurde, waren wir zwar Kinder, doch auch kleine Monster, an Leib und Seele krank, die in dieser Welt nicht mehr zurechtkamen. So bekam ich keine Schulbildung, keine Berufsausbildung, doch war mein schweres Leben mein Lehrmeister. Mein Buch hat 282 Seiten, doch mein Leben hat unendliche Seiten, und ich könnte Tage und Nächte schreiben." Ihre Autobiographie kam dadurch zustande, dass sie im Laufe ihres späteren Lebens immer wieder über die Erlebnisse aus diesen vier grauenvollen Gulag-Jahren auf kleine Zettel schrieb, um sich von der Seelenlast zu befreien – es hatte sich ja nie ein Therapeut des an Leib und Seele gestörten Kindes angenommen. „Das Aufschreiben war wie ein Gespräch mit mir selber", sagt sie. Aber immer wieder zerriss oder verbrannte sie die Zettel, damit niemand sie lesen konnte. Erst als ihre Tochter einige Aufzeichnungen fand, sprach sie zum ersten Mal mit einem Menschen über ihre verlorene Kindheit. Die Tochter brachte sie schließlich dazu, das Geschriebene nicht mehr zu vernichten, so dass es nun in Buchform vorliegt. Wir entnehmen der Autobiographie der nun 74-Jährigen als heutigen Extrabeitrag eine kleine Leseprobe die einen Einblick in den Lebenskampf des in russischer Gefangenschaft lebenden Kindes bietet. Es erscheint uns heute kaum vorstellbar, dass damals eine Mutter nicht nach ihren Kindern suchte, die sie in der Obhut der Großeltern zurückgelassen hatte – sie selber befand sich zur Zeit des Russeneinfalls in Berlin, wo sie Sachen für ihre Kinder beschaffen wollte. Es hätte nie eine Zusammenführung von Mutter und Tochter gegeben, wenn der Onkel sich nicht um eine Klärung des Schicksals seiner kleinen Nichte bemüht hätte. Monika Dahlhoff spricht auf ihren Lesungen, die sie in Deutschland und Spanien hält, mit ihren ergriffenen Zuhörern offen und schonungslos darüber. Sie lebt heute mit ihrem Mann **Klaus**, bei dem sie zum ersten Mal in ihrem Leben Geborgenheit gefunden hat, in Hamm und zeitweise an der Costa del Sol. (Monika Dahlhoff, Reger Straße 8 in 59069 Hamm, Telefon 02385/920899 und 0170/2266567, E-Mail: monika.dahlhoff@eine-handvoll-leben-info)

Auch bei der ersten Anfrage von Frau **Constanze Stadler** aus Freising geht es um eine Mutter-Tochter-Suche. So sah es jedenfalls aus, als wir ihre E-Mail bekamen, die so begann: „Ich bin auf der Suche nach meiner leiblichen Mutter." Aber bei der Nachfrage stellte sich dann heraus, dass sie über deren Schicksal gut informiert war und dass es mehr um Familienforschung ging, die nach Masuren führt. Anscheinend hat Frau Stadler keine Beziehungen zu ihrer Mutter zu deren Lebzeiten gehabt, obgleich beide Frauen in Westdeutschland lebten. Constance Stadler wurde am 9. April 1955 in Paderborn geboren. Die Mutter, **Helga Wiezorrek**, soll eine Zeit lang in Detmold gelebt haben, Frau Stadler kann über den weiteren Lebenslauf ihrer Mutter bis zu deren Tod am 18. September 2007 in einem Altenpflegeheim in Wuppertal keine Angaben machen. Sie konnte bei ihrer Nachforschung vor Ort nur erfahren, dass ihre Mutter eine gesetzliche Betreuerin gehabt hatte. Es gelang ihr, diese Frau aufzuspüren, sie musste aber erfahren, dass alle Unterlagen beim Umzug vernichtet wurden. Es kann also nur von den wenigen Unterlagen ausgehen, die ihr schon bekannt waren. Helga Wiezorrek wurde am 13. Februar 1924 in Kulk, Kreis Ortelsburg geboren. Ihr Vater war **Gustav** Wiezorrek, der in den 50er Jahren in Herford, Krevenstraße 8 wohnte und von Beruf Vertreter war. Es könnte sein, dass er den Beruf gewechselt hat, denn in jener Gegend soll ein Mann dieses Namens als Filmvorführer gearbeitet haben. Ob er mit ihrem Großvater identisch war, konnte Frau Stadler nicht klären. Es ist natürlich schwer, aus diesen wenigen Angaben, die zum Teil jeder konkreten Unterlage entbehren, ein Suchbild zu formulieren. Fassen wir mal zusammen: Helga Wiezorrek wurde in Kulk geboren, in diesem masurischen Ort befanden sich eine Försterei und eine Gastwirtschaft. Dort müssten die Eltern gelebt haben, von denen nur der Name des Vaters, Gustav Wiezorrek, bekannt ist. Die Familie dürfte im Rahmen der Vertreibung nach Westdeutschland gekommen sein. Helga, die bei der Geburt ihrer Tochter Constance 31 Jahre alt war, hat dort nicht mehr mit den Eltern zusammengelebt, da der Vater in Herford gemeldet war. Als Informanten kommen nun ehemalige Bewohner von Kulk und dem Kirchspiel Theerwisch infrage, die sich an die Familie Wiezorrek erinnern können. Ferner Nachbarn oder andere Bewohner von Herford, die Mitte der 50er Jahre mit Frau Stadlers Großvater Verbindung hatten. An die Kreisgemeinschaft Ortelsburg dürfte sie sich auf unseren Rat hin inzwischen gewendet haben. Soweit unsere ersten Schritte in dieser Angelegenheit. Wir wollen sehen, ob wir damit weiterkommen. (Constance Stadler, Telefon 08161/233090, E-Mail: constance.stadler@gmx.de)

In der letzten Folge hatten wir das Anliegen von Herrn **Gerhard Glowienka** aus Hilden gebracht, der in seiner Familienforschung nicht weiter kommt und uns deshalb bat, ihn nach ehemaligen Bekannten seines Vaters **Richard** Glowienka aus Althöfen, Kreis Sensburg zu suchen. Er übersandte uns einige Fotos mit Personen, die nach seinen Vermutungen zu der ostpreußischen Verwandtschaft gehören, von denen wir eines veröffentlichten. Der Herr im Anzug auf jenem Foto ist allerdings nicht sein Vater, wie ich nach seinen Angaben vermutete. Heute wollen wir ein weiteres Foto bringen, das eventuell zur Verwandtenfindung beitragen könnte. Es handelt sich um ein Hochzeitspaar, das sich dem Fotografen stellt – etwas steif ob der feierlichen Kleidung. Die Aufnahme dürfte in den frühen 30er Jahren gemacht worden sein. Herr Glowienka hat es im Nachlass seines verstorbenen Vaters gefunden und fragt nun: Erkennt jemand das Paar, das vermutlich aus dem Kreis Sensburg stammt? (Gerhard Glowienka, Hagedornstraße 38 in 40721 Hilden.)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

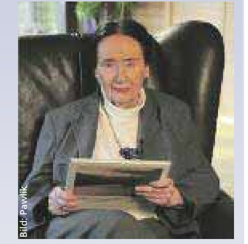


Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Drei Beeren für den Bewacher im Kindergulag

Leseprobe aus der Autobiografie der Königsbergerin Monika Dahlhoff

Sommerzeit – Beerenzeit. Wer denkt nicht an die Blaubeeren und Walderdbeeren, die wir als Kinder in unseren ostpreußischen Wäldern gesammelt haben, an die Beerenfülle in Großmutters Garten, an die Brombeerhecken an unseren frühen Wegen? Für die in einen russischen Kindergulag verschleppte vierjährige Monika aus Königsberg waren schon allein drei Beeren ein kostbarer Besitz, wie wir ihrem Buch „Eine Handvoll Leben", entnehmen. Mit der eher versöhnlichen Episode wollen wir unsere Leserinnen und Leser behutsam in die Autobiografie dieser Frau einführen, die vier Jahre lang Unsägliches erleiden musste. Ein sommerliches Zeitbild, das sich als Leseprobe in unsere Doku-Reihe „Heute vor 70 Jahren" einfügt.

„Wenn es nach Tagen ohne die kleinste Mahlzeit wieder an das Verteilen einer Suppe oder eines Brotes ging, da gab es keine Freundschaften mehr. Man musste höllisch aufpassen, dass man nicht übergangen oder bestohlen wurde. Gerade ich, die manchmal im Bettstroh heimlich Vorräte anlegte, war auf der Hut, und es passierte doch immer wieder, dass meine eiserne Reserve weg war. Die meisten Gedanken kreisten um das, woran es so bitter fehlte. Und so war es auch nicht verwunderlich, dass ich eines Mittags, als ich wieder einmal barfuß an meiner Lieblingsstelle in der Sonne stand, die kleinen hellroten Beeren entdeckte, die an einem niedrigen Strauch auf der Wiese wuchsen. Dunkelblaue Beeren kannte ich von Zuhause, warum sollten nicht auch diese schmecken? Vorsichtig zwängte ich meinen dünnen Arm durch den Stacheldraht, zupfte ein paar Früchte ab und schob sie in den Mund. Mit der Zunge ließ ich sie zuerst von der linken Backentasche in die rechte wandern und wieder zurück, dann drückte ich sie gegen den Gaumen und schmeckte den köstlichen süßsauren Saft der Früchte. Schnell pflückte ich noch mehr, aß sie selbstverständlich nicht sofort auf, sondern steckte auch einige in meine Hosentasche, um sie im Stroh zu lagern. Niemandem würde ich von meiner Entdeckung erzählen, das schwor ich mir.

Von diesem Tag an lief ich häufig auf der Suche nach Beeren am Zaun entlang. Weil mir ein paar von den ersten Beeren im Stroh verschimmelt waren, ließ ich sie nun in der Sonne trocknen, bevor ich sie versteckte. So konnte ich sie auch als Vorrat für den Winter verwahren. Und je stärker die Sonnenstrahlen wurden, desto größer wurde meine Ernte. Ich entdeckte sogar einen Baum mit dunkelroten zuckersüßen Beeren. Aber hier kam ich nur an einen tiefer hängenden Zweig heran, und nur wenige Früchte fielen von selbst hinunter. Als ich einmal eine Handvoll von diesen Beeren gegessen hatte, lag ich die ganze Nacht mit Bauchschmerzen wach. Trotzdem sammelte ich sie weiter, denn wenn man nur wenige davon aß, waren sie bekömmlich.

Ein großer Baum mit Beeren stand an einem Zaunstück, an dem entlang die Soldaten regelmäßig ihre Kontrollgänge machten. Dorthin traute ich mich nicht, auch dann nicht, als ich an anderen Stellen keine Beeren mehr fand. Stattdessen zupfte ich nun Gras und Blätter ab und probierte sie. Nachdem ich kräftig gekaut hatte, beruhigten die Pflanzen ein wenig meinen Magen. Und ich überlegte, dass ich das Gras und die Blätter wie die Beeren trocknen könnte. Oma hatte mir einmal erklärt, dass Bauern das Gras für die Tiere als Futter für den Winter trocknen. Eifrig sammelte ich nun alles Essbare, das ich fand, als plötzlich ein Paar schwarze Stiefel und die Pfoten eines Hundes neben mir auftauchten. Erschrocken versteckte ich meine Hand mit dem Grünzeug hinter meinem Rücken. Der Soldat beugte sich zu mir herunter und ich fürchtete, dass er mich am Kragen packen oder ohrfeigen wollte. Aber dann erblickte ich ein Stück Schokolade in seiner Hand. Wie lange hatte ich nichts mehr geschenkt bekommen. Ich traute mich nicht, es zu nehmen, und schaute den bärtigen Mann stumm an. Er sagte etwas leise in seiner Sprache und nickte mir zu. Sollte ich wirklich ...? Ich griff zu. Der Soldat führte seine Hand zum Mund, als wollte er zeigen, dass ich das Stück sofort essen sollte. Langsam schob ich die Schokolade in meinen Mund. Während sie zerschmolz, schaute ich auf den Hund, der gehorsam zu Füßen des Soldaten saß. Ich durfte ihn sogar streicheln, und als ich das weiche Fell berührte, musste ich sofort an unsere von den russischen Eroberern erschossene Dogge Elsa denken. Ich konnte nicht genug bekommen von diesem schönen Gefühl beim Streicheln des Hundefells und vom Lutschen der Schokolade. Der Hund schnupperte an mir, und ich sah, glücklich wie lange nicht mehr, in diese schönen Tieraugen. Jetzt zog der Soldat an der Leine, und das war das Zeichen für den Hund, dass es weiterging. Ich holte schnell die drei kleinen Beeren, die ich heute gefunden hatte, aus meiner Hosentasche und reichte sie dem Soldaten. Er warf sie sich in den Mund, strich mir lächelnd über den Kopf und stiefelte mit seinem Begleiter davon. Seit Langem hatte ich endlich mal wieder ein warmes Gefühl im Bauch.

Es hatte sich unter den Kindern schnell herumgesprochen, dass ich etwas Essbares für den Winter sammelte, und einige wollten wissen, welche Früchte, Blätter und Gräser sich dafür eigneten. Sie wollten sich selber einen Vorrat anlegen. Obwohl ich es lieber für mich behalten hätte, zeigte ich ihnen die Stellen, wo das Grünzeug wuchs. Immer wieder sah ich den Soldaten mit dem Hund, aber nur, wenn ich allein am Zaun war, kam er zu mir und schenkte mir ein Stück Schokolade. Abends erzählte ich dann dem Papa im Himmel davon und bat ihn, den Soldaten mit dem Hund wieder vorbeizuschicken. Und einige Male schien das auch zu funktionieren, doch dann wartete ich immer häufiger vergeblich am Zaun. Ich war traurig, die beiden nicht mehr zu sehen, aber nicht übermäßig, wahrscheinlich hatte ich mich inzwischen daran gewöhnt, dass nichts blieb, was mir lieb war."

Es waren die einzigen Streicheleinheiten in diesen vier Jahren hinter Stacheldraht für die kleine Monika aus Königsberg, der man die Kindheit stahl. (Aus: „Eine Handvoll Leben" – Meine Kindheit im Gulag", Bastei-Lübbe-Taschenbuch, ISBN 978-3-404-60714-3.) *R.G.*



ZUM 100. GEBURTSTAG

Gahre, Wanda, geb. **Keil**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Echtner, Hedwig, geb. **Treziak**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Pernak, Ingeborg, geb. **Fischer**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 15. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Friedrich, Helene, geb. **Wriedt**, aus Keilern (Kamin), Kreis Sensburg, am 15. Juli
Masuhr, Hans, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. Juli
Plötz, Helene, aus Lötzen, am 13. Juli
Regel, Inge, geb. **Weißflug**, aus Pillau, Kreis Samland, am 17. Juli
Rosan, Otto, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 11. Juli
Schedwill, Walter, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Affenzeller, Helene, geb. **Seewald**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Becker, Ilse, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Eichhorn, Christel, geb. **Klein**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Goertz, Else, geb. **Rathke**, aus Pillau, Kreis Samland, am 17. Juli
Hoffmann, Susi, geb. **Demant**, aus Schenkenhagen, Kreis Eben-rode, am 14. Juli
Koch, Irmgard, geb. **Lamm**, aus Königsberg-Roßgarten, Kuplitzer-straße 7, am 10. Juli
Krewald, Gertrud, geb. **Kalinowski**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 11. Juli
Otto, Erna, geb. **Pitzer**, aus Ebenrode, am 11. Juli
Schmidt, Renate, geb. **Joschek**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 14. Juli
Uhlemann, Hildegard, geb. **Steinke**, aus Backeln, Kreis Samland, am 16. Juli
Vorberg, Ruth, geb. **Klein**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Weiß, Heinz, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 11. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Berg, Ursula, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 17. Juli
Derrey, Helmut, aus Ebenrode, am 17. Juli
Gallas, Ursula, geb. **Gronau**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Moderegger, Fritz, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Müller, Gertrud, geb. **Anspreiksch**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Pohl, Friedrich, aus Ortelsburg, am 11. Juli
Zerkowski, Norbert, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 15. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Abraham, Irma, geb. **Naujoks**, aus Urbanshof, Kreis Elchniederung, am 14. Juli
Bartheidel, Gertrud, geb. **Reinke**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Bartholomeyczik, Waltraut, geb. **Wabbels**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Grätsch, Wilfried, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Hartmann, Wally, geb. **Hahn**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Kolodzey, Elfriede, geb. **Krüger**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 14. Juli
Kowalewski, Dr. Karl, aus Neuendorf, im Kreis Lyck, am 13. Juli
Kukowski, Editha, geb. **Steinke**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Link, Herbert, aus Pillau, Kreis Samland, am 14. Juli
Piefke, Margarete, geb. **Zelustek**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Suchalla, Berta, geb. **Kopka**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Swiedelsky, Dorothea, geb. **Swiedelsky**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Tenninger, Helmut, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berger, Hildegard, geb. **Bunschei**, aus Lyck, am 11. Juli
Danker, Erika, geb. **Blumenscheit**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. Juli

Habedank, Beatrix, geb. **Stockmann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Jähnke, Waltraud, geb. **Dombrowski**, aus Treuburg, am 13. Juli
Lojewski, Fritz, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 16. Juli
Maillard, Wolfgang-Eisenhardt, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 17. Juli
Rogowski, Hans, aus Lyck, am 12. Juli
Seiler, Gerhard, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 16. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brosda, Klara, geb. **Zoels**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Burdenski, Harry, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Glasauer, Edith, aus Langheide, Kreis Lyck, am 14. Juli
Großmann, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli
Hauzel, Dr. Inge, geb. **Leppek**, aus Königsberg, General-Litzmannstraße 22, am 14. Juli
Hoffmann, Otto, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 12. Juli
Jentsch, Gertrud, geb. **Zeranski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Kaminski, Horst, aus Ruß, Kreis Heydekrug, am 14. Juli
Kolenda, Gerda, geb. **Gedaschke**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Lütgens, Ursula, geb. **Czinczel**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Juli
Methfessel, Friedel, geb. **Alexey**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 15. Juli
Meyer, Herta, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 13. Juli
Piekatz, Oskar, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Timm, Eva, geb. **Motzkau**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Tulowitzki, Ilse, geb. **Laszig**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Wietrzychow, Elise, geb. **Fischer**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 12. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bernotat, Gerhard, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Birkner, Brigitte, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 14. Juli
Blumenscheit, Herbert, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Drews, Renate, geb. **Kreischatus**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 14. Juli
Esters, Irene, geb. **Wissmann**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Juli
Fortak, Helmut, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Gering, Ilse, geb. **Dziedo**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 13. Juli
Groß, Willi, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Habermann, Gerda, geb. **Dondé**, aus Tilsit, am 12. Juli
Hammer, Ruth, geb. **Hilpert**, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 15. Juli
Herzke, Irmgard, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 14. Juli
Huwald, Waltraut, geb. **Parakenings**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Koppenhagen, Felicitas, geb. **Dreyer**, aus Rheinshof, Kreis Lötzen, am 11. Juli
Kraus, Elfriede, geb. **Gresch**, aus Fritschienen, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Krause, Horst, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Kristott, Gerhard, aus Treuburg, am 15. Juli
Kühn, Horst, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Kulessa, Edith, geb. **Michalski**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Lackner, Bernhard, aus Herzogswalde, Kreis Heiligenbeil, am 13. Juli
Lange, Erwin, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Lojewski, Ursula, geb. **Konetzka**, aus Deutschwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Looman, Irene, geb. **Donder**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. Juli
Müller, Edith, geb. **Louis**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Nowienski, Inge, geb. **Krosta**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Powierski, Alfred, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 15. Juli
Ruschke, Ursula, geb. **Roß**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Sanden, Horst, aus Neidenburg, am 15. Juli
Schäfer, Elly, geb. **Denk**, aus Heiligenkreutz, Kreis Samland, am 11. Juli
Schauf, Gisela, geb. **Denkmann**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Schmidt, Gerda, geb. **Gronau**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Tiedemann, Helmut, aus Gilken-dorf, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Wendt, Hanna, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bartkowski, Gerhard, aus Neidenburg, am 12. Juli
Behmann, Karla, geb. **Hübner**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Berger, Kurt, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Juli
Dalaff, Manfred, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juli
Decker, Brigitte, geb. **Burkatzki**, aus Neidenburg, am 17. Juli
Degwitz, Inge, geb. **Witt**, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 17. Juli
Doerks, Manfred, aus Lyck, am 11. Juli
Friederici, Ilse, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Heinrich, Hildegard, geb. **Grimm**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Hohmann, Elfriede, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 12. Juli
Kärner, Helga, geb. **Simoleit**, aus Insterburg, am 16. Juli
Klisch, Ilse, geb. **Raudies**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Kölzow, Dora, geb. **Eisen**, aus Romeiken, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Krawelitzki, Hugo, aus Lyck, am 12. Juli

Lauer, Karin, geb. **Glagau**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 11. Juli
Netta, Siegfried, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Otto, Elfriede, geb. **Spieß**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 15. Juli
Perrey, Dietrich (Quetsch), aus Stallupönen, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Piotrowski, Willi, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Rehfeld, Gerhard, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Rudolf, Ingrid, geb. **Pinkel**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Juli
Schneidereit, Waldo, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juli
Schubert, Gernot, aus Lyck, am 17. Juli
Strenge, Adelheid, geb. **Kolossa**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 12. Juli
Strunk, Sieglinde, geb. **Wieszny**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Sokolowski, Nortrud, am 11. Juli
Sopha, Ursula, geb. **Bolowski**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 15. Juli
Walter, Lotte, geb. **Pokropp**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Willmann, Elfriede, geb. **Pomper**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 12. Juli
Wittke, Hans-Georg, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Wolf, Christel, geb. **Fedder**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 15. Juli
Zimmermann, Hans-Joachim, aus Schanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dick, Gisela, geb. **Stemke**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Ehlert, Klemens, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 11. Juli
Hild, Dr. Albrecht, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 10. Juli
Kraska, Brigitte, geb. **Wittkowski**, aus Stauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Küster, Karin, geb. **Krause**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Juli
Lange, Werner, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 11. Juli
Schikowsky, Hartmut, aus Fritschienen, Kreis Wehlau, am 11. Juli
Todzi, Erika, geb. **Garstka**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Zielinski, Gerhard, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 14. Juli



Bandilla, Gerd, aus Mostolten, Kreis Lyck, und Ehefrau Else, geb. **Skrodzki**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 3. Juli.

TERMINE DER LO

2015
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826 oder info@ostpreussen.de. Internet: www.ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonntag, 12. Juli, 18.05 Uhr, Deutschlandfunk: Abenteuer und Albtraum – Vor 150 Jahren wurde das Matterhorn erstmals bestiegen.
Sonnabend, 11. Juli, 19.25 Uhr, ZDF: Königliche Dynastien (5): Die Wittelsbacher. Dokumentation 2015.
Sonntag, 12. Juli, 23.15 Uhr, Phoenix: Lobbyisten – die stille Macht im Land.
Montag, 13. Juli, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 100 Jahren: Die erste Moschee in Deutschland wird im Halbmondlager bei Berlin eingeweiht.
Montag, 13. Juli, 21 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolle Orte (3): Prora – Naziseebad und Sperrgebiet.
Montag, 13. Juli, 23.15 Uhr, NDR: Operation Walküre – Das Stauffenberg Attentat. Thriller, USA/D 2008.
Dienstag, 14. Juli, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 150 Jahren: Dem Briten Edward Whymper gelingt als Erstem die Besteigung des Matterhorns.
Dienstag, 14. Juli, 9.55 Uhr, Deutschlandfunk: Die Gefahren des Sommers: Verbrennungen, Verbrühungen und Sonnenbrand.
Dienstag, 14. Juli, 22 Uhr, Servus TV: Napoleon (3/4): Entscheidung in Moskau (1807–1812). TV-Historiendrama, F/D/A/I 2002.
Dienstag, 14. Juli, 22.30 Uhr, WDR: Die Lincoln Verschwörung. Justizdrama, USA 2011.
Mittwoch, 15. Juli, 19.30 Uhr, Lockruf ins Glück – Wie Frau Merkel uns hilft, die bessere Wahl zu treffen. Feature zur subtilen Beeinflussungsmethode „Nudging“.
Mittwoch, 15. Juli, 2.45 Uhr, Kabel eins: Alamo – Der Traum, das Schicksal, die Legende. Filmdrama über die Schlacht von Alamo, USA 2004.
Donnerstag, 16. Juli, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 70 Jahren: Die Potsdamer Konferenz der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges beginnt.
Freitag, 17. Juli, 20.15 Uhr, Servus TV: Der Berg ruft. Filmdrama über die Erstbesteigung des Matterhorns, D 1937.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Dieses gibt es nur alle drei Jahre und ist durchaus etwas Besonderes. Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen, und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden, und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Der Altersschwerpunkt der Stadtfahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.

Düsseldorf – Freitag, 9. bis Sonntag 11. Oktober, Düsseldorf: Bundestreffen. Am 11. Oktober 2015 steht in diesem Rahmen eine Führung durch das Museum Stadt Königsberg in Duisburg auf dem Programm, das Ende 2015 seine Tore schließen wird. Anmeldeschluss ist der 31. Juli 2015! Späteren Anmeldungen kann kein Platz in der Jugendherberge garantiert werden.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Erstmals trafen sich die Landsmannschaften Westpreußen mit Danzig, Ostpreußen mit Memelland, Pommern, Weichsel-Warthe und die Deutsch-Balten zu einer gemeinsamen Kulturtagung am 27. Juni in Stuttgart.

Uta Lüttich, die erste Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in Baden-Württemberg, freute sich, 90 Gäste im Haus der Heimat begrüßen zu dürfen. Darunter Stadträtin a.D. Bärbel Häring, Waltraud Illner, Vorstandsmitglied der UdVF und in Vertretung von Iris Ripsam, Stadträtin und Vorsitzende der UdVF in der CDU, Helga Ruhnke, Vorsitzende des CDU Bezirksverbandes Nordwürttemberg. Die Grußworte für den Bund der Vertriebenen (BdV) übermittelte Albert Reich, Landesvorstandsmitglied und Kulturreferent BdV.

Unter dem Motto „Die alte Heimat an der Ostsee und im Nordosten Europas und die neue Heimat im Südwesten – eine Chance für Europa“ stellten sich die Vertreter der einzelnen Landsmannschaften und ihre Arbeit vor. Im Einzelnen waren dies Uta Lüttich (Ostpreußen mit Memelland), Eberhard Klafki (Westpreußen mit Danzig), Karsten Wulff (Pommern), Wilfrid Braun (Deutsch-Balten) und Hans-Werner Carlhoff (Weichsel-Warthe).

Als Festredner konnte der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen, Wolfgang Freyberg, gewonnen werden. Mit seinem Vortrag, einschließlich Bildpräsentation über die Geschichte des Deutschen Ordens von der Gründung bis zur Gegenwart, konnte der hervorragende Referent alle Anwesenden in einzigartiger Weise fesseln. Auch in der anschließenden Diskussion konnte Freyberg durch sein fundiertes Fachwissen brillieren.

Eine absolute Bereicherung der Begegnung waren die musikalische Unterhaltung am Klavier durch Ralf Demski sowie die einfühlsamen, geistlichen Worte zum Tag von Irma Barraud. Ganz besonderer Dank gilt den Gastgebern und den unermüdlichen Helfern, die den Festsaal des Hauses für das Treffen und die Gäste vorbereitet hatten sowie für das leibliche Wohl sorgten.

Übereinstimmend konnte festgestellt werden, dass die Landsmannschaften mit ihrem Engagement in der Heimat äußerst erfolgreich mit den dort lebenden Polen, Litauern oder Russen ohne politisches Geplänkel kooperieren und damit die Basis für ein vereintes, friedliches Europa schaffen, in aufrechter Freundschaft, ohne Vorurteile, ohne Hass und Ängste.

Andreas Praß, Landesschriftführer

Frauengruppe – Dienstag 21. Juli, 14,30 Uhr, Kleiner Saal, Haus. der Heimat: Die Frauengruppe trifft sich zu einem abwechslungsreichen Nachmittag. Das Thema; „Reiseberichte“. Auch alle Mitglieder der Kreisgruppe können teilnehmen und, wenn sie möchten, mit eigenen Beiträgen das Programm bereichern. Gäste sind herzlich eingeladen.

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Vordere Karlstraße 41, 73033 Göppingen die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Metzingen – Im vollbesetzten Bus ging der Ausflug der Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen und Pommern bei strahlendem Sonnenschein nach Bayern zum Blumenpark Dehner in Rain am Lech. Der Vorsitzende Heinz Scheffler begrüßte Landsleute und Gäste herzlich. Zum gegenseitigen „Beschnuppern“ wird während der Hinfahrt traditionell eine Kaffeepause eingeplant. Auf dem breit angelegten gepflegten Parkplatz bei der Autobahnkirche Adelsried A8 Stuttgart–München wurden bald Kaffee und sonstige Getränke, belegte Brötchen sowie selbstgebackener Kuchen verzehrt.

Die kleine Verköstigung oder ein Spaziergang zum Kirchlein brachten gute Gespräche. Nach rund 170 Kilometern parkte der Bus direkt am Garten-Center. Ein kurzer Weg führt durch blühende Rosengewächse in die Einrichtungen der Gastronomie im barrierefreien und kostenfreien Park. Im Biergarten, umrahmt von exotischen Bäumen, wurde zu Mittag gegessen. Danach wurde der 110000 Quadratmeter große Park nach eigenem Interesse erkundet, ein Paradies für Garten- und Blumenfreunde.

Die Wege führen durch die Flamingo-Anlage, Rhododendronhaine, Aussichtspavillon, Wassertreppen mit Bonsais, Kletterpflanzen-Pergola, den Pavillon „Grünes Klassenzimmer“, den Cottage-Garten und den Rosenduftgarten. Besonders begeisterten die an Wegbiegungen eingebundenen blühenden Ziersträucher mit Hortensien in tiefem Rot, Weiß, Gelb, Pink, Lila und Blau. Sogar die Bepflanzungen mit Lavendel, die teilweise zu Hause gar nicht mehr richtig beachtet werden, begeisterten. Nicht nur wegen ihres angenehmen Duftes wurden sie zum Hingucker, sondern wegen der feinen Abstimmung mit weißen, blauen und violetten Farben in unterschiedlichen Höhen, eingebettet in Kies, wirkten sie sehr edel. Zwischendurch wurden Teiche mit Brücken überquert, Flamingos, Enten, Gänse und wunderschöne große Goldfische beobachtet und Ausschau nach schattigen Bänken unter exotischen Bäumen gehalten.

Natürlich begeistern jetzt auch die blühenden Rosen mit ihrem herrlichen Duft, die Beete mit den prallen Sommerbepflanzungen und interessante Sträucher im Kübel oder Beet. Auch das Glokkenspiel mit der Blumenuhr faszinierte. Wegen der Sommerhitze wurde bald Rast in dem im Park liegenden Biergarten oder im anschließenden Kaffeerestaurant gemacht. Auf dem Heimweg wurde ein Abstecher zum bayrischen Atomkraftwerk in Gundremmingen gemacht. Es ist das leistungsstärkste deutsche Kernkraftwerk.

Vielseitige Eindrücke hat dieser Ausflug vermittelt, wie Heinz Scheffler bei seinem Dank an die Reisegemeinschaft festhielt.

Ulm / Neu Ulm – Sonntag, 12. Juli, 18 Uhr, Donauschwäbisches Zentralmuseum: Südostdeutscher Volkstumsabend mit einer Musikgruppe, Tanz und dem Seniora Chor Ulm.



Zur Kulturtagung begrüßte Uta Lüttich unter anderem (v.l.n.r.) Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ospreußen, Wilfrid Braun (Deutsch-Balten), Hans-Werner Carlhoff (Weichsel-Warthe), Karsten Wulff (Pommern) und Hans-Werner Schwalke (Westpreußen) Bild: privat



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 25. Juli, 15 Uhr, Seezentrum Gunzenhausen-Schlungenhof: Seefahrt mit der MS „Gunzenhausen“ auf dem Altmühlsee.

Ansbach – Sonnabend, 25. Juli: Sommerfest auf dem Altmühlsee. Gefeiert wird mit den Landsleuten aus Gunzenhausen/Weißenburg.

Kitzingen – Sonnabend, 18. Juli, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Sommerfest. Bei schönem Wetter im Garten.

München – Sonnabend, 24. Juli, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: gemeinsame Kaffeetafel mit anschließender Besichtigung der Ausstellung im HDO „Mitgenommen – Heimat in Dingen“ anlässlich der Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa vor 70 Jahren.

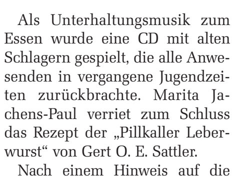


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Der Heimatnachmittag der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie des Heimatkreises Elbing fand am 26. Juni im Barlachhaus statt. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul begrüßte die anwesenden Mitglieder, die sich zum diesjährigen Sommerfest mit Grillen eingefunden haben. Sie übermittelte ebenso Grüße der Landesgruppe Bremen sowie von Frau Westphal. Diese hatte sie zu ihrem 90. Geburtstag besucht und ihr ein Präsent der Landsmannschaft Bremerhaven überbracht.

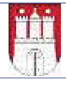
Marita Jachens-Paul dankte den Mitgliedern für die vielen Anrufe und Glückwünsche zu ihrem 60. Geburtstag. Sie las ein Gedicht vor, das sie sich als Motto für die nächsten Jahre vorgenommen hat: „Nimm zwei Pfund Geduld ...“. Anschließend erzählte sie die Geschichte vom „Unsterblichen Onkel August“, die großen Beifall fand. Stefanie Flotow brachte das Gedicht „Preußenland“ von Franz Phillip zu Gehör und anschließend ein zweites, sehr ergreifendes von Margarete Fischer-Woehlk: „Sprich deinen Kindern oft vom Heimatland“.



Als Unterhaltungsmusik zum Essen wurde eine CD mit alten Schlagern gespielt, die alle Anwesenden in vergangene Jugendzeiten zurückbrachte. Marita Jachens-Paul verriet zum Schluss das Rezept der „Pillkaller Leberwurst“ von Gert O. E. Sattler.

Nach einem Hinweis auf die Sommerpause der Landsmannschaft bis zum Erntedankfest am 25. September, zu dem auch die anderen drei Bremerhavener Landsmannschaften eingeladen werden sollen, und dem Singen des Westpreußenliedes und des Ostpreußenliedes entließ die Vorsitzende die Ost- und Westpreußen in den Sommerurlaub und wünschte allen erholsame und vor allem sonnige Tage.

Barbara Sandmann



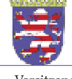
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 18. Juli, 14 Uhr, Traditionshaus „Lackemann“, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg (Parkplatz Quarree, Parkhaus P2): Sommerfest 2015: Zum buntem Programm gehören Lesungen, kleine Geschichten zum Schmunzeln sowie ein Filmvortrag „65 Jahre Landesgruppe Hamburg“. Nach der gemeinsamen Kaffee- und Kuchentafel wird Herr Dziobaka die Festgemeinschaft mit seinem LAB-Chor fröhlich einstimmen.

Das Traditionshaus „Lackemann“ ist sehr gut zu erreichen mit der U1 und Bussen. Vom U1- und Busbahnhof Wandsbek-Markt sind es nur wenige Gehminuten. Wenn Sie von der Wandsbeker Marktstraße den Durchgang „Hinterm Stern“ zwischen Quarree und Hotel Tiefenthal durchgegangen sind, sehen Sie es bereits. Weitere Auskünfte erteilt Organisator Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

Harburg – Sonntag, 19. Juli, St. Johanniskirche Harburg, Bremer Straße 9 (zu erreichen mit der S3 und S31, Station Harburg-Rathaus): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss laden wir zu Gesprächen im Gemeindesaal bei Tee, Kaffee und Gebäck ein.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Wetzlar – Sonnabend, 11. Juli, 13 Uhr, Treffpunkt ist das Schützenhaus am Bobenhöllerwald in Nauborn: Grillfest. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559. Am 11. August wird es einen Tagesausflug nach Bad Nauheim geben mit Besuch der Rosenstadt Steinfurth.

Wiesbaden – Dienstag, 14. Juli, 15 Uhr, Gaststätte beim Wiesbadener Tennis- und Hockey-Club, Nerotal: Kaffeetrinken der Frauengruppe im Grünen. Anfahrt: ESWE-Bus Linie 1, Haltestelle Nerotal (Endhaltestelle). Wer Lust zu einem Spaziergang hat, steigt bereits an der Haltestelle „Kriegerdenkmal“ aus. Von dort geht die Gruppe um 14.30 Uhr durch die Nerotal-Anlage zur Gaststätte. Organisation und Leitung Helga Kukwa. – Sonnabend, 18. Juli,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Traditionshaus Lackemann: Die Landesgruppe Hamburg bittet zum Sommerfest Bild: Samel

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

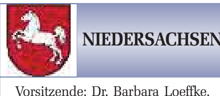
15 Uhr, Kleingartenverein am Wasserwerk, Erbenheim: Gartenfest. Für die musikalische Unterhaltung sorgt das bewährte Duo Budau/Hübenthal. Wegen der Essen-Disposition bitte bis zum 10. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 84 49 38, anmelden. Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt; überdachte Bereiche stehen zur Verfügung.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen. Die nächsten Termine: 13. August, 10. September.

Osnabrück – Freitag, 17. Juli, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43; Treffen der Frauengruppe – Dienstag, 28. Juli, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Ins Baltikum und nach Ostpreußen

Anklam – Vom 8. bis 17 September führt eine zehntägige Flug- und Busreise in die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Besucht werden die Städte Riga, Reval [Tallinn], Dorpat [Tartu], Mitau [Jelgava], Libau [Liepaja], Memel [Klaipeda], Heydekrug [Šilute] sowie die Kurische Nehrung, der Berg der Kreuze und der Peipussee. Einige Plätze sind noch frei. Abfahrt ist ab Rostock, Stralsund, Greifswald und Anklam mit Zustieg auf der Strecke. Der Flug geht ab Berlin-Tegel bis Riga und zurück. Nähere Informationen bei Manfred Schukat, 17389 Anklam, Hirtenstraße 7a, Telefon (03971) 245 688.



Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 16. Juli, 15 Uhr, Kreisvereinigung, Wilhelmstraße 1B, 33602 Bielefeld: Heimatliteraturkreis und Frauengruppe.

Bonn – Dienstag, 28 Juli, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser berg. Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova – Sonntag, 26. Juli, 9.30 Uhr, Mariendom Neviges, Velbert/Rheinland: Pontifikalamt zum zwanzigjährigen Jubiläum „Mutter-Anna-Wallfahrt“.

Essen – Die Kreisgruppe Essen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen traf sich am 19. Juni in der Gastronomie St. Elisabeth in Essen. Der Vorsitzende, Bernhard Kehren, gratulierte den Geburtstagskindern und gab vorab einige Informationen: Er erinnerte an den 17. Juni, den Tag der deutschen Einheit und den 20. Juli als neuen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Weitere Punkte, die er ansprach: Der Ausflug nach Warendorf wird auf Ende September verschoben.

Zum Thema „Der Wiener Kongress“ hielt Referent Hans-Jürgen Klein einen interessanten Power-Point-Vortrag. Vorab führte er aus, wie die Persönlichkeit Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts über alle Herrscher Europas hinausragte. Es folgten viele Schlachten, bis der Korse besiegt war. Nun musste Europa neu geordnet werden. Von Oktober 1814 bis Juni 1815 fand der Wiener Kongress unter Vorsitz von Klemens Fürst von Metternich statt. Alle europäischen Mächte waren vertreten (insgesamt etwa 200 Staaten, Städte, Herrschaften und Körperschaften). Die Kosten für den gesamten Kongress beliefen sich auf 16 Millionen Gulden. Es begann ein Schachern und Schieben mit Ländern und Menschen, die Neuordnung Europas nach dem Prinzip des Gleichgewichts der Mächte.

Am 9. Juni 1815 wurde die Wiener Kongressakte unterzeichnet. Sie enthielt neben der Regelung territorialer Fragen und der deutschen Bundesakte zum ersten Male auf völkerrechtlicher Basis Bestimmungen über die Abschaffung des Sklavenhandels. Die festgelegte Gebietsverteilung war eine Friedensordnung für ein ganzes Jahrhundert bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges im August 1914. Das Bleibende des Wiener Kongresses, so der Vortragende Hans-Jürgen-Klein: „Konflikte können durch Verhandlungen gelöst werden, nicht nur nehmen sondern auch geben“.

Mit viel Applaus endete sein Vortrag. Mit dem Singen unseres Ostpreußenliedes war der schöne Nachmittag zu Ende. Unsere Gruppe trifft sich nach der Sommerpause am 18. September mit Berichten über die Reisen unserer Mitglieder. *Erika Dietz*

Ennepetal – Donnerstag, 16. Juli, 16 Uhr, Heimatstube, Kirchstraße 52: Monatsversammlung.

Köln – Dienstag, 21. Juli, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Monatliche Versammlung der Ostpreußenrunde. Die Versammlung am 18. August wird wegen vieler Urlaubsfälle – wie in den Jahren davor – ausfallen. Im September treffen wir uns wie üblich am dritten Dienstag des Monats.

Siegen – Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 14 Uhr im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.

Witten – Montag, 20. Juli, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Gemeinsames Treffen zum Thema „Erlebte Naturschönheit in unserem Lande“.

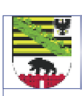
Gedenken auf Schloss Burg

Auch der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Bundes der Vertriebenen schloss sich dem staatlichen Gedenken der Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni mit einer Kranzniederlegung an. Sie fand an der „Gedenkstätte des Deutschen Ostens – Mahnmal der Vertreibung in Europa“ im Batterieturm von Schloss Burg bei Solingen statt. Zu den Ehrengästen gehörten unter anderem der Bürgermeister der Stadt Remscheid, Lothar Krebs, und der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Solingen, Paul Westeppe. Hans-Günther Parplies, der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, erinnerte in seiner Ansprache an Kernsätze aus der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und zitierte das Jahres-Motto des BdV „Vertreibungen sind Unrecht – gestern wie heute!“

Dieter *Göllner*



Der BdV-Landesvoritzende Hans-Günther Parplies: „Vertreibungen sind Unrecht“ Bild: Göllner



Sachsen-Anhalt

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 13. Juli, 14 Uhr, Freizeitstätte Krötenhof, Wasserstraße 50: Sommerfest.

Magdeburg – Dienstag, 21. Juli, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



Schleswig-Holstein

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 24. Juli, 15 Uhr, AWO Stadtteilcafé, Mathildenstraße 22: Vortrag von Oberstleutnant a. D. Hartwig Wilckens: „Mai 1945, das Kriegsende in Schleswig-Holstein“.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

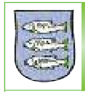


Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812063, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Sommerfest

18. Juli, Zakatek am Goldaper See: Goldaper Sommerfest. Weitere Informationen: Annelies Trucewitz, Telefon (04142) 3552. E-Mail: museum@goldap.de



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Büchermarkt und Ausstellung

Sonnabend, 18. Juli, 10 bis 16 Uhr, Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 h, 24537 Neumünster: „Bücher aus 100 Jahren“ – Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Letzter Tag der Ausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen“.

Sonnabend, 25. Juli, 15.30 Uhr, Heimatmuseum: Eröffnung der Ausstellung „Lieselotte Plangger-Popp – Aus dem graphischen Werk einer ostpreußischen Künstlerin“. Nach der Begrüßung folgt eine Einführung in Leben und Werk der Künstlerin (1913–2000), die auf dem Gut Karlsfelde in Treuburg geboren wurde, durch Dr. Jörn Barfod, Kustos im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Für die musikalische Umrahmung sorgen Peter Döring, Violine, (Berlin), und Dr. Eckhard Schlemminger, Viola, (Hamburg). Die Ausstellung ist bis zum bis 21. November zu sehen. Sie entstand in Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Reisebericht

Die diesjährige Fahrt begann für einige Teilnehmer am Mittwoch, 10. Juni, auf dem Flughafen Düsseldorf. Erstmalig und abweichend von früheren Busfahrten wurde ein Treffen in Warschau gewählt. Von dort startete die Gruppe mit einem Kleinbus am Donnerstag um 11 Uhr. Nach einer vierstündigen Fahrt erreichten wir das Ziel Lyck. Einige Teilnehmer nutzten die Flugverbindung, andere wiederum reisten individuell mit dem PKW an. Die Reiseleitung lag in den Händen von Heidi Mader, Sprecherin der Mittleren Generation. Sie begrüßte die Gruppe, bestehend aus 25 Teilnehmern, zum gemeinsamen Abendessen und erläuterte das weitere Programm der folgenden Tage.

Der erste Tag, der Freitag, begann mit einem Besuch unter Führung der Kreisvertreterin Frau Bärbel Wiesensee im Landratsamt. Die stellvertretende Landrätin Anna Iwaszko empfing uns sehr freundlich. Sie entschuldigte das Fehlen des Landrates und informierte uns über einige Aktivitäten und Vorhaben von Stadt und Land Lyck.

Landrat Marek Chojnowski überraschte alle Anwesenden mit seinem verspäteten Erscheinen und bei den folgenden Gesprächen entwickelte sich eine herzliche Atmosphäre, in denen immer wieder unser Kreisältester Gerd Bandilla erwähnt wurde. Die formellen Reden wurden von Rafal Zytyniec, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Museums in Lyck, gedolmetscht. Nach einem Fototermin auf den Stufen des Einganges übernahm Zytyniec die Gruppe und führte sie, mit vielen Erläuterungen, eineinhalb Stunden durch die Stadt. Zum Mittagessen kehrten wir beim Verein der Deutschen Minderheit am Wasserturm ein. Nach einem umfangreichen Mahl, mit den dazu passenden Getränken, sowie einer Besichtigungsmöglichkeit des Wasserturmes und freundschaftlichen Gesprächen verabschiedeten wir uns am späten Nachmittag.

Am Sonnabend stand der erste Teil einer Rundfahrt durch den Kreis Lyck, bei der möglichst alle Orte angefahren werden sollten, die mit den Teilnehmern in einer Verbindung stehen, auf dem Programm. Die Route führte uns über Fließdorf [Stare Juchy], Frauenfließ [Olszewo], Lisken [Liski], Laschmieden [Lasmiady], Bartossen [Bartosze], Mostolten [Mostolty], Morgengrund [Suczki], Baitenberg [Bajtkowo], Sareiken [Szarejki].

Auf dieser Tour gab es aus dem Kreis der Mitreisenden immer wieder persönliche Erklärungen. Busstopps wurden in Frauenfließ (Wohnhaus Armin Bellmann), Fließdorf (Aussichtsturm), Bartossen (Einkehr zum Mittagessen im Masurenhof) und Sarken [Bunelka] eingelegt.

Am Abend lud die Kreisgemeinschaft zu einem öffentlichen Konzert in die ehemalige große evangelische Kirche ein. Der Chor Kontrapunkt, unter der Leitung von Rafal Sulimy hatte Choräle und Gospelgesänge im Repertoire, die die zahlreich erschienenen Zuhörer mit viel Beifall bedachten, es war ein beeindruckendes Ereignis.

Der Sonntag begann mit der Kleinbahnfahrt durch die hügelige schöne Landschaft nach Vierbrücken [Sypitki]. Nach einem gemütlichen Picknick mit Bigos, Salat und Stockwürstchen, über dem offenen Feuer gegrillt, ging es zurück nach Lyck. Der anschließende zweite Teil der Rundfahrt durch den Kreis Lyck führte uns nach Stradaunen [Straduny], Gollen [Golubie], Wittingen [Popowo], Prostken [Prostki], Scharfenrade [Ostrykol]. Die Kirche, das Herrenhaus, die Mühle und der Friedhof in Stradaunen wurden bei einem kleinen Rundgang angesehen, in Scharfenrade besichtigten wir die sehenswerte Holzkirche. Nach diesen vielen gesammelten Eindrücken fuhren wir zum abendlichen Grillen an den Lepaker See und in fröhlicher Runde klang der erlebnisreiche Tag aus.

Am Montag war das Kennenlernen der „masurischen Wasserlandschaft“ angesagt: Nach einer einstündigen Schifffahrt um die Inseln auf dem Guziankasee ging es weiter nach Krutinnen. Krystyna Kosiol ließ es sich nicht nehmen, unsere Gruppe beim Staken auf der Krutinna zu begleiten. Mit einem auf dem Boot vorgetragenen Gedicht und einem Lied zeigte sie uns die Verbundenheit zur ostpreußischen Heimat.

Auch im Hotel Habenda wurden wir nach der Einnahme des Mittagessens von Frau Nosek mit einer kleinen Lesung masurischer Geschichten überrascht. Weiter ging es durch das Waldgebiet der Johannisburger Heide nach Nikolaiken, wo jeder für sich den zweistündigen Aufenthalt individuell gestalten konnte.

Zur freien Verfügung stand der Dienstag. So nutzte jeder auf seine Art den Tag für private Ausflüge, um im Archiv zu stöbern, zum Einkaufsbummel, für ausgedehnte Spaziergänge oder zum Ausruhen am See.

Am Mittwoch empfing uns Rafal Zytyniec am Kleinbahn-Bahn-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

hof und gab uns einen umfangreichen Einblick über das im Aufbau befindliche Museum und berichtete über den momentanen Stand der Arbeiten.

Der Nachmittag stand unter dem Motto, Lyck einmal von der Seeseite aus kennenzulernen. In drei Gruppen befuhren wir, nacheinander, in einem kleinen Motorboot, den Großen Lycksee bis zum Austritt des Lyck-Flusses. Ein imposantes Bild aus einer ungewohnten Perspektive auf die Stadt bot sich jedem einzelnen von dieser Perle Masurens.

Zum Ende dieser Reisezusammenfassung gibt es noch eine kleine Besonderheit zu berichten: Christel Lasarzik und Armin Bellmann haben sich nach einem gemeinsamen Schulbesuch (1959–1961) auf dieser Reise nach 54 Jahren wiedergesehen.

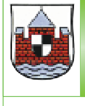
Nun folgte am Donnerstag, nach einer erlebnisreichen Woche, die Rückreise nach Warschau. Die Gruppe war etwas kleiner geworden, da einige Teilnehmer noch ein paar Tage in Lyck blieben. Der freundliche deutschsprachige Busfahrer hat uns vor dem Absetzen am Flughafen noch mit einer kleinen Rundfahrt durch Warschaus Altstadt überrascht. Am Abend landeten wir nach dieser für alle Teilnehmer sehr beeindruckenden Reise wieder gesund in Düsseldorf.

Vielen Dank für die Planung, Organisation und Durchführung dieser schönen Tage in Masurens Hauptstadt Lyck.

Bärbel Wiesensee



Beginn einer erlebnisreichen Woche: Die Reisegruppe in Lyck vor dem Landratsamt Bild: privat



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Herzog-Albrecht-Schule

Das Treffen der Herzog-Albrecht-Schüler fand vom 1. bis 3. Juni in Lübeck statt. Dank der guten Vorbereitung und Organisation durch den Schulsprecher, so Ingolf Koehler, war das Treffen interessant und inhaltsreich. Das ausgewählte Hotel Exelsior befand sich in kurzer Entfernung zum Stadtzentrum und in der Nähe zum Wahrzeichen der Stadt, dem Holstentor.

Das Treffen begann nach der Kaffeetafel mit dem Totengedenken für unseren verstorbenen Schatzmeister Klaus Quitschau. Viele Jahre hat Klaus Quitschau zur vollen Zufriedenheit der Schulgemeinschaft die Finanzen verwaltet. Am Vortag unseres Treffens am 31. Mai wäre Klaus 89 Jahre alt geworden. Er starb am 16. Februar. Seine Frau Elfriede nahm am Treffen teil. Auch Reinhold Gawehn hat uns verlassen, er starb am 18. Oktober 2014. Beide Schulkameraden wirkten sehr aktiv in der Schulgemeinschaft mit. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Im nächsten Tagungsordnungspunkt berichtete Siegfried Dannath-Grabs über Neuigkeiten aus unserer Heimatstadt Tilsit, vor allem über die feierliche Einweihung des Königin-Luise-Denkmals am 6. Juli 2014 im Park Jakobsruh. Sie erfolgte unter großer Anteilnahme der Bewohner von Sovietsk und vieler Gäste. Die Verehrung für Königin Luise ist riesengroß. Das kulturhistorische Erbe preußisch-deutscher Vergangenheit befindet sich bei den jetzigen Bewohnern der Stadt in guten Händen. Die Hohe Straße wurde als Fußgängerzone umgestaltet. Am Hohen Tor sind Straßenschilder in deutscher Sprache angebracht. Die neue Sporthalle nahe der Sommerstraße kann sich sehen lassen. Das Museum auf der Hohen Straße ist zu einem wichtigen Zentrum deutsch-russischer Geschichte geworden. Das beweisen die vielen Exponate im Museum. Unsere Stadtgemeinschaft Tilsit pflegt enge Kontakte zur Direktorin.

Nach dem Abendessen sorgte die Plachander-Stunde mit lustigen Beiträgen für einen gelungenen Schlusspunkt des Tages.

Am nächsten Tag holte uns ein großer Bus mit Stadtführer zur Stadtrundfahrt ab. Außer dem Stadtzentrum erhielten wir auch einen Überblick von den Außenbezirken dieser kulturhistorisch interessanten Stadt. Aus Lübeck stammen zwei Nobelpreisträger für Literatur, Thomas Mann und Günter Grass. Danach wurde die Stadterkundung zu Fuß fortgesetzt. Wir sahen den Markt mit der eindrucksvollen Fassade des Rathauses aus dem 13. Jahrhun-dert, die Marienkirche, das Buddenbrockhaus und das berühmte Haus der Schiffergesellschaft. Nach der Stadtführung wurde im Rathauskeller Labskaus gegessen, ein Seemannsgericht aus nordischen Ländern. Danach eilten wir zur Bootsanlegestelle, um eine Schifffahrt rund um Lübecks Altstadt zu erleben. Sie war ein besonderes Erlebnis. Den Hafen und die kulturhistorischen Bauwerke der Stadt konnten wir nunmehr mit fachkundigen Erklärungen des Bootsführers vom Schiff aus bewundern.

Nach dem „Dampferche fahren" hatten wir genügend Zeit, um individuelle Besorgungen machen zu können, zum Beispiel Lübecker Marzipan kaufen. Abends trafen wir uns im Vortragsraum des Hotels zum Lichtbildervortrag. Die Bilder von der Einweihung des Denkmals für Königin Luise und Fotos von den Sehenswürdigkeiten der Stadt Tilsit waren beeindruckend. Beifall gab es ebenso für die aktuellen Bilder des Tages, Stadtrundfahrt und Bootsfahrt. Wir sprachen auch über ein mögliches Schultreffen 2016. Wir sollten künftig Schultreffen mit den Heimattreffen der drei Nachbarkreise verbinden.

Am nächsten Tag wurde uns im Kaffee Niederegger ein interessanter Vortrag über die Herstellung von Marzipan geboten. Nach den interessanten Informationen folgte im Restaurant der süße Abschluss unseres Schultreffens: Es gab Marzipan-Nusstorte mit einer Tasse Kaffee. Mit leichtem Wehmut, aber sehr herzlich verabschiedeten sich die Teilnehmer. Danke an alle für ihr Kommen, danke an Ingolf Koehler für seine Zuschrift und Siegfried Schulz für seinen interessanten Bildbericht zum Lübecker Treffen.

Siegfried Dannath-Grabs, Schulsprecher

Treffen der Tilsiter

Austragungsort des diesjährigen Heimattreffens ist das Hotel „Esplanade" in 31542 Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8. Es findet am Sonnabend, 12. September, statt. Alle Tilsiter, die schon am Vorabend des Treffens angereist sind, treffen sich am Freitag, dem 11. September, ab 19 Uhr im Park-Hotel Deutsches Haus, 031542 Bad Nenndorf, Bahnhofstrasse 22 zur gemütlichen „Tilsiter Runde". Im Deutschen Haus können auch Übernachtungen gebucht werden. Das Park-Hotel Deutsches Haus verfügt über 40 Doppelzimmer und über fünf Einzelzimmer und ist unter Telefon (05723) 94370 zu erreichen. Es gibt weitere zehn Hotels in Bad Nenndorf zur Auswahl.

Am Sonnabend findet dann das Heimattreffen im Grand-Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8. gemeinsam mit unseren Nachbarn aus der Elchniederung und Tilsit-Ragnit statt. Es ist vom Deutschen Haus bequem in etwa 200 Metern Fußweg zu erreichen. Ab 9 Uhr ist im Hotel Esplanade Einlass. Ab 10 Uhr erwartet uns ein reichhal-tiges Programm. Nach der Eröff-nung, dem Geistlichen Wort, der Totenehrung und der Begrüßung durch die Kreisvertreter gibt es einen interessanten Vortrag „Na-turschutzgebiet Elchwald – gestern und heute" von Jürgen Leiste.

Von 11.30 bis 13 Uhr kann ein Mittagessen eingenommen werden. Danach hält der frühere Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, die Festrede. Um 14 Uhr veranstaltet der „Schaumburger Shanty-Chor" ein heiteres Konzert, welches anschließend in ein geselliges Beisammensein mit viel Zeit zum Plachandern übergeht. Gegen 17 Uhr wird die Veranstaltung zu Ende sein.

Bei einer Anreise per Bahn kann man ab Hannover Hauptbahnhof halbstündlich mit der S-Bahn nach Bad Nenndorf fahren. Vom Bahnhof bis zum Tagungshotel beträgt der Fußweg etwa 800 Meter. Taxen sind am Ort verfügbar. Es gibt auch eine Buslinie zum Hotel. Per Auto benutzt man von der A2 kommend die Ausfahrt Bad Nenndorf oder fährt über die Bundestraßen 65 oder 442 nach Bad Nenndorf. Parkplätze stehen am Tagungshotel oder Am Thermalbad (von dort kurzer Fußweg durch den Kurpark) zur Verfügung.

Liebe Tilsiterinnen und Tilsiter! Kommt nach Bad Nenndorf, solange Ihr noch gesundheitlich dazu in der Lage seid. Wir wissen, dass es mit jedem Jahr schwerer wird, lange Reisen zu machen, doch umso mehr gilt es, sich aufzuraffen, ehe es zu spät ist. Lasst uns zusammenkommen, um in geselliger Runde, bei Gesprächen und Begegnungen die Erinnerung an die Heimat wachzuhalten. In einer Zeit, wo man die Erinnerung an Ostpreußen zu tilgen versucht, dürfen wir das Land der dunklen Wälder nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Hans Dzieran

Schlösserfahrt

Eutin und Plön mit der Dittchenbühne

Die Tagesreise „Holsteinische Schlösser" des „Forum Baltikum – Dittchenbühne" wird am 30. August nach Eutin und Plön führen.

Eutin liegt inmitten der Holsteinischen Seenplatte im Naturpark Holsteinische Schweiz. Das dortige Schloss stammt in seinen Ursprüngen aus dem 12. Jahrhundert und wurde bis ins 18. Jahrhundert im Barock-Stil aus- und umgebaut. Es stellt die Keimzelle der Stadt dar und gehört neben Schloss Gottorf und dem Glücksburger Schloss zu den bedeutendsten höfischen Profanbauten des Landes.

Schönstes Schloss Schleswig Holsteins

Plön liegt am Großen Plöner See in der Holsteinischen Schweiz. Das Plöner Schloss aus dem 17. Jahrhundert ist Wahrzeichen der Stadt. Heute betreibt dort das Optikunternehmen Fielmann eine Akademie für das Optikerhandwerk. Das Schloss und das weitläufige Schlossgebiet gehören zu den schönsten Schlossanlagen in Schleswig-Holstein.

Beide Schlösser stehen auf dem Besichtigungsprogramm der Bildungsfahrt des „Forum Baltikum – Dittchenbühne" – jeweils mit den entsprechenden Führungen. Nähere Informationen und Anmeldungen im Büro des Vereins unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Das „Forum Baltikum – Dittchenbühne" ist ein 1982 gegründeter Verein mit Sitz in Elmshorn. Seine rund 1000 Mitglieder haben es sich unter anderem zum Ziel gemacht, die interkulturelle Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten zu fördern, die Kulturgüter der ehemals deutschen Ostgebiete zu pflegen und weiterzuentwickeln sowie ein Kinder- und Erwachsenentheater zu betreiben. Zu den Aufführungen kommen jährlich etwa 16 000 Besucher.

Die Arbeit des Forums ist über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt und gilt vielen als vorbildlich. So besuchte am 1. Juli auch eine finnische Delegation die Veranstaltungsräume in der Elmshorner Sudermann-Allee 50. Weitere Informationen: www.dittchenbuehne.de

Gedenkfeier

Auf dem dänischen Friedhof Fourfeld

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) veranstaltet am 8. August ab 11 Uhr auf dem Friedhof Fourfeld im dänischen Esbjerg eine Gedenkfeier. Anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsendes soll an die Flüchtlinge erinnert werden, die während ihrer Lagerzeit in Dänemark verstorbenen sind. Der VDK-Landesverband Schleswig-Holstein organisiert hierzu zwei Tagesfahrten – ab Kiel beziehungsweise ab Schleswig/Flensburg (Weitere Informationen: Telefon 0431/ 9066190, oder per E-Mail: info@volksbund-sh.de.)

Erinnerung an deutsche Flüchtlinge

Auf dem Friedhof Kirkegaard Fourfeld Gravlund liegen außer alliierten Kriegstoten in zwei verschiedenen Abteilungen 1301 deutsche Kriegstote. Es sind 1150 Soldaten sowie 151 Flüchtlinge, die 1945 und danach dort bestattet worden sind. Die Gräber waren früher durch niedrige Natursteine mit Grabnummern gekennzeichnet. 1969 wurden die Steine durch Kreuze aus Naturstein ersetzt.

Etwa 240 000 deutsche Flüchtlinge lebten nach Ende des Zweiten Weltkriegs auf dänischem Boden. Etwa die Hälfte waren Frauen, ein Drittel Kinder und Jugendliche, der Rest meist Männer über 70 Jahre. Zwischen Februar und Mai 1945 waren diese Flüchtlinge und zehntausende verwundete Soldaten aus den östlichen deutschen Gebieten vorwiegend über die Ostsee nach Dänemark gebracht worden. Erst im Laufe des Jahres 1946 durften die ersten Flüchtlinge Dänemark zunächst in die britische Besatzungszone verlassen.

Tun sie etwas, Herr Präsident!

Nun reicht's. Einen zornigen Brief hat Klaus Zinke aus Neubrandenburg an den Kreistagspräsidenten des Landkreises Mecklenburgische-Seenplatte, Thomas Diner, geschrieben. Der Anlass: Zum dritten Mal wurde der Gedenkstein für die Vertriebenen an den Wallanlagen im Ort Neubrandenburg geschändet. Unbekannte hatten ihn mit schwarzer Farbe übergossen.

Der ehemalige Agrarwissenschaftler Zinke gehört zu den Heimatvertriebenen, die sich dafür eingesetzt hatten, den Gedenkstein 2009 zu errichten. Hier ist sein Brief in leicht gekürzter Form:

Sehr geehrter Herr Kreistagspräsident,

in der heutigen Ausgabe des „Vier-Tore-Blitz", einer wöchentlich kostenlos auch in Neubrandenburg erscheinenden Zeitung, wird auf der Seite 3 über die Bildung eines Programms zu „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" informiert und Sie als Kreistagspräsident zum gewählten Vorsitzender eines Begleitausschusses bekannt gegeben.

Beim genauen Studium dieser Mitteilung ist mir aufgefallen, dass der Linksextremismus im Vorhaben der Veröffentlichung gar nicht erwähnt wird, obwohl auch dieser laut Bericht des Innenministers in Mecklenburg-Vorpommern stark zugenommen hat, auch in Neubrandenburg.

Die Heimatvertriebenen des Zweiten Weltkrieses sind der Meinung, dass die mehrfachen Schändungen unseres Vertriebenen-Gedenksteines an der Historischen Stadtmauer von Neubrandenburg nicht von Rechtsradikalen verübt worden sind – zuletzt sogar 70 Jahre nach Kriegsende – sondern die Täter dem „Linken Spektrum" angehören.

Nach Abstimmung mit mehreren meiner Schicksalsgefährten möchte ich deshalb anregen, auch „Aktiv gegen Linksextremismus" (besser noch gegen Extremismus in all seinen Facetten) als Eckpunkt in der Strategie des Landkreises zu verankern.

Über eine Rückmeldung unserer Anregung würden sich die Heimatvertriebenen freuen.

Mit heimatlichen Grüßen
Ihr Dr. Klaus Zinke





Oben: Nach zwei Schändungen wurde der Gedenkstein zu Pfingsten aufwendig wieder hergestellt.
Unten: Jetzt übergossen ihn Unbekannte schon wieder mit schwarzer Farbe Bilder: Finke

»Gewinn für ein erfülltes Leben«

Die 70. Wallfahrt der Heimatvertriebenen und Aussiedler nach Walldüren

Fast scheint es im Rückblick unglaublich, dass sich bereits am 2. Juli 1946 (Mariä Heimsuchung) erstmals Tausende Heimatvertriebene zu dieser Wallfahrt trafen. Ins Leben gerufen hat sie die Ackermann-Gemeinde, eine Gemeinschaft der katholischen Kirche für mitteleuropäische Nachbarschaft. Sie setzt sich für die Versöhnung und die Gestaltung der Nachbarschaft mit Tschechien und der Slowakei ein. Hauptzelebranten des Gottesdienstes waren in den Jahren nach 1946 unter anderem Kardinal Julius Döpfner, der Freiburger Erzbischof Hermann Schäufele sowie nach 1989 der Bischof in Nowosibirsk, Joseph Werth. Denn auch die weiteren Heimatvertriebenen und Aussiedler – darunter Donauschwaben, Russland- und Karpatendeutsche – sollten einbezogen werden.

Festredner bei der Glaubenskundgebung waren unter anderem Bundespräsident Heinrich Lübke, Ministerpräsident Hans Filbinger, der langjährige Bundesvorsitzende der Ackermann-Gemeinde Josef Stingl oder auch Franz-Josef Strauß.

Das diesjährige Motto der 70. Wallfahrt der Heimatvertriebenen und Aussiedler zum Heiligen Blut im nordbadischen Walldürn vom 19. bis 21. Juni lautete „Damit wir das Leben haben“. Start war in der Johannes-Nepomuk-Kirche in Eberbach, die erste Etappe betrug etwa 18 Kilometer und führte bis Balsbach. Die zweite, etwa 21 Kilometer lange Strecke, ging über Hollerbach nach Hainstadt. Von dort waren es am Sonntag nur noch acht Kilometer bis Walldürn. Bei einigen Stationen am Wege gab es Texte zur Meditation. Impulse für das Leben sollten sie bieten.

Schmerz und Verlust vor Gott tragen

„Die Gemeinschaft ist ganz wichtig. Aber auch die Möglichkeit, sich über Erfahrungen des Glaubens auszutauschen und damit einen Gewinn für ein erfülltes Leben zu erhalten“, beschreibt Ludwig Weiß, Geistlicher Beirat der Freiburger Ackermann-Gemeinde, die Intentionen der Fußwallfahrt und der Vertriebenenwallfahrt insgesamt.

In seiner Predigt in der Basilika in Walldürn verwies Alt-Erzbischof Zollitsch, selbst nach 1945 aus seiner Heimat Filipovo (ehemaliges Jugoslawien) vertrieben, auf den neuen Gedenktag, der erstmals bundesweit am 20. Juni für die Opfer von Flucht und Vertreibung begangen wurde. Die größte Flucht und Vertreibung in der Geschichte habe zwischen 1944 und 1947 stattgefunden, stellte er fest. „Die Kirche hat von Anfang an zu Wallfahrten eingeladen. Es galt, sich zu treffen und das Schicksal, den Schmerz, die Trauer, die Last, den Verlust der Heimat, das Heimweh vor Gott zu tragen“, so Zollitsch.

Der neue Gedenktag könne dazu beitragen, der Gefahr des Vergessens und Verdrängens zu begegnen. Die 70 Jahre seit Kriegsende würdigte Zollitsch für Mitteleuropa als eine „Geschichte von Versöhnung“. Die Vertriebenen bilden für ihn eine Brücke für ein neues Miteinander – vor allem in Richtung der Herkunftsländer. Den Wallfahrern empfahl er die Verbundenheit mit dem „Gott der Versöhnung und des Brückenbaus“. Auch auf die aktuelle Flüchtlingswelle ging er ein. „Wir Heimatvertriebenen und Nachkommen von Vertriebenen, die Spätaussiedler wissen, was es heißt, als Flüchtling oder Aussiedler anklopfen zu müssen und in einer neuen Umgebung Wurzeln zu schlagen.“ Er sei dankbar, „dass der Großteil der deutschen Bevölkerung offen ist für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern.“

Den Beitrag der Vertriebenen zum Aufbau und zur Entwicklung des Landes Baden-Württemberg und Deutschlands würdigte in seiner Rede Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel. Wichtig sei, „aus der Kriegs- und Vertreibungszeit zu lernen“, erklärte der frühere Regierungschef von Baden-Württemberg. Angesichts der heutigen Flüchtlingsproblematik sprach sich Teufel für Asylgewährung für tatsächlich Verfolgte aus, machte aber auch klar, dass Deutschland und weitere EU-Länder nicht die Armutsprobleme der Welt lösen können. Deshalb plädierte er für eine den jetzigen Verhältnissen angepasste Entwicklungshilfe durch Leistung persönlicher Hilfen vor Ort. *Markus Bauer*



Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel würdigte den großen Beitrag der Vertriebenen am Wiederaufbau Bild: Bauer



Nach drei Tagen angekommen: Die Wallfahrer in der Basilika von Walldüren Bild: Bauer



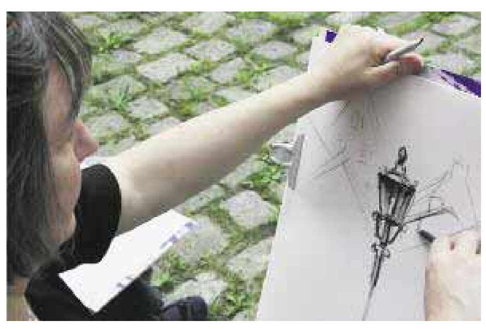
Zeichnen lernen

Kurs im Ostpreußischen Landesmuseum

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg bittet zur Sommerakademie. „Die Kunst der Zeichnung“ steht dabei vom 27. bis 31. Juli, täglich zwischen 13.30 und 16.30 Uhr, im Vordergrund. Die Künstlerin Elena Steinke wird die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei professionell begleiten, beraten und anleiten. Ein kunstgeschichtlicher Rückblick führt zunächst ein in die Theorien der Zeichenkunst. Die lebhaften Kulissen der Stadt Lüneburg mit ihren Cafés, Innenhöfen und Grünanlagen schaffen die bestmöglichen Arbeitsbedingungen, um frei zu skizzieren. Am Ende der Woche wird jeder Teilnehmer ein volles Skizzenheft mit Naturkreidezeichnungen auf getöntem Papier von seinen vielen Eindrücken und Gedanken mit nach Hause nehmen können.

Das Programm ist gleichermaßen für Anfänger und Fortgeschrittene geeignet. Es kann auch zur Vorbereitung auf das Kunstabitur genutzt werden. Kosten inklusive Material: 150 Euro.

Infos und Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-mail: info@ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmsuseum.de



Skizzenzeichnung: „Als flüchtigen Eindruck vom Leben und der Welt um uns herum“, möchte die Künstlerin Elena Steinke sie den Kursteilnehmern nahebringen Bild: Landesmuseum

Ausgewählte Sendungen des Ostpreußischen Rundfunks (OPR)

Walter T. Rix: Ostpreußen im Ersten Weltkrieg:
https://www.youtube.com/watch?v=GiopkiCJeDI

Dr. Rix über sowjetische Angriffspläne auf Deutschland und den Westen:
www.youtube.com/watch?v=-EGZ8KBjj0c

Dr. Rix: Tauroggen 1812: Vorgeschichte, Konvention und Wirkung:
www.youtube.com/watch?v=cQGFHfurnhg

Videobeiträge des BJO auf einen Blick:
www.youtube.com/playlist?list=PLWcbDn4WmKFF87CIn5WUMhenO5u79sfSa

Schwedenrätsel

Schreibgerät; Sitz- und Liegemöbel; Bereich innerhalb der Kirche; Angreifer; Heidekraut; Frauenname; Reihenfolge aller Schriftzeichen; Nebenmeer des Atlantiks; Materialsplitter; speziell zu diesem Zweck; schöpferisch, neuartig; Aristokratie; Blumenfülle; Nervenzentrum; Schall wahrnehmen; Höhen-, Tiefenbereich (Musik); Skilanglauf: Bahn, Spur; engl. Seefahrer (Walter); scherzhaft: Verstand; jap. Form der Selbstverteidigung; Anzeige, Ankündigung (Wirtsch.); nicht außen; wörtliche Wiedergabe; Dressur von Tieren; Zierpflanze, Pelargonie; Fluss zur Seine; Segel am hintersten Mast; Schiffsbelader; Verbannung; Verbannungsort; Geräuschinstrument; veraltet: zu keiner Zeit; Nutzfisch, Kaviarlieferant; durch, mit (lateinisch); blassroter Farbton; Hauptstadt von Tunesien; Gespenstertreiben; lange, schmale Vertiefung; Palast (französisch); Trinkgefäß für Heißgetränke; ein Erdteil; Inselgruppe im Atlantik; intolerant; Währung verschiedener Länder; Vorteil, Vorzug; blutstillendes Mittel; erfahren, bewandert; auch, desgleichen; Kurort in Südtirol; Hühnerprodukt; Farbe; Stadt in Norditalien; Horntier; einst, früher; südamerikanischer Strauch; Schauspiel-, Ballettschüler; Bücherfreund; Abonnent; durchsichtiger Schnaps (ugs.); ab-, zumessen (Arzneimenge); folgerichtig; elegant; gewitzt (engl.); Wort zur Begrüßung; Viper, Giftschlange; Feuer speiender Berg; Ebereschenart; Geleitzug; großer schwarzer Vogel; Segelbefehl; Kartenspiel; franz. unbestimmter Artikel; Kobold, Zwerg; Wildrind; Sehhilfe; römischer Dichter; Amtstracht; Schlagart auf Trommeln; auch, überdies; außerordentlich; Qualm; asiatische Raubkatze; schwerer Vertrauensbruch; Fähigkeit zur Wahrnehmung; frühere engl. Anrede: Frau; Empfehlung; Name zweier Flüsse z. Rhein; Göttervater der altnord. Sage; Gewürz-, Heilpflanze; Filmreportage (Kurzwort); ugs.: amerikanischer Soldat; Auszubildender; gleichförmiger Ablauf im Leben; dehnen, langmachen; Überschrift; Gleichklang im Vers; Blechblasinstrument

PAZ15_28

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Neckar, 2. Ballen, 3. Cannes, 4. ernten, 5. Bergen, 6. Spross – Nantes, Rennes

Kreiskette: 1. Kassel, 2. Status, 3. Gattin, 4. Elanin, 5. Platte – Kastagnette

Sudoku:

Sudoku

2								8
	4		3		7		6	
	1	9				2	5	
3			9		8			6
8	9						3	7
4			6		1			2
	8	4				7	2	
	3		4		2		8	
6								4

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

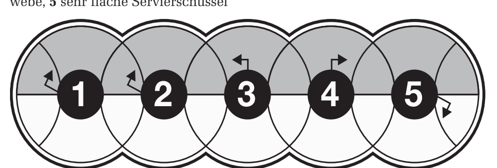
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei französische Städte.

1 Fluss zum Rhein
2 Stoffrolle
3 franz. Kurort an der Riviera
4 Früchte einbringen
5 Hafenstadt in Norwegen
6 Trieb, Schössling

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Rhythmusinstrument.

1 Stadt in Hessen, **2** Vermögensstand, **3** Ehefrau, Gemahlin, **4** gazeartiges Gewebe, **5** sehr flache Servierschüssel



Memelwasser und Masurengeist

Bärenfang, Pilkaller und anderes Hochprozentiges in Ostpreußen? Dazu gibt es eine Menge zu erzählen


Foto: Bildarchiv Ostpreußen, www.bildarchiv-ostpreussen.de

Zwischen 1920 und 1936 entstand dieses Foto: Das Getreide auf Gut Tollmingen, Kreis Goldap, ist in der Scheune. Für die Arbeiterinnen gibt es ein Gläschen Schnaps


Geschäftsabschlüsse besiegeln, Schicksalsschläge verdauen, Spaß haben: Ein Glas Hochprozentiges war auch im Land zwischen Memel und Weichsel für viele Gelegenheiten bestens geeignet. Manchmal ersetzte es sogar das Abendessen Bild: MRK

Zu den bekanntesten kulinarischen Spezialitäten Ostpreußens zählt der Bärenfang, auch Meschkinnes genannt. Der Honigschnaps wurde in Ostpreußen meistens aus hochprozentigem Alkohol selbst hergestellt. Laut Originalrezept soll der Honig in nahezu 100-prozentigem Alkohol aufgelöst werden, worauf man Zimt, Vanille, Nelke und einen Schuss Wasser hinzu gibt. Dieser Trunk, ob frisch oder abgelagert, wirkt garantiert wie ein Kracher. Deutlich weniger stark und bei den Landmenschen beiderlei Geschlechts allgemein beliebt waren seinerzeit süße Obstweine aus eigener Zubereitung, allen voran der Wein aus Kruschken (Wildbirnen). Am meisten trank man in Ostpreußen aber klaren hochprozentigen Schnaps. Weit verbreitet war das illegale Schnapsbrennen, „Hausbrand“ genannt, ebenso wie der Tabakanbau. Für viele Menschen war beides eine wichtige Verdienstquelle.

„Es trinkt der Mensch, es säuft das Pferd, in Pillkallen ist es umgekehrt!“ Der Pillkaller Machandel oder kurz Pillkaller ist ein Doppelter, Korn oder Aquavit, serviert mit einer Scheibe würziger Leberwurst und einem Klacks Mostrich darauf. Genossen wurde der Pillkaller meistens in fröhlicher Runde, weil es sich dann besser erzählt, wie man so schön sagte; und manchmal ersetzte er das Abendessen. Dazu passend gab es den Spruch: Wenn Schnaps ausgeschenkt wird, dürfen Witze nicht fehlen. Einer von vielen Anlässen, um sich ein Gläschen Schnaps angedeihen zu lassen, war, „einen auf den Schreck zu trinken“, ein anderer, einen Geschäftsabschluss zu besiegeln. Bei Schicksalsschlägen und bei der Verdauung halfen ebenfalls Schnaps und Likör. Wenn das Getreide eingefahren war, wurde zur Belohnung traditionell Tabak und Schnaps ausgeteilt.

Auf die sprichwörtlichen Schnapsnasen der harten Trinker zielte ein Spottvers ab: „Et weer e Schmidt ut Klurkeningke, der hat e mächtig groote Zinke, un wull er moal wo goahne, so bleewe alle stoahne./Und ärgert ihm sein Zinke, so geht er eenem drinke, un emmer gretter woard sien Zinke.“

Viertelliter Weingeist für 80 Pfennig

In seinem einzigartigen Buch „Die versunkene Welt“ erzählt der mit dem Paul-Celan-Preis ausgezeichnete Schriftsteller Klaus-Jürgen Liedtke so manche amüsante Schnapsgeschichte von dem ostpreußischen Dorf Kermuschienen, Kreis Angerapp, und den Menschen im nordöstlichen Ostpreußen (Preußisch-Litauen). Auf dem Gut Medunischken in der Nähe von Kermuschienen machte seinerzeit die Gutsbesitzerfamilie von Altenstadt mit der Schnapsbrennerei ein großes Geschäft. Gebrannt wurde Kornus, neunzigprozentiger Weinsprit. Nicht selten war der Zoll vor Ort, damit nicht geschummelt wurde. Aber irgendwie gelang es doch immer, etwas abzuzweigen, und da war der Gutsinspektor der beste Gast. Auch die Deputanten holten sich vom Gutshof Schnaps, der zu Hause gezecht wurde. In der Kreisstadt Darkehmen kostete ein Viertelliter Weingeist beim Händler 80 Pfennig bis 1,10 Mark. Den Inhalt einer Literflasche mengten die Instleute und Deputanten in der Frühstückspause mit etwas Wasser und zwitscherten das Getränk vor dem Essen.

In den Gastwirtschaften der kleinen Städtchen waren Bier und Schnaps die gängigsten geistigen Getränke, denen auch die „Herren“ von den Gutshöfen zusprachen, also alle, die von den einfachen Leuten mit „Herr“ angeredet wurden. Im kultivierten eigenen Heim wurde den Gästen üblicherweise Wein und Cognac eingeschenkt.

An eisigen Wintertagen erwärmten sich wartende Kutscher auf den Schlitten mit dem Inhalt eines Flachmanns, oder sie kehrten in eine Gastwirtschaft ein, wo ein steifer Grog schnell wieder Leben in die müden Glieder brachte. Auch die kurischen Fischer mussten sich bei Regen, Wind und Sturm aufwärmen und dabei wachbleiben. Dabei half ihnen der Kurenkaffee. Ursprünglich bestand er aus Warmbier, gemischt mit Schnaps und Kaffee. Zum Einkehren und Aufwärmen luden die Gastwirtschaften mit einem breiten Angebot an Spirituosen ein. Dazu gehörte, neben dem Meschkinnes, Memelwasser mit Grundeis (Schnaps mit Würfelzucker und Kaffee), Nikolaschka (Cognak- oder Brandweinverschnitt mit Zitronenscheibe und Kaffeepulver), Danziger Goldwasser, Glühwein, einfachem und doppeltem Korn, Masurengeist und Rotwein, natürlich auch der Grog, der bei klirrender Kälte fast unverzichtbar schien. Dazu griffen die gruppenweise einkehrenden Jäger, Holzfäller, Flößer und Fuhrleute nach einem Schlubberchen (Gläschen) Korn. In den Krügen fanden die Sitzungen der Raiffeisen- und Molkereigenossenschaften statt, wobei „ein wärmendes Getränk“ ebenfalls willkommen war. Bei der Herstellung eines zünftigen Grogs wurde kochend heißes Wasser in das vorgewärmte Grogglas eingefüllt, danach der Zucker schnell eingerührt. Zuletzt kam mit dem aromatischen Rum die wichtigste Zutat hinein, manchmal auch Arrak oder Weizenkorn. Auf die je nach Belieben schwankenden Anteile von jeder Zutat bezieht sich das bekannte Motto „Wasser kann, Zucker soll, Rum muss!“.

»Speck verlangt nach Schnaps«

Zum bekannten Königsberger Fleck, dem Gericht auf der Basis von Rindermagen, gehörte unverzichtbar Schnaps, so wie ganz allgemein zur bevorzugten deftigen Kost. Darauf bezog sich das Lamento eines Geistlichen über die Ess- und Trinkgewohnheiten der Masuren im 19. Jahrhundert. Speck und Schmand, Schmalz und Aal, all das verlange nach Schnaps, und Schnaps will wiederum Fett, lautete seine Klage. Darin erkannte er einen regelrechten Teufelskreis.

Seit alters her spielte der Schnaps auch in der Medizin eine bedeutende Rolle. Als das angenehmste und einfachste Mittel, jemanden vom Fieber zu befreien, galt im 19. Jahrhundert noch: Schnaps trinken, „doch der Schnaps muss ungemessen sein“. Man ließ auch diverse Pflanzen und Kräuter wie zerquetschte „fette Gänschen“ in Schnaps ziehen und trank den Abzug. Es schmeckte überaus bitter.

Dagmar Jestrzemski

Der Berg ruft noch immer

Wettrennen zum schönsten und tödlichsten Alpengipfel – Vor 150 Jahren wurde das Matterhorn erstmals bestiegen

Seit Ewigkeiten hätte die Menschheit das Matterhorn besteigen können. Doch am 14. Juli 1865 musste es plötzlich ganz schnell gehen. Zwei Bergsteigergruppen lieferten sich ein Duell um die Erstbesteigung – und am Ende stand ein Brite als Erster ganz oben.

Wer in diesen Tagen in Zermatt bei gutem Wetter noch vor Sonnenaufgang zum Matterhorn hinaufblickt, wird Zeuge eines seltsamen Schauspiels. Entlang des Nordostgrats windet sich eine Lichterkette nach oben, die den Berg illuminiert als wäre er Teil eines Kunstprojekts. Es ist die Prozession von bis zu 100 Bergsteigern, die mit ihren Stirnlampen den dunklen Fels erhellen, um im steilen Anstieg sicheren Tritt zu finden. Etwa 3000 von ihnen versuchen jede Saison den „Horu“, wie das Matterhorn auf Walliserdeutsch heißt, zu bezwingen.

In diesem Jahr wird der Andrang auf den wohl meistfotografierten Berg der Alpen, der von Zermatt aus gesehen wie eine einsame Felspyramide majestätisch aus der Umgebung herausragt, noch größer sein. Das Jubiläumsjahr der Erstbesteigung soll die Vita vieler Hobby-Bergsteiger zieren wie der Stern auf mancher Nobelkarosse. Das Matterhorn ist der Schweizer Premiumberg, die S-Klasse. Wer von sich behaupten kann, auf dem zwölfthöchsten Alpengipfel gestanden zu haben, erntet unter Laien häufig mehr Anerkennung als für die Besteigung des Mont Blanc.

Vom Tal aus gesehen scheint der Aufstieg auf den 4478 Meter hohen Gipfel schier unmöglich. Fast senkrecht ragen Nord- und Ostwand in den Himmel, und zu messerscharf wirken die Felsgrate von unten, als dass man an ihnen entlang den Berg erklettern könnte. Tatsächlich ist aber für geübte Kletterer der Aufstieg auf den Gipfel nahezu ein Kinderspiel. In Zermatt kann jedermann, der sich im Gebirge einigermaßen trittsicher fühlt, eine geführte Tour buchen. Das Alpincenter bietet dafür Privatbergführer an. Kosten pro Person: 1215 Schweizer Franken. Gondelfahrt und Übernachtung auf der Hörnlihütte in 3260 Metern noch nicht mal inbegriffen!

Von der Hütte aus benötigt man vier bis fünf Stunden für die 1218 Höhenmeter hinauf zum Gipfel. Wenn sich an den schmalsten Stellen die Bergsteigerschlange staut, kann es deutlich länger dauern. Die Tour führt über die Normalroute am Nordost- oder Hörnligrat entlang, die auch der Erstbesteiger Edward Whymper vor 150 Jahren schon gewählt hatte. Sind heute die gefährlichsten Stellen mit Fixseilen gesichert, an denen man sich mit Karabinerhaken einhängen kann, so mussten sich Whymper und seine Gruppe mit primitiver Ausrüstung – schweren Sicherungsseilen, klobigen Eispickeln und dünnen Schuhwerk – einen Weg hinauf bahnen. Erst nach mehreren Anläufen wagte Whymper den Aufstieg von der Schweizer Seite aus, den er zuvor noch als zu schwierig eingeschätzt hatte.

Was sich am 14. Juli 1865 am Matterhorn ereignete, war ein Krimi, der bis heute die Gemüter bewegt. Ursprünglich als Graveur und Xylograf – ein verwandter Beruf des heutigen Buchillustrators – eines britischen Verlegers in die Alpen gekommen, begann sich Whymper mit 21 Jahren fürs Bergsteigen zu interessieren. In den Jahren 1864 und 1865 gelangen ihm die Erstbesteigungen von fünf großen Alpengipfeln. Doch sein großes Ziel war das Matterhorn, das er seit 1861 jährlich zu besteigen versuchte. Von der italienischen Seite des dort Monte Cervino genannten Matterhorns hielt der Londoner den Aufstieg für am ehesten möglich. Im direkt am Grenzberg gelegenen italienischen Bergdorf Breuil machte er die Bekanntschaft mit dem aus dem Aostatal stammenden Gemsenjäger Jean-Antoine Carrel, der ihn auf den Gipfel führen sollte. Doch entweder scheiterte man am Wetter, oder der südwestliche Liongrat erwies sich als unüberwindlich, oder Carrel erfand Ausflüchte, um nicht einem Briten die Gipfelehre widerfahren zu lassen.

Bei seinem achten Aufstiegsversuch erfuhr Whymper 1865 in Breuil zufällig, dass Carrel die Ausrüstung für eine italienische Expedition vorbereitete, die den Gipfel zu Ruhm und Ehre des Königreiches Italien erstbesteigen wollte. Whymper war alarmiert, hatte aber das Glück, in Breuil den englischen Adeligen Lord Francis Douglas anzutreffen, der mit den beiden Bergsteigern Peter Taugwalder Vater und Sohn unterwegs war. Alle drei konnte er sie zu einem Gipfelangriff von der Schweizer Seite aus überzeugen. Nach der Überquerung der Grenze trafen sie in Zermatt auf eine weitere Gruppe von drei Personen, mit der sie das Abenteuer wagen wollten. Dass mit dem Briten Douglas R. Hadow ein recht unerfahrener Kletterer dabei war, sollte sich später rächen.

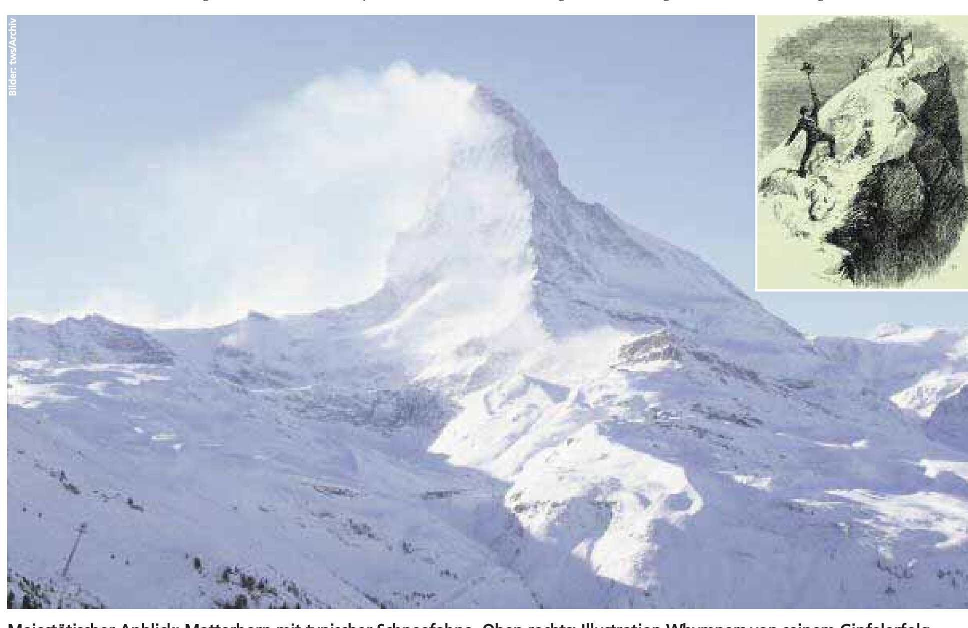
Zunächst verlief der Aufstieg der Siebenergruppe inklusive Biwaknacht reibungslos. Um nur ja vor den Italienern auf dem Gipfel zu sein, machte sich Whymper von seiner Seilschaft los und stürmte die restlichen Meter allein auf die Spitze zu. Oben sah er knapp 200 Meter unter sich Carrel und Co. Die Szene, wie er höhnend nach unten schrie und Felsbrocken auf die Italiener warf, ist verbürgt. Luis Trenker verwendete sie wirkungsvoll in seinem Film „Der Berg ruft“ von 1938.

Als hätte er eine nationale Niederlage erlitten, brach Carrel den Aufstieg ab. Er aber hätte an diesem Tag zum Triumphator werden können. Denn ein Berg gilt erst dann als bezwungen, wenn alle unten heil wieder ankommen. Beim Abstieg starben aber vier Mitglieder von Whympers Seilschaft, als Hadow ausrutschte und drei weitere Gefährten mitriss. Taugwalder senior band das dünne Seil, an dem alle verbunden waren, noch geistesgegenwärtig um einen Fels. Doch die Last der vorderen vier war zu groß. Es riss, als es sich spannte. Oder hat Whymper das Seil, um nicht mitgerissen zu werden, durchgeschnitten? Bis heute ist dieser Fall XY ungelöst. Im Zermatter Matterhornmuseum wird der legendenumwobene Strick seitdem wie eine Reliquie aufbewahrt.

Über 1000 Meter stürzten die vier in die Tiefe. Die Leiche von Lord Douglas ist bis heute nicht gefunden worden. Seitdem gilt das Matterhorn als der tödlichste Berg der Alpen. Seit der Erstbesteigung verging kein Jahr ohne Todesfolge. 515 Menschen sind seither am Matterhorn gestorben. Wer den Berg heute auf der Normalroute besteigt, stößt auf viele Gedenktafeln mit den Namen toter Bergsteiger. Die meisten von ihnen starben beim Abstieg.

Als Whymper mit den beiden Taugwalders das Tal erreichte, war er ein gebrochener Held, der sich von dieser Tragödie nie wieder erholte. Queen Victoria erwog sogar, allen Landsleuten den Alpinismus zu verbieten. Briten, so meinte sie, sollten besser auf dem Schlachtfeld sterben. Trotzdem wurde das Ereignis als nationaler Triumph vermarktet. Es kam aber nicht von ungefähr, dass Luis Trenker im Film „Der Berg ruft“ nicht die Lichtgestalt Whymper, sondern Carrel spielt. Nur drei Tage nach Whymper gelang ihm nämlich die zweite Besteigung, wobei er seine Seilschaft wieder gesund ins Tal führte. Whymper war der Erstbesteiger, aber Carrel mit seinen Leuten der Erstbezwinger. 25 Jahre später starb er. Wo? Am Matterhorn! Nach einem durch einen Wettersturz abgebrochenen Aufstiegsversuch verstarb er an Erschöpfung. *Harald Tews*

Anlässlich des Jahrestags findet vom 11. Juli an in Zermatt eine Jubiläumswoche mit dem Theaterstück „Matterhorn Story“, einer Sonderausstellung und der Wiedereröffnung der Hörnlihütte statt. Info: www.zermatt.ch/150



Bilder: tws/Archiv

Majestätischer Anblick: Matterhorn mit typischer Schneefahne. Oben rechts: Illustration Whympers von seinem Gipfelerfolg

Ein Würstchen für den Nachbarn

Des einen Freud, ist des anderen Leid – Dass im Sommer die Partygrille heißlaufen, schmeckt vielen nicht

Für viele Grillfans beginnt mit dem Sommer die schönste Zeit des Jahres. Ob günstiger Einweggrill, kleiner Dreibein-Grill oder Profi-Gasgrill – viele könnten jedes Wochenende grillen, egal ob im Park, im Schrebergarten oder auf dem eigenen Balkon. Doch was des einen Freud, ist bekanntlich des anderen Leid. Manch Nachbar oder Mitbürger ärgert sich über Rauch, Lärm und Dreck. Bevor man seinen Grill in der Nähe geruchsempfindlicher Nachbarn aufstellt, sollte man deshalb die rechtlichen Grundlagen kennen. Sonst kann es Ärger geben.

Es gibt kein allgemeines Gesetz darüber, wie oft gegrillt werden darf – selbst Richter sind sich uneinig und haben verschiedene Urteile gesprochen. „Das Landgericht München (Az. 15S 22735/03) befand im Jahr 2003, dass Grillen im Sommer üblich sei und deshalb von den Nachbarn hingenommen werden müsse“, sagt der Ibbenbürener Fachanwalt Marc Schrameyer. Die Grenze sei allerdings dann erreicht, wenn es zu erheblichen Belästigungen oder Beeinträchtigungen der Nachbarn komme. Was aber nicht heißt, dass diese nicht eine gewisse Anzahl an Grillabenden akzeptieren müssten.

Das Amtsgericht Berlin-Schöneberg entschied in einem Urteil aus dem Jahr 1996, dass es erlaubt ist, 20 bis 25 Mal im Jahr zu grillen. Wenn der Vorgang nicht länger als zwei Stunden dauerte und nicht über 21 Uhr hinaus gehe, sei eine Belästigung der Nachbarschaft nicht gegeben, so der Richter (Az. 15S 22735/03). „Das Arbeitsgericht Bonn hält das Grillen einmal im Monat für zulässig, wenn die übrigen Hausbewohner zwei Tage vorher darüber informiert werden (WuM 97,325).

Das Amtsgericht Westerstede hält zweimaliges Grillen pro Monat auch ohne Ankündigung für vertragsgemäß (NZM 2010,336), erklärt der Münchener Rechtsanwalt Mathias K. Stenger das Dilemma der Allgemeingültigkeit. Die Urteile gehen stets auf die Beeinträchtigungen im konkreten Fall ein und können deshalb unterschiedlich ausfallen. Wer trotz nachweislich starker, belästigender Rauchentwicklung nicht vom Grillen ablässt, muss mit einem Bußgeld rechnen, entschied zum Beispiel das Oberlandesgericht Düsseldorf (Az.: 5 Ss, OWi 149/95).

Vor dem Angrillen im Garten oder auf dem Balkon sollte man den Mietvertrag auf entsprechende Regelungen zum Grillen überprüfen. „Es könnte sich darin eine Verbotsklausel befinden, die das Grillen im Garten oder auf dem Balkon vertraglich verbietet“, weiß Stenger. Eine Zuwiderhandlung könnte vom Vermieter abgemahnt und bei erneutem Verstoß mit einer Kündigung des Mietverhältnisses beantwortet werden. Das urteilte unlängst das Landgericht Essen (Az. 10 S 438/01).

Wer in der Großstadt lebt und dort keinen eigenen Balkon oder Garten besitzt, könnte auf die Idee kommen, sich mit einem Einweggrill zum nächsten Park oder Flussufer zu begeben. Doch so einfach geht das leider nicht. Auf öffentlichen Flächen darf nur gegrillt werden, wenn diese eindeutig dafür vorgesehen sind. Das heißt, wenn ein Schild darauf hinweist, dass hier gegrillt werden darf. Oftmals stehen auf den Schildern zusätzliche Hinweise, etwa zu den erlaubten Grillzeiten, an die sich Grillfreunde halten sollten. Aus Rücksicht auf den Lebensraum von Pflanzen und Tieren ist außerdem darauf zu achten, dass anfallender Müll ordnungsgemäß entsorgt wird. „Die Einhaltung der Schutzbestimmungen wird von der Anlagenaufsicht und der Polizei überwacht. Verstöße werden mit Geldbußen geahndet“, sagt Stenger.

Damit das Angrillen nicht zum Ärgernis wird, rät Stenger: „Beim Grillen auf Terrassen, Balkonen oder im Garten von Wohnanlagen sollte starke Qualmentwicklung vermieden werden, beispielsweise durch Verwendung von Elektrogrills mit Haube, bei denen das Fett in eine Grillschale tropft. Auf diese Weise kann man das Grillen genießen, ohne den Nachbarn zu belästigen und einen Streit zu provozieren.“

Da es beim Grillen vor allem um ein nettes Miteinander geht, empfiehlt es sich, auch für den Nachbarn einfach mal ein Würstchen mit auf den Grill zu legen. Freundlichkeit ist oft die beste Waffe und löst so manchen Nachbarschaftszwist. *Meike Stephan*

Bild: tws

Grillen im Park: Nur an ausgewiesenen Stellen ist es erlaubt

MELDUNG

Soldatenkönig lädt ein

Königs Wusterhausen – Aus Anlass des 275. Todestags von König Friedrich Wilhelm I., der am 31. Mai 1740 starb, findet am 24. Juli ab 17.30 Uhr im Schloss Königs Wusterhausen eine Führung statt. Im Anschluss gibt es im Foyer einen Sektempfang sowie ein Orgelkonzert in der Kreuzkirche. Im Jahr 1698 erhielt der später als Soldatenkönig bekannte Friedrich Wilhelm zu seinem zehnten Geburtstag das Schloss von seinem Vater Kurfürst Friedrich III., dem späteren ersten preußischen König Friedrich I., geschenkt. Bei dem Rundgang am 26. Juni um 17.30 Uhr durch das Schloss Königs Wusterhausen, wo die königliche Familie regelmäßig die Wochen von August bis November verbrachte, erläutert Schlossführerin Gabriele Leyh den Zusammenhang zwischen der Lebensleistung dieses Königs und seiner pietistischen Glaubens- und Moralauffassung. Anmeldungen unter Telefon (03375) 21170-0 oder per E-Mail unter schloss-koenigswusterhausen@spsg.de. Der Eintritt beträgt 17 Euro. *tws*



Eine Stadt ...

... und ihr perfekter Reiseführer

Sogar bei der Kaffeepause nach langer Wanderung durch Potsdams Straßen ist er einem nützlich. Dann nämlich kann man sich vertiefen. Der neue historische Reiseführer „Potsdam“ lädt zu einer Reise in die Vergangenheit ein. Was hatte es mit dem Edikt von Potsdam auf sich, warum heißt der Telegrafenberg eigentlich so und wie hat es mit der brandenburgischen Landeshauptstadt eigentlich alles einmal angefangen?

Dass Potsdam über Jahrhunderte hinweg bevorzugtes Gebiet fürstlicher Herrscher war, ist allgemein bekannt. Doch nur wenige wissen, wie sehr das Ende der Monarchie 1918 die Bürger der Stadt getroffen hat. Viele waren rund um den ehemaligen preußischen Hof beschäftigt. Zahlreiche Gewerbetreibende, sogar Offiziere verloren ihre Stellungen und gerieten mit ihren Familien in große wirtschaftliche Not. Wenige haben diesen naheliegenden Aspekt in der Geschichtsschreibung überhaupt beachtet. Maren Richter, Stadtführerin in Berlin und Potsdam, und der Journalist Winfried Sträter weisen in ihrem historischen Nachschlagewerk ausdrücklich darauf hin.

Dass Potsdam eine Stadt war und ist, die von den Brüchen der deutschen Geschichte ganz außerordentlich getroffen wurde, wird einem erst beim Durchblättern dieses spannenden Büchleins klar. Nach der Einleitung, einem Stadtplan und der Auflistung aller beschriebenen Sehenswürdigkeiten beginnt die Reise durch die Zeit. In der ersten Passage geht es um die Residenzstadt der brandenburgischen Herrscher und wie diese während ihrer Regentschaft das Stadtbild veränderten.

Besonders interessant und lohnenswert zu lesen sind die immer wieder eingeschobenen Biografien einzelner bedeutender Stadtbewohner wie zum Beispiel Johann Moritz von Nassau-Siegen, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass aus Potsdam eine Residenz von europäischem Rang wurde. Oder aber die beinahe filmreiche Geschichte der Eleonore Prochaska, die sich August Renz nannte und als Frau gegen Napoleon in den Krieg zog.

Viele Fakten, die man sich mühselig aus verschiedenen Büchern oder auf Gruppenführungen durch die Stadt zusammensuchen müsste, werden hier nonchalant und ganz nebenbei eingewoben. Das zieht sich auch durch das anschließende Kapitel, als Potsdam im Kaiserreich bevorzugter Wohnort Kaiser Wilhelms II. war, der eine Abneigung gegen „das ungestüm anwachsende Berlin“ hatte. An den Passus über die Weimarer Zeit schließt sich Deutschlands, so auch Potsdams dunkelstes Kapitel an: die Zeit unterm Hakenkreuz. Beginnend mit dem „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 führt uns das Buch über Verfolgung und Terror in die letzten Tage des braunen Systems. Und zwar direkt in die Löwenvilla von Major Fritz von der Lancken, Gregor-Mendel-Straße 26. Hier lagerte mehrere Tage lang der Sprengstoff, der am 20. Juli 1944 zum Einsatz kam, im Versteck. Von der braunen Diktatur führt uns das Buch zum roten Herrschaftssystem. Der letzte Abschnitt handelt von der friedlichen Revolution im November 1989.

1918 traf Potsdam besonders schlimm

Treffende Fotos und historische Abbildungen komplettieren den Band. All das macht aus ihm einen hervorragenden Wegbegleiter, wenn man in Preußens Arkadien unterwegs ist. So mancher wird die Stadt danach mit anderen Augen betrachten. Potsdam – das ist viel mehr als Sanssouci.

Silvia Friedrich

***Maren Richter, Winfried Sträter: „Potsdam. Der historische Reiseführer“**, Christoph Links Verlag, März 2015, broschiert, 125 Seiten, 15 Euro*

Mit hasserfülltem Grinsen

Aktuell wie selten zuvor: die Familientragödie um Betty und Mahtob Mahmoody

Wer hat noch nicht von diesem Buch gehört? Betty Mahmoodys „Nicht ohne meine Tochter“ erschien erstmals 1987 in den USA. Es wurde für den Pulitzer-Preis nominiert und hat sich weltweit über acht Millionen Mal verkauft. In Hollywood spielte schließlich Sally Field die tapfere Löwen-Mutter, die sich und ihre kleine Tochter im Alleingang aus dem Steinzeit-Iran des Ayatollah Khomeini befreit.

Nichtsahnend ist Betty Mahmoody, damals 39 Jahre alt, 1984 zusammen mit ihrem Kind und dem persischen Ehemann, einem Arzt, für einen zweiwöchigen Aufenthalt in den Iran geflogen. Bereits nach wenigen Tagen muss sie feststellen, dass ihr Mann sich verändert. Er schlägt sie und sperrt sie ein. Von einer Rückkehr in die USA ist nicht mehr die Rede. Als es Betty gelingt, Kontakt zur Schweizer Botschaft aufzunehmen, erfährt sie, dass sie das Land nur ohne ihre Tochter verlassen kann.

Wie die Amerikanerin darauf reagiert, besagt der berühmte Titel des Buches, das sie über ihre Erlebnisse schreiben wird. Dort ist auch nachzulesen, wie ihr nach 18 Monaten Ehe-Martyrium mitsamt Kind auf abenteuerliche Weise die Flucht gelingt. Rund 30 Jahre sind seitdem vergangen und der Bastei-Lübbe-Verlag hat jetzt eine sprachlich überarbeitete Neuausgabe des Buches auf den Markt gebracht. Zeitgleich erschien im selben Verlag „Endlich frei“. Es sind die Erinnerungen von Betty Mahmoodys Tochter Mahtob. Die heute 36-Jährige beschreibt darin, wie es nach der Rückkehr in die USA für sie weiterging. Jahrelang versteckte sie sich vor dem Vater, denn die Angst vor einer erneuten Entführung war groß.

Mit beiden Veröffentlichungen möchte der Verlag sicherlich an frühere Verkaufserfolge der „Mahmoody-Saga“ anknüpfen. Gleichzeitig haben die damaligen Ereignisse nach allem, was in den Jahren darauf passierte – allen voran 9/11 – natürlich auch einen neue Aktualität bekommen. Betty Mahmoody und ihre Tochter erlebten das Aufeinanderprallen von westlicher und östlicher Kultur im Mikrokosmos einer Familie. Es ist deswegen nicht weniger gewalttätig.

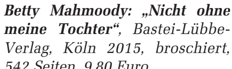
Im Bad den Iran vom Körper geschrubbt

In ihren Büchern lasten Mutter und Tochter aber auch der US-Justiz an, sie in ihrem Elend schutzlos alleingelassen zu haben. Da war etwas daran, und 1993 wurde ein US-Bundesgesetz erlassen, das Kindesentführung ins Ausland ahndet. Da verstummten auch jene Kritiker, die das Buch als „antiislamisch“ und „antiiranisch“ kritisierten. Ist Vater Moody islamisch korrekt, wenn er auf den Koran schwört, die Teheran-Reise werde nur kurz sein, um vor Ort zu verkünden, dass man für immer bleiben werde? Ist es „antiiranisch“, den allgegenwärtigen Schmutz zu schildern, den „Ta'arof“, die stete Verlogenheit iranischer Konversation, zu rügen? Ist nicht eher Bettys Zurückhaltung zu loben, mit der sie männliche Gewalt gegen Frauen („alle Männer sind so“) erwähnt?

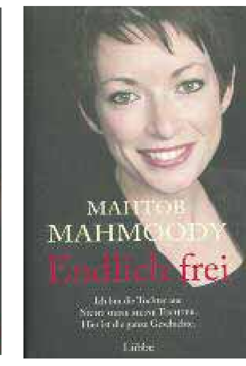
„Nicht ohne meine Tochter“ hat zwei Handlungsstränge. Anfänglich steht der väterliche Terror im Mittelpunkt, mit Szenen brutaler Gewalt, die niemand zu stoppen wagt. Später folgt Bettys Taktik-Wechsel, sie schlägt ihren Mann mit dessen eigenen Waffen, belügt, täuscht und hintergeht ihn, sucht Kontakte und findet Helfer, die ihr einen Fluchtweg über die Emirate in die Türkei bahnen. Dort gehen Mutter und Tochter ins Bad, „um sich für immer den Iran vom Körper zu schrubben“.

Betty weiß, wie ein Autor Spannung aufbaut. Das geht Tochter Mahtob leider ab, dennoch gibt es lesenswerte Passagen ihres Buches. Etwa wenn sie beschreibt, wie ihr Vater sie verfolgt, ihr auflauert und sie bedroht. Sie wehrt sich dagegen, mobilisiert Ämter und FBI. Dabei verliert der verhasste Vater bald jeden Schrecken. Seine larmoyanten Rechtfertigungsbriefe entlocken ihr nur noch ein „hasserfülltes Grinsen“. So werden auch viele Leser empfinden, wenn sie diese im vollen Wortlaut mit allen Lügen und Verdrehungen lesen. Die inzwischen diplomierte Psychologin weiß, was Angst ist, empfindet aber keine mehr vor dem Vater, der im August 2009 starb. Ihr Kommentar dazu ist bezeichnend: „Als ich von seinem Tod erfuhr, war ich im ersten Moment erleichtert.“ *Wolf Oschlies*





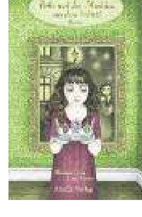
***Betty Mahmoody: „Nicht ohne meine Tochter“**, Bastei-Lübbe-Verlag, Köln 2015, broschiert, 542 Seiten, 9,80 Euro*



Mahtob Mahmoody: „Endlich frei“, Bastei-Lübbe-Verlag, Köln 2015, gebunden, 416 Seiten, 19,99 Euro

Zeitreise ins Schtetl

Informative Einblicke in jüdisches Leben und jüdische Kultur



Einen ebenso berührenden wie informativen Einblick in jüdisches Leben bietet das Kinderbuch „Bella und das Mädchen aus dem Schtetl“. Die Autorin und Kulturjournalistin – 1998 ausgezeichnet mit dem Axel-Springer-Preis – Marina B. Neubert erzählt die Geschichte eines Kindes von heute, das sich plötzlich in einer unheilschwangeren Vergangenheit wiederfindet: Bella feiert ihren zehnten Geburtstag, als etwas Unglaubliches geschieht. Plötzlich steht ein fremdes Mädchen aus einer anderen Zeit in ihrem Zimmer. Bella erfährt, dass das Mädchen ihre Verwandte ist. Und diese bittet sie um Hilfe. Ein geraubtes Familien-Erbstück muss wieder zurückerobert werden. Aber wie? Bella muss mit in die Vergangenheit reisen in ein jüdisches Schtetl in Polen. Und zwar in den März 1938. Jedem Erwachsenen wird leicht unwohl werden angesichts dieser Jahreszahl. Weiß man doch, was ein Jahr später passierte, als der Zweite Weltkrieg begann. Wie kommt Kind mag man solche Ereignisse zumuten?

Die Antwort: Wohl beinahe jedem, wenn es gelingt, schwierige historische Themen so packend und gleichzeitig sensibel darzustellen, wie es Marina B. Neubert tut. Die historischen Ereignisse werden nicht verschwiegen, aber in einer Art berichtet, dass auch Kinder damit umgehen können. Von Anfang an fühlt man sich wohl mit dem Buch, was auch an den eindrucksvollen, warmherzigen Zeichnungen der Grafikdesignerin Lina Bodén liegt. In einem Glossar am Ende des Buches werden alle unbekannten Begriffe ausführlich erklärt und beschrieben.

Weitere Gespräche mit Erwachsenen über das Buch und die Vergangenheit sind natürlich in jedem Fall erwünscht. Wie auch das ganze Buch für Erwachsene ebenso lesenswert ist wie für junge Menschen, die sich ab zehn Jahren, so die Altersangabe, damit beschäftigen sollten.

Erschienen ist das Buch übrigens bei Ariella, dem ersten jüdische Kinderbuchverlag in Deutschland. 2010 wurde er von der Autorin und Filmemacherin Myriam Halberstam in Berlin gegründet. Ihr Ziel ist es unter anderem, mittels der Bücher Ausflüge in die jüdische Kultur zu ermöglichen. Bei „Bella und das Mädchen aus dem Schtetl“ist das sehr gut gelungen. *Silvia Friedrich*

***Marina B. Neubert: „Bella und das Mädchen aus dem Schtetl“**, Ariella Verlag, Berlin 2015, gebunden, 114 Seiten, 12,99 Euro*

Angela Merkels Tränen

Von der Physik zur Politik, von der Uckermark auf die Weltbühne: Wie die Kanzlerin Karriere machte

Seltene Einblicke in die Anfänge der Politikkarriere von Angela Merkel gewährt dieses Buch. Ewald König, der Autor von „Merkels Welt zur Wendezeit“, war jahrzehntelang Deutschland-Korrespondent der größten Zeitung Österreichs. Als einziger Journalist war er damals in beiden deutschen Staaten akkreditiert. Als Vorsitzender des Vereins der Auslandspresse in Bonn hatte der heute 61-Jährige zudem Zugang zu höchsten Kreisen und sah vieles hinter den Kulissen, was den meisten Zeitzeugen verborgen blieb.

Relativ früh hörte er von einer Angela Merkel, die auf ihn „anfangs zurückhaltend“ und „angenehm schüchtern“ wirkt. König ist ein aufmerksamer Beobachter, der sich täglich Notizen macht. Zu dem, was er damals über Angela Merkel festhält, schreibt er: „Es sind Notizen über die sehr kurze Phase ihrer politischen Werdung in der Wendezeit, über ihren Weg von der Physik in die Politik, von der Uckermark auf die Berliner, die Bonner und die Weltbühne.“

Das erste Gespräch führte er mit ihr als stellvertretende Regierungssprecherin. Sie kam 1989/90 aus einer fremden Welt und fiel mit ihrem unaufdringlichen Auftreten nicht besonders auf, so der Autor. Angeblich hatte sie vor ihrer ersten großen Rede geweint: „Das kann ich doch gar nicht“, soll sie gesagt haben.

Indes wurde sie gleichzeitig auch stets unterschätzt. „Ein völliger Amateur“, tönte es aus der West-CDU. Man spottete über sie. Ein westdeutscher Witz höhnte damals „Was macht Angela mit ihren alten Klamotten? Sie trägt sie!“ Nein, im Gegensatz zu vielen Frauen im Westen hatte sie damals nichts Damenhaftes, ebenso fehlte ihr jegliche Eitelkeit. Ihr Haarschnitt stieß oft auf Missfallen; später konnte man sie nur schwer überzeugen, dass eine gute Frisur ein Preis war für ihren bevorstehenden politischen Aufstieg.

Bessere Frisur als Preis für den Aufstieg

Natürlich blieb auch sie von ihrer DDR-Vergangenheit nicht unberührt: Zeitweilig war sie in der FDJ-Gruppe Sekretär für Agitation und Propaganda. Nach Zeitzeugen war wohl ihr primäres Motiv, damit von der SED in Ruhe gelassen zu werden. Neben ihrer Verweigerung, zur obligatorischen Jugendweihe zu gehen, gibt es mehrere Hinweise, dass sie das DDR-System ablehnte.

Dass sie 1989 zum Demokratischen Aufbruch ging und nicht zur DDR-CDU, lag an ihrer Ansicht, zumindest deren Führung sei lediglich ein SED-Anhängsel. Es gab auch Vorbehalte gegen den Westen, dessen häufige Arroganz und fehlende menschliche Wärme sie abschreckte. Sie wollte etwas Neues. Mehr und mehr gewann sie gleichzeitig an Selbstvertrauen, besonders, als sie mit de Maizière nach Washington flog.

Voraussetzung für ihre weitere Entwicklung war zweifellos ihre rasche Auffassungsgabe, ihr Durchsetzungsvermögen und ihr Machtinstinkt. Die anderen aus der DDR stammenden Politiker hatten bald keinen Einfluss mehr und gerieten in Vergessenheit. Nur Angela Merkel überlebte politisch – auch weil sie sich von ihren alten Verbindungen immer rechtzeitig distanzierte.

All das beschreibt König wortgewandt und detailreich. Auf Fußnoten und Quellenangaben verzichtet er. „Die Quelle bin ich selbst mit meinen Eindrücken, Erinnerungen und Zeitzeugengesprächen. Es ist die Sicht eines Korrespondenten aus dem neutralen Österreich“, schreibt er. Dass sich der Autor bei allem Wiener Charme trotzdem mit jedem Wort der Wahrheit verpflichtet fühlt, zeigt sich darin, dass er auch Schattenseiten aufzeigt. Er erinnert an die Mauergrundstücke, die die DDR zum Bau der Mauer und der Todesstreifen enteignete. Hatte damals Bonn die Mauer schärfstens verurteilt, so wurde dieser Akt nach der Wende als „ordnungspolitische Maßnahme“ deklariert. Bonn behielt die kostbaren Grundstücke für sich: „Der Bund bereicherte sich schamlos an Unrechtsgut“, schreibt König.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

***Ewald König: „Merkels Welt zur Wendezeit“**, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2015, broschiert, 262 Seiten; 14,90 Euro*



Prussia Gesellschaft/Hildegard und Dietmar Willoweit (120 Seiten)
Die Kurische Nehrung – Melancholie einer Landschaft
Nr. P A0870 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €

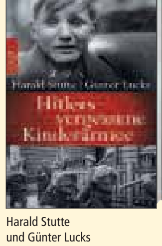
Als Landschaft hat die Kurische Nehrung jahrhundertelang zu Preußen gehört. Die ursprüngliche Welt mit Dünenlandschaften, Fischerfamilien, typischen Keitelkähnen und Holzhäusern lebt nicht nur in der Erinnerung, sondern lässt sich auch heute noch mit dem Auge der Künstlerin fotografisch einfangen. Dieser Band präsentiert eine Auswahl der ausdrucksstarken Fotos von Monika Schulz-Fieguth, die mit literarischen Texten verknüpft sind, deren Verfasser einen Bezug zu dieser besonderen Landschaft haben. Auch einige litauische Dichter sind diesem Kreis verbunden und bilden eine den Bildern zugehörige geistige Einheit. Bild und Text geraten dabei in ein Gespräch, erzählen von der Einsamkeit und Hinfälligkeit des menschlichen Daseins, von der Schwermut einer überwältigenden Landschaft und der Vergänglichkeit einer versunkenen Kultur.



Flaggenpin mit Wappen Westpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9952 2,50 €



Flaggenpin mit Wappen Oberschlesien (ca. 20 mm)
Nr. P A0019 2,50 €



Harald Stutte
und Günter Lucks
Hitlers vergessene Kinderarmee
288 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0702 9,99 €

Im Frühjahr 1945 wirkten sie als Statisten im letzten Kapitel des untergehenden Nazi-Reiches mit. Sie waren Teil einer „Kinderarmee“, Hitlers letztem Aufgebot. In einem Reichsausbildungslager im südmährischen Bad Luhatschowitz waren die 16- und 17-jährigen in Schnelllehrgängen zu Soldaten geschliffen worden, zusammen mit über 1.000 Gleichaltrigen. Anschließend kassierte die Waffen-SS die Kindersoldaten und verheizte sie in einem Krieg, der zu diesem Zeitpunkt längst verloren war. Im September 1944 ordnete die NS-Führung, ihr nahes Ende vor Augen, die „Erfassung aller zwischen 16 bis 66 Jahren“ an. Erzogen treu im Glauben an Führer und Vaterland, folgten Tausende diesem Aufruf. Acht ihrer Geschichten werden hier erzählt.



Armin Mueller-Stahl
Dreimal Deutschland und zurück
„Mein ganzes Leben lang habe ich eine Heimat gesucht. Immer nach Westen: Tilsit, Prenzlau, Berlin, München, Los Angeles – wo der Westen sein Ende hat. Doch dann ist da dieses eigentümliche Gefühl im Frühling, wenn ich auf die Ostsee schaue: Da geht mir das Herz auf!“ Zum 25. Jahrestag der Wende wirft Armin Mueller-Stahl, am 17. Dezember 1930 in Tilsit geboren, einen Blick zurück auf das Land, das viele Länder war und ihm doch Heimat geblieben ist: Kaum ein Schauspieler ist in Deutschland so beliebt wie Armin Mueller-Stahl. Und kaum einer hat Deutschland in so vielen Facetten erlebt und durchlitten wie er. Hier erzählt er von Flucht, Ausbürgerung und Verrat – aber auch von Erfolg, Ruhm und höchsten Anerkennungen. Armin Mueller-Stahls Rückblick auf sein erfülltes Berufsleben ist lebensklug und manchmal auch etwas melancholisch. Armin Müller-Stahl ist ein wunderbarer Geschichtenerzähler. 240 Seiten
Nr. P A0741 Gebunden mit Schutzumschlag 19,99 €

Arno Surminski
Das alte Ostpreußen
Das Gefühl des Nachhausekommens wird sich bei vielen einstellen, die die Bilder dieses Buches anschauen. Entweder leben sie als Kind in jener Region oder ihre Eltern und Großeltern kamen aus Ostpreußen. Selbst diejenigen, die keine persönlichen Verbindungen zu diesem Land haben, werden die Vertraulichkeit spüren, denn die Bilder erinnern an ein vergangenes Leben und an ein Zuhause, das wir alle haben. Es geschieht nicht alle Tage, dass verloren geglaubte Bilder plötzlich auftauchen und eine vergangene Welt mit ihren Denkmälern, Städten, Kirchen, Landschaften und Menschen zeigen. Dieses Wunder ist der früheren Provinz Ostpreußen widerfahren. Die Fotos, entstanden Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, vermitteln dem Betrachter einen Eindruck von Königsberg zur Kaiserzeit, von bekannten Städten wie Memel, Tilsit oder Rastenburg. Sie zeigen das oftmals harte Landleben, das Markttreiben in den Städten und beeindruckende technische Bauwerke wie Brücken und Mühlen. 360 Seiten
Nr. P A0648 Gebunden 16,95 €

Der Maler Eduard Bischoff wurde vor 125 Jahren in Königsberg/Preußen geboren.

Hans Helmut Lankau/Jörn Barfod
Eduard Bischoff 1890–1974
Maler aus Königsberg
96 Seiten/Gebunden
Nr. P A0827 12,95 €

Der aus Königsberg/Pr. gebürtige Maler Eduard Bischoff (1890–1974) gehört zu den herausragenden Künstlern Ostpreußens in unserem Jahrhundert. Er lebte, lernte und lehrte in Königsberg und schuf dort eine Fülle bekannter Werke, deren Inhalt Land und Leute in zeitgültiger und treffender Art schildern. Nach 1945 setzte er in Stil und Inhalt die Kunst Ostpreußens im Westen Deutschlands noch gut zwei Jahrzehnte lang fort. Hier malte er unter anderem das bekannte Triptychon „Ostpreußen“ von 1958. Mit reicher Illustration (ca. 70 Abb.) würdigt das Buch zum ersten Mal in größerem Rahmen Leben und Werk des bekannten Königsberger Malers.

Hanna Reitsch
Fliegen – Mein Leben
32 Bildseiten.
275 Seiten.
Gebunden
Nr. P A0618 19,80 €

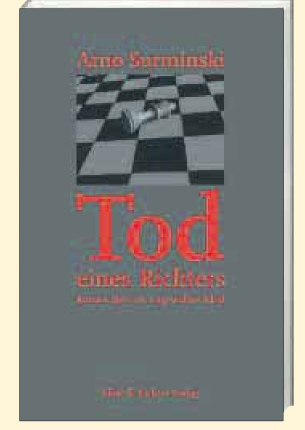
Hanna Reitsch, in Hirschberg/Schlesien geboren, war die mit mehr als 40 Weltrekorden in verschiedenen Klassen und mit unterschiedlichsten Flugzeugtypen erfolgreichste Fliegerin im 20. Jahrhundert. Im ersten Teil ihrer Lebenserinnerungen, die mit dem Kriegsende und der amerikanischen Lagerhaft abschließen, schildert sie ihre Ausbildung zur Fliegerin, ihre Teilnahme an Forschungsexpeditionen nach Südamerika, zahlreiche Flugweltrekorde und ihre Arbeit als Versuchspilotin zur Erprobung militärischer Flugzeuge. Die Erlebnisberichte Hanna Reitschs über die Untergangsstimmung im Machtzentrum des Dritten Reiches Ende April 1945 in der unmittelbaren Umgebung Hitlers sind von beeindruckender Intensität.



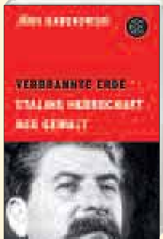
Flucht und Vertreibung – Sonderausgabe!
Europa zwischen 1939 und 1948 – Mit einer Einleitung von Arno Surminski
Von den dramatischen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts mit Flucht und Vertreibung, Verschleppung und Zwangsarbeit infolge des Zweiten Weltkriegs waren Millionen Menschen in Ost- und Mitteleuropa betroffen. Der vorliegende Titel vereint Berichte von Zeitzeugen und Nachgeborenen mit Beiträgen von namhaften Historikern und Schriftstellern. Es werden sowohl die Vorgeschichte als auch die Spätfolgen dieses verheerenden Krieges beleuchtet. Ein ausführliches Glossar vervollständigt den mit zahlreichen historischen Fotos und Kartenmaterial bebilderten Band. Die Einleitung hat Arno Surminski verfasst, der aus Ostpreußen stammt und mahnt: Schweigen ist keine Antwort. 280 Seiten
Nr. P A0503 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €

E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
Der große Ostpreußen-Roman
508 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 1538 8,99 €

Ein edles Schmuckstück – ein Bernsteintropfen, eine Mücke umschließend, vom Meer an die samländische Küste gespült – wird von Geschlecht zu Geschlecht weitervererbt, aber dieses Schmuckstück bringt kein Glück ...
Ostpreußen mit seinen schimmernden Küsten, dunklen Wäldern, leuchtenden Seen und goldgelben Weizenfeldern ist der Schauplatz dieses vielleicht letzten großen Ostpreußenromans, der sieben Jahrhunderte umfasst, in denen sich die Geschicke mehrerer Familien erfüllen bis hin zu den tragischen Geschehnissen der jüngeren Vergangenheit als Ostpreußen in Schutt und Asche versank.



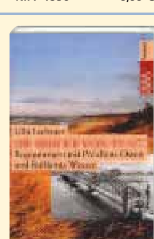
Arno Surminski
Tod eines Richters
Roman über ein ungewolltes Kinde
Er hatte es verdient zu sterben. Durch einen anonymen Anrufer erfährt die Jurastudentin Hanna Bohra vom Tod ihres Vaters. Kurz darauf wird er vor seinem Schreibtisch auf dem Boden liegend aufgefunden. Obwohl keine Spuren von Fremdeinwirkung festgestellt werden, bleibt alles an diesem Fall mysteriös. Wer kann ein Interesse am Tod des renommierten Richters im Ruhestand gehabt haben? Wer war der letzte Besucher im Haus an der Hohen Heide von dem noch eine halbvolle Tasse und ein angebissener Kopenhagener zurück blieben? Hanna Bohra beauftragt Privatdetektive Lassek, Licht ins Dunkel zu bringen. 272 Seiten/Gebunden
Nr. P A0502 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



Jörg Baberowski
Verbrannte Erde
Stalins Herrschaft der Gewalt
608 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0788 16,99 €

Die Bolschewiki wollten eine neue Gesellschaft erschaffen und träumten vom neuen Menschen, doch Stalins Gewaltherrschaft erstickte diesen Traum im Blut von Millionen. Intensiv und packend schildert der renommierte Historiker Jörg Baberowski, wie der Psychopath und Sadist Stalin eine Ordnung des Misstrauens und der Furcht schuf, in der jedermann jederzeit zum Opfer werden konnte. Er blickt in die Seelen der Täter wie der Opfer und zeigt das ganze Ausmaß der sowjetischen Tragödie: Wer in dieser Weise den inneren Kitt einer Gesellschaft zerstört, der hinterlässt auch in den Seelen der Menschen verbrannte Erde.

Buchständer aus Holz und Stoff für kleinere Bücher
Für Bücher mit einer Buchhöhe von maximal 24 cm.
Mehrere einstellbare Lesewinkel fördern eine den Rücken schonende Sitzhaltung.
Nr. P A0443 Buchständer aus Holz 19,95 €



Ulla Lachauer
Die Brücke von Tilsit
Begegnungen mit Preußens Osten und Russlands Westen
400 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 1827 9,95 €

Mitten in Europa ein weißer Fleck. Wer heute die einst am besten bewachte Grenze der Sowjetunion hinter sich gelassen und den Weg über die Memel-Brücke ins frühere Tilsit genommen hat, muss sich fühlen, wie auf einer Reise zu einem anderen Planeten. Denn die Geschichte der Ostpreußen, die 1944/45 von hier vertrieben wurden, ist unwirklich fern, fast schon vergessen. Von dem Schicksal der Sieger, die hier ein neues Leben begannen, ist nahezu nichts bekannt. Vorsichtig nähert sich Ulla Lachauer den so unterschiedlichen, untereinander doch verwandt gewordenen Lebenswelten: denen der Siedler von heute und damals. Eine Zeitreise verknüpft mit eigenen Reiseerlebnissen.



Kurfürstlicher Magenbitter
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5687 19,95 €

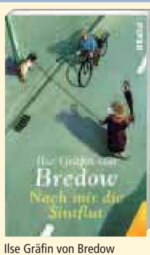
Moosbeere mit Wodka
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 16,95 €



Lorbass
Altpreußischer Kartoffelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5673 15,95 €



Gumbinner Marillchen
Aprikosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 16,95 €



Ilse Gräfin von Bredow
Nach mir die Sintflut
Humorvolle Geschichten rund ums Thema „Altern“
224 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0563 8,99 €

Ilse Gräfin von Bredow wusste, was es mit dem Alter so auf sich hat: Es steckt voller Überraschungen. Glück im Unglück hält es ebenso bereit wie zahlreiche Momente, in denen man am liebsten aus seiner alten Haut fahren möchte. Da wirft auch ein ehemaliger Studienrat, einst die Ruhe in Person, schon mal eine Vase an die Wand. Zu viel Geduld mit sich selbst hingegen haben manche Menschen, wenn es darum geht, Entschlüsse zu fassen und in die Tat umzusetzen, seien es kleine Vorhaben wie Einkaufen und Aufräumen oder große Entscheidungen, wie in ein Altersheim zu ziehen. Eine Sammlung humorvoller Geschichten rund ums Thema „Altern“.



Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 19,95 €



Kurenkaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 16,95 €



Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 21,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Todesstrafe wegen Flughafen-Panne

Pjöngjang – Gut für die Verantwortlichen des Berliner BER-Desasters, dass sie nicht in Nordkorea leben. Denn dort ist der Architekt des Hauptstadtflughafens hingerichtet worden, weil Staatschef Kim Jong Un „Fehler beim Design“ bemängelt hatte, wie er jetzt gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur erklärte. Weil Kim die Raumaufteilung nicht gefiel, mussten Teile abgerissen und neu gebaut werden, was die Eröffnung verzögerte. Neben dem Architekten wurden fünf weitere Verantwortliche exekutiert. *J.H.*

»Block House« für Asylbewerber

Hamburg – Eugen Block, Inhaber der Steakhouse-Kette „Block House“, stellt seine ehemalige Firmenzentrale für die Unterbringung von 150 Asylbewerbern zur Verfügung. Die Umbau- und Einrichtungsarbeiten werden von Mitarbeitern seines Unternehmens durchgeführt, die Kosten teilt er sich mit der Behörde. Für die Nutzung als Gemeinschaftsunterkunft erhält er eine Miete, die „deutlich unter der Höchstgrenze“ liegen soll. *J.H.*

ZUR PERSON

Auf Diva folgt ein Leisetreter

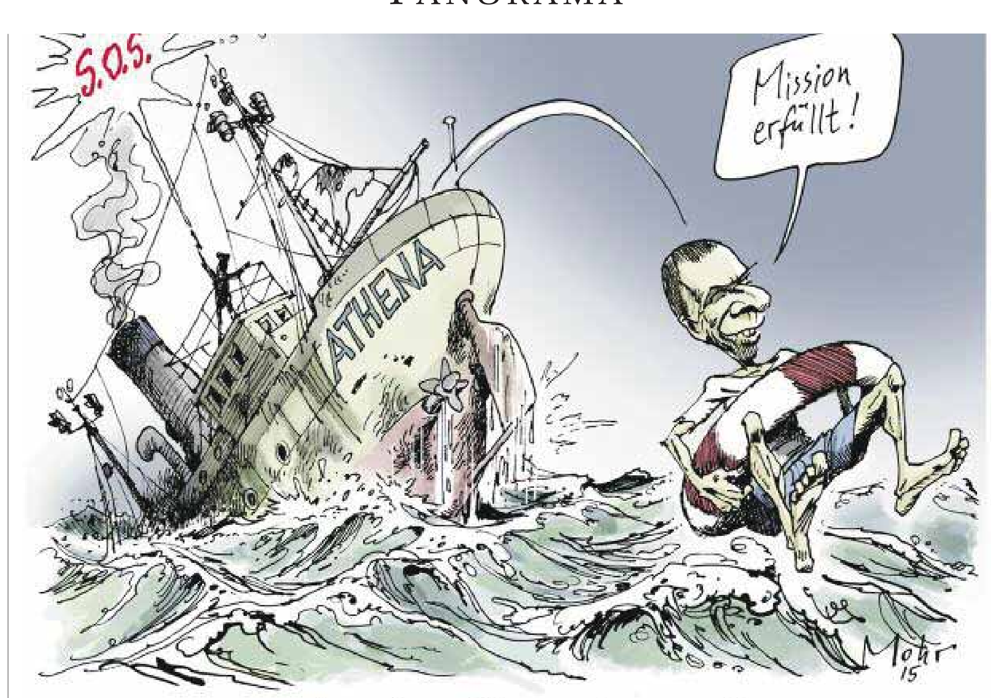
Ein knappes halbes Jahr lang füllte Giannis Varoufakis eher die Schlagzeilen der bunten als die der seriösen Blätter. Die Boulevardpresse hatte in dem lässig mit dem Motorrad davondüsenden griechischen Finanzminister, der als Frauenschwarm ein besseres Bild abgab als mit seiner Schuldenpolitik, ihren glamourösen Überflieger.

Diese Zeiten sind vorbei. Nachdem Varoufakis überraschend seinen Rücktritt getwittert hatte, besetzt mit **Euklides Tsakalotos** im Vergleich zu ihm eine graue Maus den Chefsessel im Finanzministerium. Nach außen hin gibt sich der Syriza-Politiker ähnlich lässig wie sein Vorgänger. Bei Verhandlungen verzichtet auch er auf Krawatte, aber sein Hemd steckt er dann doch lieber in die Hose.

Anders als der auf allen sozialen Kanälen präsente Lautsprecher Varoufakis gilt Tsakalotos als Leisetreter. Er sei keine Diva, heißt es über den 55-jährigen Sohn wohlhabender Eltern. Geboren in Rotterdam, wo sein Vater als Schiffsingenieur griechischer Reeder arbeitete, aufgewachsen in England, Doktor der Wirtschaft in Oxford, verheiratet mit einer Schottin, die nebenbei eine führende Funktion in der griechischen Zentralbank innehat, ist Tsakalotos im Prinzip das Vorzeigebild eines EU-Bürgers. Es heißt, er spreche besser Englisch als Griechisch.



Seine Berufung als Finanzminister gilt denn auch als Zugeständnis der Griechen an die Euro-Gruppe. Schäuble und Co. werden in ihm einen seriöseren Verhandlungspartner haben, als es Varoufakis war. Unterschätzen darf man ihn nicht. Der Marxist und Kapitalist gilt als Keynesiaer, der über Schuldenpolitik wirtschaftlichen Aufstieg generieren will. Das Griechenland-Theater wird uns auch mit ihm noch lange beschäftigen. *H. Tews*



Heroischer Abgang Varoufakis'

Kollektiver Hitzekollaps

Warum unser Überleben nur ein Versehen ist, Hütchenspieler lassen sich nicht austricksen, der Parteitag in der Rappelkiste / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Früher nannte man das Sommer. Flirrende Hitze, Schnitter auf dem Feld. Und die Bahn fuhr, nach eigener Aussage bei jedem Wetter. Heute flirrt nur noch selten was. Der Mai war kalt, im Juni musste die Heizung wieder angestellt werden. Auf dem Feld rumpelt der Mähdrescher. Und nach nur drei wirklich heißen Tagen muss die Bahn Züge aus dem Verkehr ziehen, warnen Experten bereits vor einem von Hitzewellen aufgeheizten Sommer.

Das Leben spielt sich ohnehin nur noch in Wellen ab. Klimatisch zwischen Rudi Carells Frage „Wann wird es endlich wieder Sommer?“ und Freddy Quinns „Brennend heißer Wüstensand“. Die aktuelle Welle schäumt immer besonders hoch. Ist sie ausgelaufen, ist sie weg. Als habe es sie niemals gegeben. Ein paar Grad kühler – und die Hitzewelle interessiert nur noch Statistiker. Oder jene Experten des Club of Rome, die uns einen „stummen Frühling“ voraussagten, in dem kein Vögelchen mehr sein Lied zwitschert, weil wir sie alle vergiftet haben. Oder jene Experten, die uns Horrorbilder malten von Bäumen ohne Blatt und Nadel, alles weggefressen vom „Sauren Regen“. Nur die Minen dieser Experten waren noch säuerlicher als der Saure Regen. Nun sind die Kollegen vom Klimakollaps an der Reihe. Dessen Folgen werden bereits im hintersten Busch in Afrika gedeutet. Eigentlich sind wir schon längst ausgestorben, wir wissen es nur noch nicht. Anders ausgedrückt: Nach Ansicht der Experten ist unser bisheriges Überleben ein Versehen der Natur. Doch so muss es nicht bleiben!

Mazedonische Hütchenspieler sind fromme Betschwestern im Vergleich zu griechischen Regierungsdarstellern. Dabei gelten mazedonische Hütchenspieler als die abgebrühtesten Ganoven ihrer Trickserbranche. Der Vergleich zwischen den Hütchenspielern und den Regierungsdarstellern ist allerdings problematisch. Nicht, weil er nicht zulässig wäre, das ist er unbedingt. Die Crux liegt vielmehr darin, dass man Gleiches nicht mit Gleichem vergleichen kann. Denn eigentlich, sagen die Griechen, gehöre Mazedonien zu Griechenland. Darüber wird schon lange und erbost gestritten. Wenn aber Mazedonien zu Griechenland gehört, dann sind mazedonische Hütchenspieler gleichzeitig griechische Hütchenspieler. So gesehen wird manches klarer.

Nun gibt es ein Phänomen bei den Hütchenspielern, ganz gleich, woher sie kommen. Jeder weiß, dass sie Ganoven sind, jeder weiß, dass sie betrügen und am Ende immer gewinnen. Und trotzdem gibt es beim gaffenden Publikum immer einige, die sich auf das Spiel einlassen. Sie meinen, sie seien schlauer, sie trickse man nicht aus. Am Ende stehen auch diese Leute im zu kurzen Hemd. Es werden noch Wetten angenommen – ganz ordentliche, ganz ohne Trick –, dass genau dies jetzt wieder passieren wird. Der mazedonische Hütchenspieler – pardon, das griechische Volk in seiner Mehrheit – hat die vielfach ausgestreckte Hand ausgeschlagen. Ach was, es hat mit Wucht drauf geschlagen. Trotzdem werden sich genügend Freunde der europäischen Griechen finden, die ihre mit Hämatomen übersäte Hand wieder ausstrecken. Das Ergebnis der Volksabstimmung in Griechenland führt alle anderen europäischen Regierungen vor. Wie Tanzbären am Nasenring. Tanzen sie nicht ein schönes Ballet der Unterwerfung? Wahrscheinlich werden sich nur wenige finden, die auf das „Nein“ der Griechen standfest mit „Nein“ antworten. Allerdings: Wer immer nur „Ja“ sagt, hat am Ende nichts mehr zu sagen.

> Bad Oldesloe ist verschärft unter Beobachtung zu halten und Heikendorfs Bürgermeister auch

Es ist ja nicht so, dass die Griechen gar keine Opfer bringen möchten. Den Finanzminister Giannis Varoufakis, der seine Verhandlungspartner mal so eben als „Terroristen“ beschimpfte, diesen Hoffnungsträger haben sie geopfert. „Potenziell hilfreich“ nannte dessen Chef Alexis Tsipras den Rücktritt. Nun können alle zurück an den Verhandlungstisch und die Insolvenzverschleppung fortsetzen. Eigentlich ist Insolvenzverschleppung ein strafbares Delikt. Aber wer fragt noch danach bei einem Land, das als säumiger Schuldner des Internationalen Währungsfonds in guter Gesellschaft mit Simbabwe, Somalia und Sudan ist. Das sind alles Länder, in denen es furchtbar heiß ist. Was passiert, wenn es ständig zu heiß ist, sehen wir an Griechenland: kollektiver Hitzekollaps.

Vielleicht bietet die Hitze auch eine Erklärung für das Spektakel, das sich beim Parteitag der AfD abspielte. In der rappelvollen Rappelkiste in Essen war ein fröhliches Hauen und Stechen zu beobachten. Da ließen die Parteifreunde mal so richtig Dampf ab, die Buhrufe flogen ungebremst hin und her. Hätten Kohlköpfe und Häkelzeug auf den Tischen gelegen, wäre es so lustig wie bei den jungen Grünen gewesen. Leider zögerte Kasper mit der Klatsche, die freche Gretel ganz doll zu verhauen, dafür klatschte die Gretel mächtig auf den Kasper ein. Bis Kasper seinen Laptop zuklatschte, sein Frikadellenbrötchen einpakkte und von der Bühne schlich. Hans Olaf Henkel, der spätberufene Spezialist für führende Gastrollen, hat sich bereits vollends geschlichen. Er mag bei der AfD nicht mehr den Aufpasser spielen. Da werden nicht alle ganz furchtbar traurig sein.

Manchmal zuckt er noch, der alte Untertan. Renitent verweigert er sich allen Versuchen seiner Umerziehung. Partout will er nicht zum guten Menschen werden. Da sind seit Jahren landauf, landab die Flurbereiniger unterwegs und suchen nach unziemlichen Straßennamen. Einen haben sie dabei besonders auf dem Kieker: Hindenburg. Wenn man nicht aufpasst, dann kann allerdings bei der Umbenennung auch mal was danebengehen. So wie in dieser Woche in Bad Oldesloe. Die Panne dort ist den Umbenennern peinlich. (Das muss es aber nicht lange bleiben. Nach einer geringen Schamfrist kann man schließlich einen zweiten Anlauf machen, irgendwann hat man das Ergebnis, das die wirklich Guten wollen.) Jedenfalls hat man in der schleswig-holsteinischen Kreisstadt den Fehler gemacht, die Bürger direkt zu fragen, ob sie ihre Hindenburgstraße endlich loswerden wollen. Eigentlich konnte nichts schiefgehen, weil doch SPD, Grüne und Linke mächtig auf die Pauke hauten: Weg mit Hindenburg. Vor diesem machtvollen Aufmarsch der Gerechten wirkte die Gegenwehr schütter und zaghaft. So wie die Gegenwehr der ewig Verstockten eben immer so ist. Nur nicht zu weit aus der Deckung kommen. Beim Bürgerentscheid aber, da trauten sich die ewig Verstockten. 85,5 Prozent (5361 Stimmen) wollen den ollen Hindenburg behalten, 14,5 Prozent (909 Stimmen) wären ihn gerne losgeworden. Nun bleibt er. Gute Menschen wissen jetzt: Bad Oldesloe ist verschärft unter Beobachtung zu halten. Ein verdächtiger Ort mehr auf der deutschen Landkarte.

Schließlich ist es von Bad Oldesloe nicht allzu weit bis Heikendorf an der Ostsee. Dort, wo man einen Weltkriegspanzer vom Typ „Panther“ in der Kellergarage stehen hat. Einer jedenfalls hatte solch ein Geschütz – zwei Meter breit, fünf Meter lang, 43 Tonnen schwer. Muss eine große Kellergarage gewesen sein. Nun hat der Besitzer des Hauses viel Platz, denn den Panzer ist er los. Den hat die Staatsanwaltschaft mitgenommen. Mit Hilfe von zwei Bergepanzern der Bundeswehr hat sie ihn aus der Kellergarage bugsiert. Sicher ist sicher. Man weiß nicht, was der Mann mit dem Panzer vorhatte. Mit einem Nazi-Panzer! Da lohnt unser aller Sicherheit jeden Aufwand. Zwar gibt der Panzer-Liebhaber an, sein Schrottgeschütz sei „demilitarisiert“, könne also gar nicht mehr schießen und falle deshalb auch nicht unter das Kriegswaffenkontrollgesetz, aber weiß man das genau? Nicht mitgeteilt wurde zudem, ob es im Hintergrund nicht eine Frau des Hauses gibt, die darüber glücklich ist, das alte Gerümpel endlich los zu sein. Wir wissen aber, was der Bürgermeister von Heikendorf über die verdächtigen Umtriebe in seiner Gemeinde locker sagt: „Der eine liebt Dampfeisenbahnen, der andere alte Panzer.“ Aha! Der gehört auch unter Beobachtung gestellt, der Mann.

MEINUNGEN

Der ehemalige Verfassungsrichter **Paul Kirchhof** *sieht in der „Bild“ (27. Juni) das* **Fundament der EU** *durch den fortgesetzten* **Rechtsbruch** *bei der „Griechenland-Rettung“* **gefährdet**:

„Es gibt einen Vertrag zur Währungsunion, der eindeutig vorschreibt: Jeder Staat ist für seine Finanzangelegenheiten und damit auch die Schulden selbst verantwortlich. Diese sogenannte ‚No Bailout‘-Klausel ist geltendes Recht. Aber dieses Recht wird vollständig missachtet. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung. Wenn geltendes Recht nicht mehr verbindlich ist, schwindet das Vertrauen der Bürger in dieses Recht. Auf den Euro bezogen heißt das: Wird dauerhaft Recht gebrochen, sinkt das Vertrauen in die Währung. Das zerstört das Fundament des Euro und der EU.“

Sahra Wagenknecht, *Wortführerin des linken Parteiflügels der Linkspartei und designierte Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion,* **begrüßt** *im Deutschlandfunk (29. Juni)* **im Interesse der deutschen Steuerzahler** *das* **Scheitern der Verhandlungen** *mit Griechenland:*

„... letztlich können wir auch als deutsche Steuerzahler der griechischen Regierung nur dankbar sein, dass sie dieses Paket abgelehnt haben, was ihnen die Institutionen vorgeschlagen haben, weil das hätte bedeutet, dass die ganze Tragödie nur in eine Verlängerung geht ... Das Land ist seit 2010 pleite, und seit 2010 wird diese Situation dadurch verschleiert, dass man neue Kredite gibt, um alte Schulden zu bezahlen ... ich würde mir eine Bundesregierung wünschen, die öfter mal die eigene Bevölkerung befragt in wichtigen Fragen, zum Beispiel auch jetzt, ob man denn überhaupt bereit gewesen wäre, für so eine völlig gescheiterte Politik noch einmal Steuermilliarden freizugeben, weil das ist ja unser Geld auch, was dort fließen sollte.“

Im Interview mit dem „Tagesspiegel“ (30. Juni) erklärt **Cemile Giousouf**, *Integrationsbeauftragte der Bundesregierung,* **„Multikulti“** *für* **gescheitert**:

„Das Konzept, gesellschaftliche Gruppen nebeneinander her leben zu lassen, ist gescheitert. Die Grünen haben uns Zwangsgermanisierung vorgeworfen, als wir Sprachkurse für Migranten forderten. Der Gedanke war: Lasst die Leute in Ruhe, sie sollen selbstbestimmt leben, tretet ihnen nicht zu nahe. Ich hätte mir gewünscht, dass man damals meinen Eltern zu nahe getreten wäre. Sie können beide bis heute nicht richtig deutsch. ... Wir dürfen heute bei den Flüchtlingen nicht wieder die gleichen Fehler machen.“

Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, **Manfred Schmidt**, *erklärt, dass viele Asylbewerber nur wegen des* **Taschengeldes** *nach Deutschland kommen. In der „FAZ“ (2. Juli) fordert er, ihnen* **diesen Anreiz zu nehmen**.

„Wir sollten Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsländern die Leistungen kürzen. Asylbewerber bekommen 140 Euro Taschengeld im Monat. Wir müssen Menschen, die vermutlich kein Asyl bekommen, sagen, dass sie vom ersten Tag in Deutschland an kein Taschengeld erhalten. Dann würde der Zustrom schnell abnehmen.“